links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Staat und Nation

Energiekonsensgespräche

Thesen zur RAF

GUS — Kampf um was ?

Türkische Kurdenpolitik

Argentinien · Chile

1 MAI

ARBEIT –
WIEVIEL UND FÜR WEN ?

Offenbach Nr. 283/284 · 25./26. Jahrgang W: DM 7. / O DM 4

DEZEMBER '93 / **JANUAR** 94

Dies ist die letzte Nummer der *links*...,

... die 1993 erscheint. Das zurückliegende Jahr war für uns auch ein Neuanfang, es war das Testjahr für die 'neue' *links*. Der Tenor auf unsere Bemühungen war recht positiv, eine Entwicklung, die die Redaktion zuversichtlich gestimmt hat und die uns darin bestärkte weiterzumachen. Im Gegensatz z.B. zum Layout läßt sich ein Bankkonto aber nicht ganz so einfach 'neugestalten' wie eine Zeitung. Finanzielle Altlasten gefährden die materielle Basis des Projekts und die mehr als notwendige Modernisierung der Produktionsmittel — immer noch. An dieser Stelle fanden sich in den letzten Nummern unsere recht prosaischen Spendenaufrufe. Diese vertraute Bitte möchten wir auch diesmal an die uns geneigte LeserInnenschaft richten. Indes haben die Bemühungen bis jetzt nicht den notwendigen Spendenregen gebracht. Zwar tröpfelt es (allen SpenderInnen sei gedankt), doch spärlich; der ersehnte und vor allem notwendige Schauer blieb bislang aus. Nun, pünktlich zum Weihnachtsfest und der damit verbundenen, saisonalen Einkommenszunahme = Weihnachtsgeld, unsere eindringliche, ultimative Bitte an alle, die der *links* verbunden sind:

Geld oder Leben,
gewährt Darlehen oder spendet!
Wir brauchen die Kohle mehr als dringend und zwar jetzt!!

Damit wir auch im kommenden Jahr eine gute und lesenswerte Zeitschrift machen können. (Weitere Informationen zu Spenden, Möglichkeiten der Steuerabzugsfähigkeit und Darlehen gibt unser Geschäftsführer Uwe Wolf, 069/88 50 06)

Das oben erwähnte Weihnachtsgeld ist jedoch bei weitem keine Selbstverständlichkeit für alle. Mehr noch, Arbeit selber scheint exklusiv zu werden. Den einen wird sie genommen, den anderen aufgezwungen. In unserem Schwerpunkt 'Arbeit — wieviel und für wen ?' äußert sich Harald Rein nicht nur zu den historischen Hintergründen des Arbeitszwangs; Bernd Röttger setzt sich mit den strukturpolitischen Ursachen und Folgen des 'Verteilungskampfes' um Arbeitszeit auseinander. In ihrem Kommentar zum Thema fragt Eva-Maria Krampe: „Geht die Arbeit aus?". Das 'Nationale', der 'Staat' und die Politik? Die *links* befaßt sich damit in drei Beiträgen. Das Spannungsverhältnis von 'Nationalstaat' und wachsenden Globalisierungstendenzen untersucht Joachim Hirsch. Was der Staat sei und wozu er dient, ist die Ausgangsfrage von Thorsten Cabalos Betrachtungen. Jürgen Roth macht deutlich, wohin die „Gemütslage des Deutschen" führt. Außerdem ein Kommentar zum Problem, inwieweit deutsche Großmachtinteressen sich anschicken, die 'Fesseln' der bisherigen Europa-Politik zu sprengen. Die Verschiebungen der euro-politischen Koordinaten sind sehr eng mit der Entwicklung in Ost-Europa, ganz besonders in der GUS, verknüpft. Grund genug für die *links*, sich in zwei Beiträgen mit dem Thema GUS auseinanderzusetzen. Pedro Romero und Mercedes Simó liefern eine interessante Analyse der innenpolitischen Fraktionierungen im Lande. Michel Tatu beschreibt, ohne sich tagespolitischen Sachzwängen auszuliefern, die Verfaßtheit des Russischen Militärs.

Abseits der Diskussion um ein Verbot der PKK in der BRD wird in der Türkei 'handfeste Politik' gemacht — mit deutscher Schützen(panzer)hilfe, wie die Zahlen belegen. Zur Situation in Kurdistan eine politische Einschätzung von Ronald Ofteringer. Außerdem in dieser Nummer u.a.: Ulla Peters Beitrag zur Subsistenztheorie. Eine Fortführung des Themenschwerpunktes „Entwicklung" aus dem letzten Heft (11/93). ● Das Scheitern der Energiekonsensgespräche. „Vom Konsens zum Nonsens?" Hintergründiges von Christoph Görg. ● Zehn Thesen zur Auseinandersetzung zwischen politischen Gefangenen der RAF sowie der Kommandoebene; Ein Diskussionsanstoß zur Neubestimmung radikaler linker Politik? Untergründiges von Jörg Lauterbach und Jürgen Roth. ' Last but not least findet sich auch in dieser Nummer ein Beitrag zum 'Dauerbrenner' der *links*: Jens Winter setzt die 'Hausdebatte' zum Thema 'Offene Grenzen' etwas versöhnlicher fort.

Allen LeserInnen und FreundInnen der *links* erholsame Feiertage und ein gesundes neues Jahr wünscht **die links-Redaktion**

Wir möchten unsere LeserInnen darauf hinweisen, daß es sich bei diesem Heft um eine Doppelnummer handelt.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Lewis W. Hine:
Men at Work

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Febr.-Ausgabe '94 ist der 20. Jan. 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 8,—/O: DM 5,—
Jahresabonnement W: DM 75,—/O: DM 50,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

Joachim Hirsch
Europa und der deutsche Sonderweg 4

Eva-Maria Krampe
Weniger Arbeit für alle? 5

AKTUELL

Christoph Görg
Vom Konsens zum Nonsens?
Was scheiterte in den Energiekonsensgesprächen 6

Notizen zur Bundespräsidentenwahl 8

NEUES AUS DER PRAXIS

Jörg Lauterbach / Jürgen Roth
„Lügen, Dreck und Unehrlichkeit"
Thesen zur RAF-Debatte 10

Gruppe Bildstörung
Einsatz für Sicherheit? 11

OFFENE GRENZEN

Jens Winter
Geschlossene Gesellschaft, versiegelte Köpfe 12

RUBRIKEN

Editorial 2
Termin 31
cosa nostra:
Abonnement 43

Alle müssen sparen...
nur die *links*-LeserInnen nicht?! Im Gegensatz zu anderen bedeutet Portokasse bei uns: viel Geld. Es ist leider unvermeidlich, um unser Defizit wenigstens im 'üblichen' Rahmen zu halten, kommen wir um eine Preiserhöhung nicht umhin. Mit Wirkung ab 1.1.1994 erhöht sich der Abo-Preis der *links* deshalb auf 75,— DM (West) bzw. 50,— DM (Ost). Der Einzelheftpreis wird auf 8,— DM West/ 5,— DM Ost steigen. Das verbilligte Abo für Studis, Sozial- und ArbeitslosenhilfebezieherInnen kostet im kommenden Jahr 56,— DM.

THEMA: ARBEIT — WIEVIEL UND FÜR WEN ?

Harald Rein
„Das gab es schon immer, und das wird es immer geben"
Pflichtarbeit — eine schwarz-rot-gold-braune Tradition 14

Bernd Röttger
Ein neuer Typ der Arbeitszeitverkürzung
Vom Verlust der kulturellen und gesellschaftspolitischen Dimensionen 18

INTERNATIONAL

Ronald Ofteringer
Kurdistan
Zwischen Ausrottung und Widerstand 22

medico international
Anschläge auf türkische Einrichtungen 24

Otfried Nassauer
Türkische Kurdenpolitik
Mitverantwortung der NATO 27

Pedro Romero / Mercedes Simó
Rußland: Der sogenannte Kampf um die Demokratie 28

Michel Tatu
Rußlands Militär
Eine traumatisierte Armee 30

Viktor Sukup
Argentinien
Demokratie mit Schattenseiten
Interview mit Adolfo Pérez Esquivel 32

Boris Scharlowski
Erneut Folter und Repression in Chile 34

Ulla Peters
Wer soll sich wie und wohin entwickeln?
Überlegungen zur Weiterführung der feministischen Subsistenzdebatte 35

REZENSION

Heike Lutz
Droht die Wiederkehr der Vergangenheit? 21

STAAT UND NATION

Joachim Hirsch
Nationalstaat, Nationalismus und der Verlust der Räume 37

Thorsten Cabalo
Was, wenn nicht der Staat 41

Jürgen Roth
Gemütslage der Deutschen
Dazwischengerufene Philosophie in bewegten Zeiten 44

JOACHIM HIRSCH

Europa und der deutsche Sonderweg

Heiner Geißler liebt starke Worte. Daß er den amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten des Hochverrats bezichtigt hat, ist einer seiner häufigen rhetorischen Fehlgriffe, hat aber einen wahren Kern. Was Stoiber propagiert, ist die klare Absage an die Politik der westeuropäischen Integration, die das Fundament (west-)deutscher Politik seit Adenauer war. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet das Programm eines „Europas der Nationalstaaten" die Rückkehr zu der europäischen Staaten-„Ordnung", die bis 1945 geherrscht (und zwei Weltkriege produziert) hat, einschließlich der außenpolitischen Optionen, die die besonders fatale Geschichte dieses Landes gekennzeichnet haben.

Es geht dabei um viel mehr als eine der üblichen Querelen zwischen den christlichen Schwesterparteien. Stoiber und die CSU stehen nicht allein. Die Resonanz in den anderen Parteien, in Medien und Intellektuellenzirkeln ist groß und die neue Achse Stoiber-Augstein deutet darauf hin, daß sich hier eine politische Frontenverschiebung andeutet, die über taktisches Schielen auf den rechten Wählerrand hinausgeht. Was sich in der verqueren, von den Reps bis zu den GRÜNEN reichenden Anti-Maastricht-Koalition angedeutet hat, gewinnt politischere Konturen: die Verfechter eines „souveränen" deutschen Nationalstaats mit traditioneller Ost-Option beginnen sich quer zu überkommenen politischen Spektren zu formieren. Zur Debatte steht eine grundsätzliche Reorientierung der deutschen Außenpolitik, die die politische Gesamtverfassung dieses Landes weiter umzuwälzen droht.

Ziel dieser neuen nationalen Front ist die Rückkehr zu einer Mitteleuropapolitik, die den deutschen Großmachtanspruch auf eine Vorherrschaft über die Länder Osteuropas gründet. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der DDR haben dafür die Bedingungen geschaffen. Diese Verschiebung der strategischen Optionen verlangt eine grundlegende Revision der Westeuropa-Integration der BRD mit ihren „Souveränitätsverlusten" und Kooperationszwängen. Deren Ratio war — von den DM-Nationalisten deutlich erkannt — eine politische Neutralisierung der ökonomischen Dominanz Deutschlands und ein kompliziertes Ausbalancieren der ökonomischen, militärischen und politischen Kräfteverhältnisse mit Großbritannien und Frankreich. Das Gerede um die Rettung der DM war immer nur Vorwand. Nationale deutsche Großmachtpolitik ist mit westeuropäischer politischer Integration nicht vereinbar.

Die Hintergründe und Motive dieser Verschiebung der politischen Optionen und Kräfteverhältnisse sind komplex. Auslöser ist zunächst einmal die Tatsache, daß die politische und ökonomische Neuordnung Europas nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein in der Tat drängendes und nur schwer lösbares Problem ist: eine Zementierung der Festung Westeuropa würde den Rest des Kontinents dem ökonomischen und politischen Chaos anheimgeben, eine schlichte Osterweiterung der Europäischen Union wäre dagegen deren unvermeidliches Ende. Besondere Brisanz erhält dieses Dilemma durch die aktuelle Krise der kapitalistischen Weltökonomie. Diese läßt das Interesse des in seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit ohnehin schwer angeschlagenen deutschen Kapitals an Freihandel und atlantischer Orientierung geringer werden und fördert weltweit die Tendenzen zu einer protektionistischen Blockbildung. Ähnliches gab es im Gefolge der letzten großen Weltwirtschaftskrise nach 1929. Während sich die regionalen Blöcke in Nordamerika und Südostasien neu formieren, gewinnt die Perspektive eines von Deutschland ökonomisch, militärisch und politisch uneingeschränkt dominierten „Mitteleuropa" an Attraktivität. Diese sich andeutende Verschiebung der ökonomischen Interessen gibt dem nationalkonservativen ideologischen Bodensatz zusätzlichen Auftrieb, dem Verwestlichung, Amerikanisierung, Liberalismus und Demokratie selbst in ihrer verkrüppelten deutschen Form schon immer ein Greuel waren. Daß die Mitteleuropaoption sich schon immer mit dem Konzept eines autoritären Staates verbunden hat, ist daher mehr als eine historische Reminiszenz.

Noch ist die politische Szene einigermaßen verwirrend. Anzunehmen ist, daß in den Vorstandsetagen bislang noch kaum Klarheit über künftige strategische Orientierungen herrscht. Hier werden die Optionen einstweilen noch offen gehalten. Ob die nationalkonservative Wende des „Spiegel" mehr anzeigt als eine Altersmarotte seines Chefs, darüber darf spekuliert werden. Die SPD übt vorerst mal wieder entschlossene Kritik, man weiß nur nicht, wie lange. Politische Alternativen darf man von dieser Partei allerdings ohnehin nicht erwarten. Kohls einstweilen festes Europa-Engagement darf andererseits nicht überschätzt werden, weil es ihm wie üblich um nichts anderes als um Wahltaktik und Sitzfestigkeit geht: er will momentan keine Spaltung seiner Partei riskieren. Die GRÜNEN, um diese politische Laienspielerschar noch zu erwähnen, haben sich jüngst nun doch wieder zu Maastricht bekannt, beklagen aber nach wie vor das europäische Demokratiedefizit und möchten, daß die politischen Entscheidungen wieder mehr von den Brüsseler Bürokratien „nach unten" verlagert werden. Wenn sie damit die Nationalstaaten meinen (und nicht anders liest es sich in den Beschlüssen), können sie sich problemlos mit Stoiber zusammentun, der wahrscheinlich besser weiß, was Parlamente heute noch bedeuten. Gleichzeitig möchten sie die Öffnung der Europäischen Union nach Osten, ohne zu sagen, wie sie sich das vorstellen, wenn der politische Integrationsprozeß weitergehen und wirklich mehr europäische Demokratie herrschen soll.

Die 1989 eingeleitete Wende gewinnt immer deutlichere und gefährlichere Konturen. In diesem Prozeß verschieben sich die politischen Lager und Fronten in verwirrender Weise. Alte Kontrahenten treffen sich, neue Koalitionen und Fraktionierungen deuten sich an. Daß alles nicht mehr so ist wie früher, verdichtet den Nebel in den Köpfen. Wer ist schließlich nicht für Europa, ein demokratisches allemal? Es wäre viel gewonnen, wenn wenigstens bewußt würde, um was es bei der Europadiskussion wirklich geht: um deutsche Großmachtpolitik. ●

EVA-MARIA KRAMPE

Weniger Arbeit für alle?

Vor mehr als 10 Jahren erschienen André Gorz' Überlegungen zur Neuverteilung der Arbeit — folgenlos. Die seit fast zehn Jahren von den bundesdeutschen Gewerkschaften erkämpften Arbeitszeitverkürzungen galten im Unternehmerlager als „Untergang Deutschlands". Jetzt plötzlich schlägt die Konzernleitung von VW die Einführung der Vier-Tage-Woche bei Lohnkürzungen vor. Ihre Motive sind ganz handfester Art: die anstehende Entlassung von mehreren Zehntausend Beschäftigten kommt zu teuer; eine kapazitäts- und nachfrageorientierte Flexibilisierung der Arbeitszeit muß dringend eingeleitet werden. Opel hingegen kürzt schlicht und ergreifend die Einkommen und verspricht, bei Einsparung von weiteren 75 Millionen DM die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten. Die unterschiedlichen Strategien des Krisenmanagements deuten an, welche Alternativen das Kapital zur Behebung der gegenwärtigen Krise anbietet.

Daß geregelte Lohnarbeit knapp und Massenarbeitslosigkeit zum Strukturbestandteil unserer Gesellschaft wird, ist kein Naturphänomen. Die Nachfrage nach Lohnarbeit wird vom Kapital und seinen Verwertungsbedingungen bestimmt. Diese haben sich fundamental gewandelt. Was wir heute miterleben dürfen, ist eine handgreifliche Lektion in Sachen postfordistischer Akkumulationsweise.

Dabei sind zwei Punkte entscheidend. Erstens daß das Kapital sich unter den derzeit gegebenen Bedingungen nur noch durch eine strukturelle und weltmarktbezogene Rationalisierungsstrategie aus der nun schon lange Jahre andauernden Krise wird befreien können, deren entscheidende Dimension in der „Flexibilisierung" der Arbeitsverhältnisse liegt. Das heißt: Erhöhung des Ausnutzungsgrads der Maschinerie und Senkung des realen Lohnniveaus. Von der katastrophalen Inflexibilität der hiesigen Managements wird schon weniger geredet. Zweitens wird der Spielraum für eine nationalstaatliche Regulierung der Lohn- und Einkommensverhältnisse angesichts des rasanten Globalisierungsprozesses immer geringer. Daher die Priorität nationaler „Standortpolitik", der sich nun alle, auch die Gewerkschaften, bedingungslos unterwerfen.

Es gilt zu realisieren, daß der „postfordistische" Kapitalismus ganz wesentlich durch die Entkoppelung von Wachstum und Einkommen geprägt ist, d.h. jobloses Wachstum zu seinen Strukturmerkmalen gehört. Geht am liberalisierten Weltmarkt kein Weg vorbei, dann sind die bisherigen gewerkschaftlichen Positionen nicht mehr zu halten. Die Politik der Absicherung eines relativ gut bezahlten, stetige Einkommensverbesserungen genießenden und in geregelten Arbeitsverhältnissen stehenden Arbeiterkerns, die den marginalisierten Rest dem staatlichen Sozialsystem überläßt, verliert ihre Basis, wenn dieser Kern immer kleiner wird und die sozialen Sicherungssysteme vor dem Kollaps stehen. Auf der anderen Seite haben die etwas helleren Unternehmer (nicht der Wirtschaftsminister) gemerkt, daß auch „sozialer Friede" ein Standortvorteil ist und in den ökonomischen Kapitalstrategien unabsehbare soziale und politische Risiken stecken. Also ist auf beiden Seiten Beweglichkeit angesagt.

Auf die Gewerkschaften kommt nicht nur die Aufgabe zu, dem mit Hilfe von Arbeitszeitverkürzungen entstehenden Wildwuchs von Arbeitszeitflexibilisierung Beschränkungen aufzuerlegen. Vielmehr gilt es, den Folgen der weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Schließlich, so zeigt schon das Beispiel Opel, wird es Arbeitszeitverkürzungen, die tatsächlich Arbeitsplätze sichern oder gar schaffen würden, nicht geben. Viel beliebter scheint da der inzwischen hieß diskutierte „zweite Arbeitsmarkt". Ob damit die Südafrikanisierung der Gesellschaft eingeleitet wird oder aber eine akzeptable Zwischenstation zwischen Arbeitslosigkeit und Vollarbeit entstehen könnte, steht noch aus. Selbst Zwangsarbeit ist wieder ein Thema, was zeigt, wie umstandslos der ökonomische Liberalismus in sein politisches Gegenteil umschlägt. Auch da kommt die deutsche Vergangenheit wieder.

Die Tarifstrategen der Gewerkschaften sind nicht zu beneiden. Sie können versuchen, die Entwicklung zu modifizieren, sie politisch halbwegs kontrollierbar zu halten und das Schlimmste zu verhindern. Mehr nicht. Allerdings wäre es schon viel, wenn es gelänge, tatsächlich Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren, dabei die Lohneinbußen geringer verdienender ArbeiterInnen klein zu halten oder sekundäre Arbeitsverhältnisse durch entsprechende Absicherungs- und Finanzierungsregeln — z.B. modifizierte ABM-Modelle — vor dem völligen kapitalistischen Wildwuchs zu bewahren. Dies setzt wiederum voraus, daß das staatliche Sicherungssystem intakt bleibt und den neuen Bedingungen angepaßt werden kann. Dies entspräche in gewissem Sinne sogar kapitalistischer Logik, weil klar ist, daß auch internationale Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft vor allem davon abhängen wird, daß es gelingt, ganz neue Formen der sozialen und politischen Regulierung zu entwickeln.

Und was bleibt jenseits der Logik des Kapitals? Zumindest denkbar wäre, die Krise auch in anderem Sinne zu nutzen. Daß unsere Waren-Konsum-Wegwerf-Müll-Gesellschaft so ziemlich am Ende ist, stellt kein Geheimnis dar. Was eigentlich ansteht, ist eine fundamentale Veränderung der Werte, der Lebensstile und Konsumnormen. André Gorz' Thesen haben unverhofft neue Aktualität erhalten. Freie Zeit braucht nicht vor der Glotze oder im Supermarkt verbracht zu werden, sondern ermöglicht neue Formen der „Eigenarbeit", die durchaus „Lebensqualität" verbessern können. „Zweite" Arbeitsmärkte haben ihren Sinn, wenn gesellschaftlich nützliche, aber nicht profitable Tätigkeit halbwegs vernünftig bezahlt und abgesichert ist. Daß Arbeit sinnvoll sein kann und nicht nur kaputt machen muß, ist ja auch was wert. Der „Traum immerwährender Posperität", des ständig wachsenden Warenreichtums, ist in der Tat ausgeträumt.

Solche Forderungen stehen jedoch keineswegs in Einklag mit der gegenwärtig allseits eingeklagten „neuen Bescheidenheit", sondern stehen ihr diametral entgegen. Eine qualitative Veränderung der Arbeit läßt sich nämlich nicht durch die Anpassung an die sich abzeichnenden neuen Kapitalverwertungsbedingungen erreichen. Sie setzt vielmehr voraus, daß sich unsere Gesellschaft in ihren Grundstrukturen, ihren Erwartungen und Zielsetzungen radikal ändert. Dies ist ein Geschäft, das Gewerkschaften alleine nicht leisten können und bei dem man Politiker ohnehin abschreiben kann.

Auch auf eine neue Welle alternativer Betriebsgründungen wie in den siebziger Jahren darf nicht gehofft werden. Der Versuch, sich in gesellschaftlichen und Marktnischen einzunisten, würde heute ebenso folgenlos bleiben wie damals.

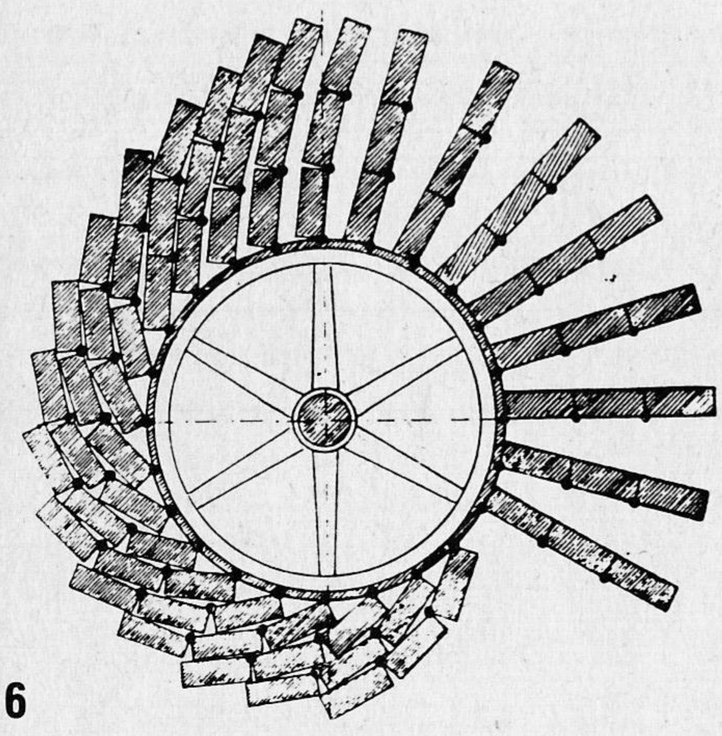
Gefragt sind, auch wenn diese Wörter im Vokabular des „postmateriellen Diskurses" nicht mehr vorkommen, Solidarität und experimentierende Praxis. Also das exakte Gegenteil der alltäglich gewordenen gewaltsamen Verteidigung vorgeblicher individueller Privilegien. Der Mut dazu, der nichts mit bornierter Einseitigkeit gemein hat, könnte Grundlage für neue Formen radikalen Reformismus sein. Viel ist davon allerdings derzeit nicht zu sehen. ●

CHRISTOPH GÖRG

Vom Konsens zum Nonsens?

Was scheiterte in den Energiekonsensgesprächen?

Überraschend kam weniger das Ende, überraschend war vielmehr die lange Dauer einer Gesprächsrunde, deren Kennzeichnung als 'Konsensgespräche' die Sachlage eher vernebelt. Dabei stand die Notwendigkeit, die langfristigen Perspektiven der Energieversorgung der Bundesrepublik zu überprüfen, allen Beteiligten klar vor Augen — nur daß dann die Akteure doch jeweils etwas gänzlich Gegensätzliches unter deren Sicherung verstanden wissen wollten. Der Abbruch der Gespräche läßt damit erste Einblicke zu in die Möglichkeiten, 'den Staat' oder 'die Demokratie' über sogenannte 'neue Verhandlungssysteme' zu 'modernisieren'. Entstanden ist dabei weniger eine neue Form konsensueller Problemlösung denn ein neues Konfliktterrain mit eigenen Gesetzen.



Es ist gerade mal ein Jahr her, da wurde auf dem deutschen Umwelttag in Frankfurt die strategische Wende der Umweltbewegung öffentlich inszeniert. 'Vom Konflikt zum Dialog' hieß die Parole. Doch mit dem politischen (und finanziellen) Desaster des Umwelttages zeichnete sich gleich schon das Scheitern dieser Strategie ab, die in der Umweltbewegung immer umstritten geblieben war (vgl. dazu die *links* vom November 1992). Unterdessen haben sich eine ganze Reihe von Gesprächsrunden etabliert, in denen in der Art 'Runder Tische' konkrete Probleme unterschiedlichster Art diskutiert wurden und werden — von der Sanierung der Mülldeponie Münchehagen über Probleme der Abfallversorgung und der Anwendung der Gentechnologie bis zum 'Grünen runden Tisch zur Rettung des Waldes' und eben den 'Energiekonsensgesprächen'.

Blockaden der Energiepolitik

Viele dieser Gesprächsrunden reagieren vor allem darauf, daß sich staatliche Institutionen untereinander und im Hinblick auf die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen selbst blockieren. Hierbei ist aber nicht nur an das oft beschworene Vollzugsdefizit staatlicher Umweltpolitik zu denken, was oft als reines Umsetzungsdefizit dargestellt wird, sondern auch an Blockaden durch gegensätzliche ökonomische Interessen und durch öffentlichen Druck sozialer Bewegungen. Dies gilt besonders auch beim Problem Energieversorgung. Angestoßen wurden die Gespräche von Seiten der Energieversorgungsunternehmen (EVU) letztlich deswegen, weil sie das Entscheidungsdefizit des Staates in der Energiepolitik nicht länger hinnehmen konnten und wollten. Nur in diesem einen Punkt treffen sich denn auch die Interessen, und so war es kein Wunder, daß schon der Brief der Vorstandsvorsitzenden von VEBA, Klaus Piltz und von RWE, Friedhelm Gieske, an Kohl vom November 1992, der letztlicher Auslöser der Gespräche war, in seinen Zielsetzungen völlig gegensätzlich interpretiert wurde. Lasen einige aus dem Brief die Ankündigung des Verzichts auf die Kernernergie seitens der Stromversorger, so stellten Gieske und andere Energiemanager schnell klar, daß das so nicht gemeint war. Für die Konfusion waren vor allem zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen haben die Versorgungsunternehmen hinsichtlich der Stromerzeugungstechnik sehr unterschiedliche Optionen, so daß sie keineswegs gleichermaßen bzw. im gleichen Umfang an der Nutzung der Kernkraft interessiert sind. Zum anderen sind die tatsächlichen Interessen zum Teil sehr geschickt in der Öffentlichkeit versteckt bzw. von anderen Zielsetzungen überlagert worden.

Wer wie die VEBA beabsichtigt, mittelfristig Kraftwerke mit billiger Importkohle in Küstennähe zu bauen, dem fällt es leichter, auf die Kernenergie in Zukunft zu verzichten — zumal ersteres sowieso die billigere Lösung wäre. Da macht auch die Forderung nach einem Verzicht auf die Kohlesubventionierung Sinn, mit dem dann im folgenden die SPD unter Druck gesetzt werden sollte. Im Gegensatz dazu wollen Bayernwerk in Koalition mit CSU und dem Kernkraftwerksbauer Siemens keineswegs von der Option Atomkraft lassen. Gemeinsame Position aller EVUs war die Forderung, die schon bestehenden Atomkraftwerke bis zum Ende der Betriebszeit auch wirklich nutzen zu können — angesichts der ungelösten Entsorgungslage und einer drohenden Verlagerung des Konflikts vor die Gerichte für sie ein wirklich drängendes Problem. Aber das war längst nicht alles. Angesichts der konfusen Entscheidungssituation dürfte es von Seiten der Versorgungsunternehmen wünschenswert gewesen sein, politische Festlegungen zu erreichen, die langfristige Planungen wieder möglich machen — und dafür war man sogar bereit, über alternative Techniken und Einsparungen zu reden. Der anvisierte Energiekonsens zielte hier also vordringlich auf die institutionelle Regulation der Rahmenbedingungen ökonomischer Entscheidungen. Und da diese nur unter Einbezug relevanter Teile der Kernenergiegegner zu erreichen war, mußten wenigstens symbolisch gewisse Zugeständnisse signalisiert werden. Von regenerativen Energiequellen redet inzwischen auch der Chef des Bayernwerks Jochen Holzer, aber nicht ohne auf deren marginale Bedeutung im Energiemix und auf die Bedeu-

tung der Kernenergie hinzuweisen.

Je länger aber die Gespräche liefen, desto mehr wurde dieses ursprüngliche Interesse zurückgedrängt und desto mehr rückte das Thema „weitere Nutzung der Kernenergie" in den Vordergrund. Die Gründe dafür sind nicht schwer zu verstehen. Denn für beide Seiten steht hier Entscheidendes auf dem Spiel. Für die Kernkraftwerksbauer und —betreiber geht es angesichts großer Überlasten keineswegs aktuell um den Ausbau der Atomenergie, wohl aber um die Möglichkeit, sich die langfristige technische Option auch hinsichtlich des Exports zu sichern. Die Forderung nach einem 'Fadenrißverhinderungsreaktor' — was ja bekanntlich gar nichts mit den Rissen in den bestehenden Kraftwerken zu tun hat, sondern lediglich darauf abzielt, nicht den Faden in der Weiterentwicklung der Atomtechnik reißen zu lassen — wurde dabei mit einem durchaus originell verwendeten Argument begründet. Hatten die Gegner der Atomtechnik bislang u.a. damit argumentiert, daß nicht zukünftige Generationen auf Jahrtausende die Folgelasten dieser Technik aufgebürdet bekommen sollen, so wurde daraus in der Umkehrung das dreiste Argument: Wir müssen den folgenden Generationen die Entscheidung für oder gegen die kommerzielle Atomtechnik offenhalten! Auch so lernt 'die Ökonomie' von 'der Ökologie': sie modernisiert ihre Legitimationsfloskeln.

Bei den Umweltverbänden mußte damit das Thema Kernenergie zur Sollbruchstelle der Gesprächsrunde werden. In Bezug auf den Ausstieg kann es für sie nämlich keinen Kompromiß geben, wie alle beteiligten Umweltgruppen (BUND, Greenpeace, IPPNW) von vorneherein immer wieder betonten. Das wirft ein Licht auf die unterschiedlichen Strategien gegenüber den neuen Verhandlungssystemen. Für die Verbände ist öffentliche Glaubwürdigkeit und insofern Prinzipienfestigkeit die Grundlage ihrer Mobilisierungsfähigkeit und damit eine Machtressource, die sie nicht beliebig aufs Spiel setzen können. Durchaus vertretbar ist es, wenn sie sich an Gesprächen beteiligen, um in der Öffentlichkeit präsent zu sein und die Informationsmöglichkeiten solcher Gespräche nutzen zu können. Nicht akzeptabel jedoch ist es, in einen Konsens eingebunden zu werden, der ihren prinzipiellen Anliegen grundsätzlich zuwieder läuft.

Politische Optionen

Der Ausstieg der Verbände vor dem Ende der Gespräche war also zu erwarten gewesen. Daß auch die SPD davor zurückgeschreckt ist, sich in einen Konsens einspannen zu lassen, der gegen ihren Ausstiegsbeschluß gerichtet ist, dürfte dagegen nichts mit Prinzipienfestigkeit zu tun haben. Wichtiger war auch hier ein Scheitern, nämlich der Strategie vom Mitinitiator Gerhard Schröder, seine Partei gegenüber der handlungsunfähigen Bundesregierung als verantwortlicheren Partner zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu profilieren. Doch dafür wäre es notwendig gewesen, einen umfassenden Vorschlag zur Energieversorgung zu machen und dann in den Verhandlungen durchsetzen zu können, der über eine stärkere Energieeinsparung und veränderte Einsatzformen den Verzicht auf die Kernenergie möglich gemacht hätte. Dafür gibt es durchaus Denkmodelle und praktische Ansätze. Was aber fehlt ist der gesellschaftliche Akteur, der sie politisch umzusetzen bereit und dazu auch in der Lage wäre. Was fehlt ist das hegemoniale Projekt, um einen gesellschaftlichen Konsens zu organisieren. Angesichts der Zuspitzung auf die Nutzung der Kernenergie war sogar den sonst biegbaren Sozialdemokraten letztlich ein weiteres Umfallen in Bezug auf ihren Ausstiegsbeschluß doch des schlechten Spiels zuviel. Umgekehrt dürfte der Ausstieg der Grünen schon einige Monate vor den Umweltverbänden eher auf die symbolische Darstellung von Differenz zu der sich anbahnenden Annäherung der großen Parteien abgezielt haben.

Was bleibt also von den Erwartungen an die neuen Verhandlungssysteme übrig? Zunächst zeigt sich bei Gesprächen in dieser Größenordnung, daß die Verhandlungsmacht gesellschaftlicher Interessen größere Bedeutung hat als der Rahmen der Gespräche. Von den Verhandlungssystemen, insbesondere von den sogenannten Mediationsverfahren, bei denen eine Konfliktvermittlung durch einen unabhängigen Mediator angestrebt wird, wird durch das Setting eine stärkere Orientierung auf das Sachproblem und eine Verflüssigung der politischen Profilierungsabsichten erwartet. Nun kann man sich darüber streiten, ob diese höhere Entscheidungsrationalität selbst in entsprechenden Fällen wirklich eintreten wird. Bei Gesprächen in der Größenordnung der Energierunde steht aber zu viel auf dem Spiel, als daß 'Sachrationalität' so leicht zu erreichen wäre. Selbst eine 'Modernisierung des Staates', von einer 'Modernisierung der Demokratie' ganz zu schweigen, läßt sich jedoch erst erreichen, wenn wenigstens bessere Möglichkeiten für die Institutionalisierung eines Kompromißes auch gegen den Widerstand mächtiger Interessengruppen gegeben wäre. Anders ausgedrückt: Verhandlungssysteme mögen im bestimmten Rahmen dort etwas nützen, wo sich verschiedene soziale Akteure gegenseitig blockieren können und sie zu einer gemeinsamen Kompromißsuche gezwungen sind. Aber selbst da muß noch im Einzelfall geprüft werden, ob nicht die formalen Regeln der Verhandlungsrunden Kritiker und Befürworter unterschiedlich begünstigen (vgl. entsprechende Überlegungen zur Technikfolgenabschätzung von B.Gill in *Wechselwirkung,* Okt. 93). Wo aber Entscheidungen von erheblichem politischen und ökonomischen Gewicht zu treffen sind, gerade da muß im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung die Fähigkeit vorhanden sein, über die bloße Feststellung von Sachrationalität hinaus — und schon die ist abhängig von Machtressourcen — die entsprechenden Konsequenzen auch wirklich umsetzen bzw. organisieren zu können.

Das ist kein verdecktes Plädoyer für einen starken Staat, wohl aber der Hinweis, man solle sich in den Lösungsperspektiven nicht zu sehr vom Wunschdenken leiten lassen, sondern vielmehr strukturelle Bedingungen politischen Handlens in Rechnung stellen. Aus dem Verlauf der Energiekonsensgespräche läßt sich nämlich auch die nun nicht eben neue Einsicht ableiten, daß gerade die staatlichen Akteure, allen voran die Bundesregierung und die Länder, allemal mehr an kurzfristiger Interessensicherung orientiert sind, denn am Problem der Energieversorgung unter ökologischen Gesichtspunkten. Nicht nur das Schachern um die Steinkohle, auch das fast völlige Ausblenden der ostdeutschen Braunkohle war Konkurrenzgesichtspunkten geschuldet. Von einem Umdenken in der Energiepolitik ist angesichts der immer stärker werdenden Ausrichtung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie weniger denn je die Rede. Weniger Dialog und Konsens denn Konflikt und Dissens sind heute die einzig möglichen Optionen der Umweltbewegung. Aber ein Dissens, der durchaus flexibel, d.h. in praktikabler Nähe zu den Institutionen und unter Umständen auch in Verhandlungsrunden deutlich gemacht werden muß.

Wem gehört Europa?

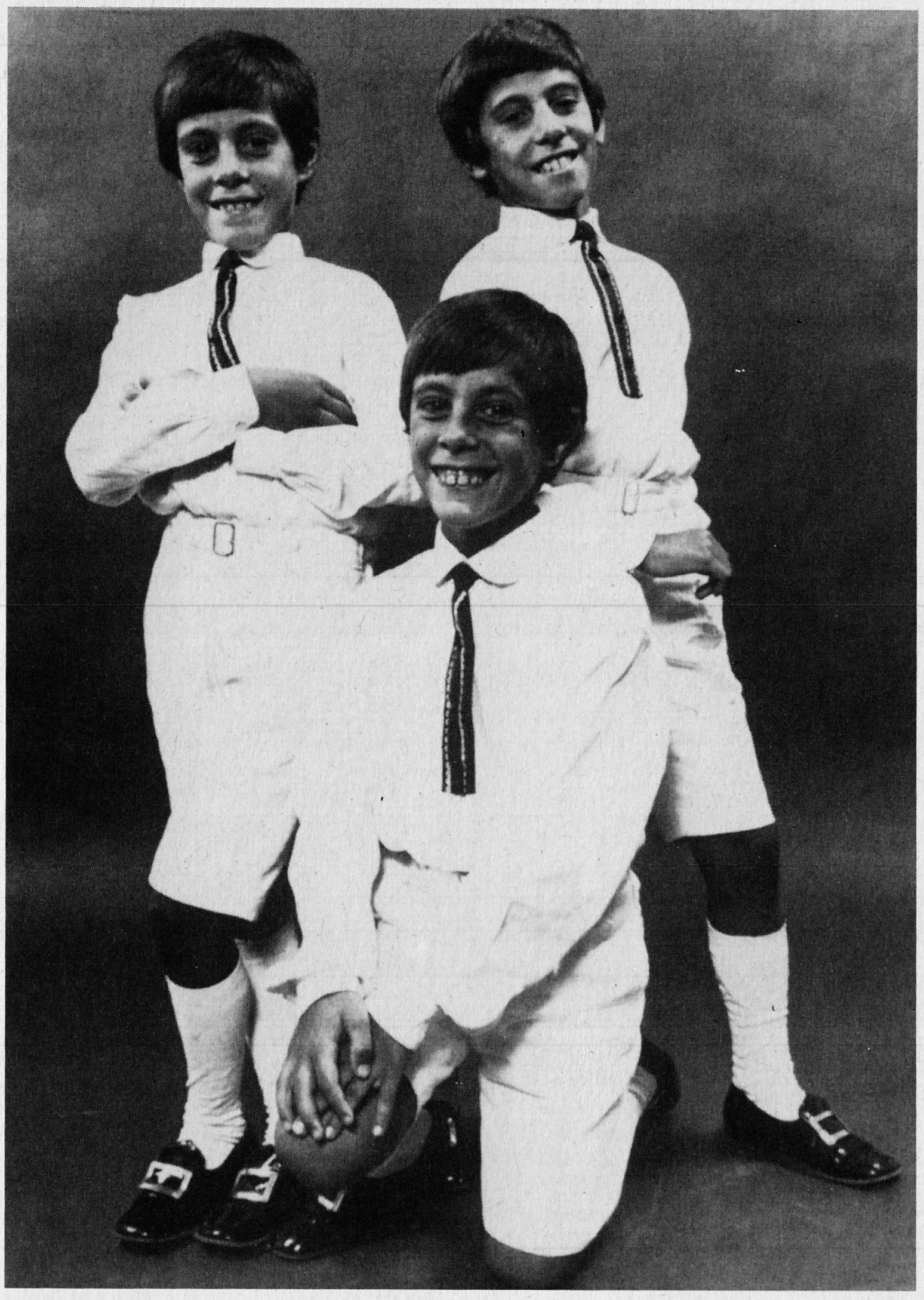
Zur Dialektik der Modernisierung

Auf 84 Seiten Beiträge von: Agnes Heller, Ferenc Fehér, Jean-Marc Ferry, Kurt Biedenkopf, Cornelius Castoriadis, Fernando Mendes, Kurt Hübner, Welf Schröter, Paride Batini, André Gorz, Enrico Pugliese, Stephen Castles, Rudi Leiprecht, Alain Touraine, Shahla Blum, Dimas Figueroa.

TÜTE -Sonderheft, 15.00, c/o TAV, Pf. 2528, 72015 Tübingen

Präsidentenwahl

Schon wieder Rollkommandos bei der „links“? Innerhalb der links-Redaktion kam es zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen darüber, wen diese Zeitung im Bundespräsidentenwahlkampf unterstützen soll. Heitmann, Batman oder Möllemann — auf jeden Fall Mann (mit einer Ausnahme, die die Mehrheit der Redaktion aufrichtig bedauert). Mehr noch: kampfbereite Fraktionsbildungen, hinterhältige Intrigen, vordergründige Absprachen und butterweiche Koalitionen drohten die Redaktionsarbeit zeitweise lahmzulegen. In letzter Minute gelang dank gruppenpsychologischer Beratung und zivilgesellschaftlicher Massage ein Kompromiß: jedes Redaktionsmitglied darf ihren bzw. seinen Kandidaten vorstellen. Das Ergebnis steht auf dieser Seite, und unsere Tassen sind wieder im Wohnwandschrank direkt neben dem Bild mit dem röhrenden Hirsch. Die Auswechslung von Personen berührt das natürlich alles nicht.



Torwandschießen statt Bundesversammlung. Vom Richie zum Berti

Die Debatte um die Weizsäcker-Nachfolge ist viel zu emotional geführt worden. Bislang spielten nicht Qualifikationen, sondern Parteienproporz die Hauptrolle. Das muß sich ändern! Ich plädiere deshalb für eine Versachlichung der Debatte. Die Frage muß lauten: Was muß er können? Wir brauchen vor allem eine Integrationsfigur als Bundespräsi! Er muß den rechten Flügel im Auge haben. Hat Heitmann. Hat Berti. Er muß den linken Flügel im Auge haben. Hat Heitmann nicht'... aber Berti. ...und am besten auch beide unter Kontrolle... Hat Heitmann auch nich'... aber Berti. Und der Mitte muß er zugeneigt sein. Die Mitte kennt Heitmann nich' — und sie ihn auch nicht. Für Verteidigung muß er sein — Verteidigung des Grundgesetzes, der Festung Europa usw. usf.. Verteidigung war jahrelang sozusagen Bertis Domäne. Vorbild muß er sein. Als Bundestrainer ist man eines vor allem: Vorbild, also? Richtig, Berti. Er muß die Menschen faszinieren können. Zu Berti kommen immer zig Tausende. National gesinnt müßt' er aber auch noch sein. Deutsche Nationalmannschaft — wer sagts denn, ist doch alles drin: Deutsch-National und Männer! Nach objektiver Sachlage kann es also nur eine Entscheidung geben — Berti Vogts. Leider finden sich nicht zwei mal elf KandidatInnen, somit auch kein Endspiel um die Nachfolge von Richie. Qualifikationsspiel hin, Endspiel her, dann aber wenigstens ein Torwandschießen — demokratisch wärs auch noch — Heitmann kann mitschießen... Übrigens: Vogts ist auch besser als Herzog.

Thomas aus Frankfurt

Frau Beimer for President!

Hildegard Hamm-Brücher wird nicht ernsthaft als Kandidatin gegen Heitmann antreten dürfen. Ihre Nachteile liegen auf der Hand: Als Liberale kann sie natürlich nicht mit der Unterstützung ihrer Partei rechnen. Als intelligente politische Analytikerin kann sie nicht gegen den SPD-Kandidaten Rau konkurrieren, der von seinen eigenen Parteigenossen nicht umsonst als Bruder Johannes bezeichnet wird. Die Grünen werden aufgrund schlechter Erfahrungen und interner Quotendebakel so schnell nicht wieder für eine weibliche Kandidatin eintreten. Als Intellktuelle und gestandene Berufspolitikerin sind ihre Chancen gegen den Stammtischredner Heitmann gleich null. Ja und außerdem, so bemerkte Herr Augstein treffend, sei ihr Mann zu alt.

Deshalb mein Gegenvorschlag: Nominieren wir Frau Beimer, wohnhaft in der Lindenstraße. Sie erfüllt alle Voraussetzungen: Sie ist eine fürsorgliche Mutter und nicht übermäßig liberal. Rationalität ist ebensowenig ihre Sache, wie man sie eines bodenlosen Intellektualismus bezichtigen könnte. Sie ist geschieden, allerdings unschuldig. Dafür aber befindet sich ihr neuer Lebenspartner im geeigneten Alter. Ihr jüngster Sohn und ein entfernter älterer Verwandter unterhalten enge Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen. Da kann man Verständnis erwarten. Schließlich soll die Bundespräsidentin das ganze Volk repräsentieren. Also: Frau Beimer for President!

Gewählt werden wird sie allerdings nicht, obwohl ihre Qualitäten denen des Herrn Heitmann entsprechen — die Frau aus dem Volke gegen den Mann, der mit Volkesstimme spricht. Es bleibt halt der kleine Unterschied. Sie ist, wie Hildegard Hamm-Brücher dummerweise eine Frau. Frauen darf man zwar ins Gespräch bringen, man darf auch Herrn Heitmann ob seiner konservativen Äußerungen über die Bestimmung der Frau kritisieren, nur in ein wichtiges Amt wählen darf man Frauen natürlich nicht. Sie sind immer zu links, zu kritisch, zu konservativ, zu doppelbelastet, zu karrieresüchtig, zu aufmüpfig, zu anpasserisch, zu wenig integrativ, schlecht oder überqualifiziert, ungünstig oder nicht verheiratet oder sonst noch einiges. Darum aber geht es nicht. Das, was wirklich gegen sie spricht, ist ihr Geschlecht. Verfassungsmäßige Gleichbehandlung hin oder her. In diesem Land hält mann sich lieber an einen Heitmann oder, wenns gar nicht anders geht, wenigstens an Berti Vogts. **E.M.K.**

Unser Präses muß Menschen und Natur ganz lieb haben. Zum Beispiel soll er meinen können: „So haben wir vieles zu lernen und zu tun. Das gilt auch für die Natur selbst. Wir dürfen sie nicht immer weiter beschädigen." Und: „Ich bin ein Deutscher wie ein Franzose ein Franzose ist oder ein Russe ein Russe." Sowie: „Ein freudiges Herz ist das beste, was wir Menschen kennen."

Nochmal fünf Jährchen können das Gute Gewissen aller guten Deutschen, Richie v. W. nicht noch debiler machen. Und da GG-Änderungen heute zu den kleineren Übungen gehören, wünsche ich mir ganz fest: Wiederwahl. **U.B.**

Wahl durch ein zeitgemäßes Verfahren: der marktgerechte Kandidat

Ich plädiere für eine MArktgerechte Lösung mit eingebauter STandortSIcherungsAutomatik, kurz MALSTASIA. MALSTASIA beruht auf der Ausschreibung des Jobs in allen relevanten Organen von BILD bis FAZ und zivilgesellschaftlicher Gleichberechtigung aller Bewerber, ohne Ansehen von Person, Branchenherkunft, Hautfarbe und Sachverstand. Eine Jury, zusammengesetzt aus den Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammern und beraten von den Doyens der am Markt erfolgreichsten PR-Agenturen, wählt aus den Bewerbern denjenigen aus, der am meisten bietet für die Arbeitsplatzsicherung im Bundespräsidialamt und die langfristige Standortsicherung der Hauptstadt sowie eine durch Polit-Sponsoring rückversicherte optimale präsidiale Vermarktung. Wow. **L.L.**

„Heinz Fallak steht der Sinn nicht nach Amt des DSB-Präsidenten. Warnung vor dem 'Heitmann-Syndrom'. Personaldiskussion darf politische Inhalte nicht verdrängen..."
Frankfurter Rundschau

De profundis?

„Was die Linke an Heitmann stört, ist, daß er ein echter Wertkonservativer ist." Keinesfalls, nein. Denn so ist's rundheraus pfeilgrad richtig arti- bzw. ejakuliert, an sich getroffen ist es gewiß und stockspitz in den Boden geurteilt auch, wie die Verhältnisse sind und daß hie und da, nun und immerdar, stante, pedem und haarschmal nichts und niemand mehr zu deuteln und alles ganz ganz klar ist und hat, Kohl. Das wär, bei unser Treu, allerdings allerhand sonst. Und, zugegeben, daß die infinitesimale Tölpischheit solcher Verkündungskraft mit jener hagerer Grandezza sich paart und zur Entelechie des lange hölderlinsch-asymptotisch ersehnten Geistes- wie Politikkosmos fügt, das lasse einen Weltenplan hell erscheinen, der nicht verspielt, eine jenseitige Aussicht, die nicht verbaut sein will, gar darf! Werden wird! Denn die Subjekte, gar die widerstrebenden, sollen Eins werden. Heitmann: wählen! (Die Ursach' des Suchens ist unergründlich, das Finden aber erquicklich.)

***

Heitmann hat sich bereits um Kopf und Kragen geredet und Kohl will nur noch einen allzu peinlichen Abgang seines Kandidaten vermeiden. Das Spiel „Wir suchen einen Bundespräsidenten" beginnt von vorne. Wenn wir uns nicht wieder verKOHLen lassen wollen, müssen wir unseren Mann jetzt ins Rennen schicken. Der einzige würdige Nachfolger von Ritchie ist zweifellos Rio Reiser. Mit seinem bahnbrechenden Song „König von Deutschland" hat er ja bereits vor Jahren seinen Anspruch auf das höchste Amt formuliert. Und klingt Rio der I. nicht bestechend gut? Mit seinem Programm: Nur noch Hitparaden für die Bundeswehr, 24 Stunden Robert Lembke im Fernsehn und Kampf den stinkenden Socken und Autos ist Rio Reiser eindeutig der würdige Nachfolger des abdankenden Präsidenten. Also. Gebt Rio eine Chance! **J.R.**

Im April 1992 legt die RAF ein Papier vor, in dem sie ihre eigene Geschichte kritisch reflektiert und die bisherige Form des bewaffneten Kampfes in der BRD zum ersten Mal selbst in Frage stellt. Das Deeskalationsangebot, d.h. die Aussetzung von Anschlägen auf Repräsentanten der BRD, wird unter der Bedingung einer absehbaren Freilassung der politischen Gefangenen formuliert. Etwa gleichzeitig startet, nicht zuletzt unter dem Druck führender Repräsentanten, die sogenannte Kinkel-Initiative, die unter dem mißverständlichen Schlagwort „Versöhnungsangebot" in der Medienlandschaft verbreitet wird. Sie sieht eine Haftprüfung für abschwörende RAF-Gefangene vor. Bekannt ist mittlerweile, daß die Gruppe um die Celler RAF-Gefangenen mit offiziellen Stellen Gespräche u.a. über eine mögliche Freilassung führte. Diese Gruppe hält die RAF zwar geschichtlich für notwendig, den bewaffneten Kampf heute aber deshalb für überholt, weil sich die Metropolengesellschaften zivilisiert hätten. Die Kinkel-Initiative wird von ihnen als Resultat des kollektiven Widerstands der Gefangenen in den Sicherheitstrakten interpretiert. Trotz des Deeskalationsangebots der RAF und der Kinkel-Initiative findet z.Z. eine neue Prozeßwelle gegen RAF-Gefangene statt. Unter dem Druck ihrer eigenen Verhaftung machen in die ehemalige DDR abgetauchte frühere RAF-Mitglieder mittels der Kronzeugenregelung stark belastende Aussagen, die z.T. zu langjährigen Haftstrafen führen können. RAF-Hardliner um Brigitte Mohnhaupt, die kaum eine Chance auf Freilassung haben, werfen nun sowohl den Celler Gefangenen als auch der Kommandoebene Verrat vor.

Im folgenden formulieren wir unsere Position zur aktuellen RAF-Debatte. Die Thesen verstehen wir v.a. als Diskussionsanstoß zur Neubestimmung radikaler linker Politik.

JÖRG LAUTERBACH / JÜRGEN ROTH

„Lügen, Dreck und Unehrlichkeit"?

Thesen zur RAF-Debatte

1. Die Geschichte der RAF ist im wesentlichen eine der Gefangenen. Deshalb vermochten sich sowohl die nachkommenden RAF-Generationen als auch die an radikalem Widerstand orientierten Gruppen und Bewegungen zum Großteil allein an den Haftbedingungen und den Internierungsstrategien des Staates auszurichten. Die Operationalisierungen des Kampfes im Hinblick auf die anfänglich ins Auge gefaßten Befreiungsbewegungen, etwa im Trikont mußten folgerichtig zurück-, die Imperialismusanalysen als Grundlage des Stadtguerilla-Konzepts in den Hintergrund treten.

2. Wenn die Politisierung den Haftbedingungen folgt, muß der Protest stets ein sekundärer Prozeß bleiben, da er einerseits auf die staatlich und gesellschaftlich gesetzten Bedingungen reagiert und andererseits dem staatlich zugewiesenen Rollenspiel verhaftet bleibt.

3. Da die gegenwärtige Situation, in der die Inhaftierten auf ihre Freilassung hoffen, zwischen den Positionen der staatlich intendierten Kapitulation und der Anerkennung des fortgesetzten, sog. 'unversöhnlichen' Widerstands changiert, bleibt kaum ein anderer Ausweg als der des Märtyrertums.

4. Der Gedanke des Märtyrertums greift zurück auf die Heroisierung einer Inhaftierungserfahrung, die sich zur letztlich leeren Geschichte radikaler Subjektivität verselbständigt. Dennoch bleibt der Widerstand, der sich allein an den Leiden der Isolationshaft zu bestimmen vermag, als Kritik staatlicher Repression festzuhalten, die zugleich mit jenem Moment subjektiven Standhaltens spielt, das von den Inhaftierten objektiv erzwungen wird. Die Entscheidung, das Konzept Stadtguerilla in den Knästen fortzusetzen, ist eine Illusion, mit der dem Gedanken radikaler Subjektivität der Gehalt gesamtgesellschaftlicher Befreiung genommen wird.

5. Im Gegensatz zur „Identität" der ihre Freilassung anstrebenden Inhaftierten stellt sich das Bewußtsein der Hardliner her durch das Plädoyer für die „Fortsetzung des bewaffneten Kampfes" gegen 'Repräsentanten' aus Wirtschaft und Politik; jede Abweichung, so Brigitte Mohnhaupt, käme dem Verrat an der Geschichte und der aktuellen Notwendigkeit des militanten Kampfes gegen das Kapital gleich.

6. In beiden Positionen setzt sich die Staatslogik durch, die auf die Liquidierung der RAF zielt. Sie instrumentalisiert die zur Fiktion gewordene ultima ratio der RAF-Aktion, die sich entweder aus dem leeren Bewußtsein einer der kapitalistischen Reproduktion opponierenden Lebens- und Sozialisationsgeschichte, oder aus den zu kontinuierenden Akten der Gewalt gegen 'Persönlichkeiten' aus Wirtschaft und Politik speist. Sowohl der Begriff des „Verrats" als auch jener einer „eigenen Moral", der sich aus der nicht-entfremdeten Vernunft setzt, exekutiert Varianten staatlicher Feindbildung, die ihrerseits gleichermaßen mit Deeskalation wie mit Eskalation rechnet.

7. Die Einschätzung der Kinkel-Initiative als Resultat der Knastkämpfe durch den Celler Kreis verkennt das staatliche Ziel, effektiver die Spaltung voranzutreiben vermöge des Versöhnungsangebots als bsw. durch die gebetsmühlhafte Wiederholung des Dogmas der CDU/CSU, verhandelt werde nicht. Zwar gilt den Cellern ihre eigene Inhaftierungsgeschichte noch als handgreiflicher Ausdruck einer radikalen Opposition zum Staat, doch die Perspektive der 'Integration' in's gesellschaftliche Leben handelt nurmehr mit Widerspruchs- und Politikmöglichkeiten, die sich ausschließlich auf lokaler Ebene ihren Gegenstand suchen und durchsetzen lassen. Diese Tendenz der Privatisierung von politischen Praxen anerkennt die eklatant den Verhältnissen widersprechende Einschätzung, die Metropolengesellschaften hätten sich liberalisiert. Gleiches gilt für die Position der Hardliner, die die bloße Fortsetzung der obsolet gewordenen Kampfstrategie propagiert, obgleich sich der Staat nicht mehr 'herausfordern' läßt.

8. Da beide Optionen in die Sackgasse geraten sind, muß für die Freilassung der Gefangenen eine Gesamtlösung anvisiert werden, die anerkennt, daß die RAF weder als Kontinuum, noch als privates Rückzugsgeschäft aktuell oder geschichtlich zu retten ist. Wollen sich die politischen Gefangenen nicht weiterhin zum öffentlichkeitswirksamen running gag degradieren lassen, muß ein Bruch mit der bisherigen RAF-Strategie angestrebt werden. Ansatzpunkt dafür bietet u.E. das '92iger-Papier, das die Fehler des bewaffneten Kampfes schonungslos offenlegt, ohne den Gedanken an den und den Willen zum Widerstand preiszugeben.

9. Die Fiktion der Personifizierbarkeit von Herrschaft ist zerfallen, damit auch die Aura des bewaffneten Kampfes in der bisherigen Form. Der emanzipatorische Charakter militanter Politik muß sich neu konstituieren und kann sich in Angriffen auf repressive Herrschaftsinstrumente materialisieren — einher ginge damit der Versuch, den herrschenden Diskurs zu stören und Einsicht in die Technologien der Macht zu gewinnen, um erkennbar werden zu lassen, daß der Habitus des Staates potentiell jeden erreicht, der von herrschenden Normen abweicht.

10. Primat solcher Überlegungen bleibt die Forderung nach sofortiger Generalamnestie. ●

Gruppe BILDSTÖRUNG

Einsatz für Sicherheit?

Anfang Oktober startete die Hessische Polizei eine großangelegte Anzeigen- und Plakatkampagne. Ein Beleg für die Notwendigkeit, für mehr öffentliche Akzeptanz und 'Bürgernähe' werben zu müßen. Die Kampagne ist zeitlich angesiedelt zwischen der nicht abebbenden Welle rassistischer Übergriffe, sie findet statt nach Bad Kleinen, sowie nach der polizeilich-logistischen Unterstützung des Neonaziaufmarsches in Fulda und vor dem „Superwahljahr" 1994.

Im November kam es zu einer 'Gegen'-Plakatierung im Stadtgebiet Frankfurt. Verbreitung fand eine veränderte Version des 'staatlichen Bekennerschreibens':

Die PR-Klamotte zu stören war das Ziel.
Mehr Polizei bedeutet eben nicht: mehr Wohnungen, mehr soziale Sicherheit etc., sondern nur: *mehr Friedhofsruhe!*

JENS WINTER

Geschlossene Gesellschaft, versiegelte Köpfe

Zum letzten mal in diesem Jahr ein Beitrag zum Streitpunkt 'Offene Grenzen'.

Die diesjährige Debatte über Rassismus und Asylrecht in der *links* zentrierte sich um die Forderung nach „Offenen Grenzen". Wieder einmal bezeichnend für eine sich als radikal verstehende linke Opposition war, mit welcher Vehemenz es nicht versäumt wurde, aufeinander einzudreschen. Inhalte gerieten dadurch in den Hintergrund und damit auch eine immanent angelegte, produktive Kritik. Es geht also nicht um eine unsinnige Forderung nach abstrakter Versöhnung, sondern um die Formulierung wirklich radikaler Kritik, die nicht auf die Ebene „animalischen Lauerns" regrediert, welches tatsächlich nicht mehr und nicht weniger als die strikt abgeleugneten eigenen „Befindlichkeiten" streichelt. Ein erhebliches Stück nicht verarbeiteter bürgerlicher Sozialisation scheint dieses Verhalten zu provozieren. Die Denunziation des „vermeintlichen Feindes" hatte mit dem Artikel „Offene Tore, offene Torheiten" von Felix Schneider (*links* 4/93) begonnen. Kritisiert werden sollte der in der *links* abgedruckte Aufruf aus dem autonomen Spektrum „Blockieren wir gemeinsam den Bundestag" (*links* 2/93). Solche „Verlautbarungen aus dem sektiererischen Abseits" sollten durch die Publikation in der *links* nicht „in den Rang von Dokumenten" erhoben werden. Durch eine Einleitung, wie die von Felix Schneider formulierte, werden offene Ohren versiegelt, werden Abgrenzungen vor dem Erreichen des eigentlich zur Debatte stehenden Gegenstandes gezogen und die eigene Arbeit wird von einem überhebl.chen, linksintellektuellen Film überzogen und immunisiert. Den vorläufig letzten Akt inszenierte dann die „Autonome Lupus Gruppe" (*links* 9/93), die all jene, die der Forderung nach „offenen Grenzen" in ihrer häufig nur abstrakten Formulierung nicht absolut zustimmen, sinngemäß in den rassistischen Konsens mithineinstecken, bzw. eine „Schleusenfunktion im Gefüge von Herrschaft und Unterwerfung" zuschreiben.

Solches Verbalverhalten kann sich in der aktuellen historischen Situation nur negativ potenzieren. Ausgesprochen einhellig wird in den Artikeln die Lage radikaler politischer Arbeit und deren Wirkungsmöglichkeiten als ziemlich katastrophal diagnostiziert. Es ist Fakt, daß sich kritisch liberale Öffentlichkeit im Zuge der „Eingliederung" — des Zerfalls der alten Weltordnung und seines ersten Ergebnisses, dem Golfkrieg — im fortgeschrittenen Auflösungsprozeß befindet. Damit geht einher der gut vorbereitete allgemeine Rechtsruck, der nur noch von wenigen am „linken Rand" als soziokulturelle Krise wahrgenommen wird; vermittelt natürlich mit der allgemeinen politökonomischen Systemkrise, die ihren Ausgangspunkt in der kapitalismusimmanenten Suche nach einem neuen Akkumulationsregime und einer dementsprechenden Regulationweise hat. Rigoroser Sozialabbau und schließlich der Ausverkauf des Grundgesetzes sind nur die bisherigen Anzeichen dafür. Welche Folgen dieses Konglomerat von Katastrophen für eine sich als radikal verstehende „Restlinke" hat, läßt sich nur in düsteren Zukunftsvisionen ausmalen. Und genau aus diesem Grund werden wie so oft Abgrenzungsstrategien als bevorzugtes Mittel der Auseinandersetzung beliebter. Vertuscht wird damit höchstens das von einer um sich greifenden Motivationslosigkeit begleitete theoretische und praktische Tief, das in den letzten Jahren wohl der prägnanteste Ausdruck einer „radikalen Linken" war. Diesen Zustand als Ausgangspunkt anzunehmen, den veränderten historischen gesellschaftlichen Kontext vor Augen und vor allem das Bewußtsein, daß dies wahrscheinlich erst der Anfang ist, erscheint mir als notwendige Voraussetzung für jeden aktuellen und radikal emanzipativen Diskurs.

Demokratie und institutionelle Herrschaft

Aus den zahlreichen Differenzen der verschiedenen Beiträge habe ich den „Demokratiebegriff", die „Deregulierungsängste" und vor allem den Begriff der „Offenen Grenzen" mit der Absicht herausgegriffen, die in den Kritiken häufig verschwundenen Argumentationslinien und deren verschiedenen Ebenen noch einmal auszuführen (vgl. hierzu Görg und Hirsch *links* 7,8/93 und Autonome-Lupus-Gruppe 9/93).

Um dieses Problemfeld und seine Vermittlung mit dem einhellig erkannten rassistischen Konsens zu betreten, liegt es nahe mit der Analyse des gegenwärtigen Staates und seiner institutionellen Praxis anzusetzen (vgl. Hirsch). Solche Analyse hat zunächst einmal die Genese des bürgerlichen Staates mit ihren tatsächlichen „demokratischen Errungenschaften" von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und den „formal institutionalisierten Menschenrechten" als Basis. Daß diese sich im kapitalistischen Kontext in der Freiheit und Gleichheit konkurrierender Marktindividuen erschöpft, muß man einer „antikapitalistischen Staatstheorie" nicht vorhalten. Dennoch bleiben für sie diese Begriffe der immanente Anknüpfungspunkt von Kritik. Sie sind ein „Vorschein von Wahrheit" im dialektischen Gang der Geschichte und zweifellos eine notwendige Zwischenstation. Ihre „radikaldemokratische Wendung" mit dem Messen der Begriffe an ihren eigenen begrifflichen Implikationen ist durchaus legitim, nicht zuletzt weil sie die radikale Überwindung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft einfordert. Zweifellos sind dieselben Begriffe aber in abstrakter Anwendung affirmativ und können sich in gängigem Reformismus erschöpfen. Durch ihre Vieldeutigkeit verlieren sie ihre Präzision, was die „Lupus- Gruppe" zurecht als Gefahr beschreibt.

Deshalb bleibt aber im obigen Kontext die Analyse „gesellschaftlicher Objektivität" mit ihren „subjektiv Handelnden und Herrschenden" ein notwendiger Ansatzpunkt, auch gerade um den rassistischen Konsens zu verstehen und auch uns selbst, denn schließlich sind wir alle zum Aufenthalt in dieser Objektivität gezwungen. Die Rede von „herrschender Politikerkaste", (vgl. Hirsch) die von der Lupus-Gruppe in einer weiteren Kritik als „fatal" bezeichnet wird, pointiert nicht mehr und nicht weniger den Zustand dieser „oligarchischen Demokratie". Daß diese nun bis ins Innerste vermittelt mit ihren Institutionen und den darin aktiven BürgerInnen (vgl. Lupus-Gruppe) zu denken ist, erscheint mir als simple Voraussetzung und nicht als Ansatzpunkt einer Kritik. Anstatt daß diese Zustandsbeschrei-

bung politischer Herrschaft die Zweifel über die Verwendung des „Demokratiebegriffs" verringern helfen würde, wird im Lupus-Artikel eine andere Wendung bevorzugt. Lupus kritisiert an Joachim Hirschs Beitrag die einfache Determination des Bewußtseinszustands der Bevölkerung durch politökonomische Objektivität. Und auf diese mögliche Leerstelle hinzuweisen, ist tatsächlich mehr als notwendig. Die einseitige Annahme, „das Volk sei irregeführt oder beraubt worden" ist keinesfalls ausreichend und die Warnung vor dem „(Unglücks)-Blick nach oben und dem entschuldigenden (Heils)-Blick nach unten" ist wichtig. Doch kann ich dies in dieser zugespitzten Form in Joachim Hirschs Argumentation nicht wiederfinden. Es gibt allgemein heute glücklicherweise weniger klassische „Orthodoxe", die irgend einer Form einseitiger Determination in den Mund reden. Gleichzeitig bleibt aber die Analyse und Kritik von institutioneller Herrschaft eine Grundlage, gerade auch für jede Form von Widerstand. Warum also nicht vor der ernstzunehmenden Gefahr einer zu einseitigen Analyse unmißverständlich warnen, ohne dabei gleich ein Horrorgemälde zu kreieren?

Ängste vor Deregulierung?

Christoph Görg versuchte nun gerade diese Seite aufzuschlagen. „Die Strategie der Schreibtischtäter wäre nicht aufgegangen, würde nicht ihrer Demagogie etwas aus der Bevölkerung entgegenkommen." Eine Rolle spielten hierbei Ängste, die ihren Grund in der Krise einer irrationalen Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht haben. Daß die Bezugnahme auf solche Deregulierungsanzeichen im Postfordismus eine Kapitalismuskritik zur Voraussetzung hat und diese somit im Zentrum der Theorie steht, dürfte klar sein. Mir ist nun nicht deutlich geworden, warum man die daraus resultierenden strukturell provozierten Ängste als eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der postfordistischen Krise von einer Analyse gänzlich ausschließen soll. Diese Ängste stehen durch Christoph Görgs Beschreibung nicht im Zentrum seines Ansatzes. Auch haben sie zunächst einmal nichts mit MigrantInnen zu tun, sondern sind Produkte kapitalismusimmanenter Widersprüche, und demnach Faktoren, die den Zustand dieser Gesellschaft mitprägen.

Zweifellos wird solch eine Beschreibung äußerst problematisch, wenn eine Verknüpfung mit MigrantInnen formuliert wird. In Christoph Görgs Darstellung wird diese Verknüpfung undifferenziert und mißverständlich vollzogen. Sie, die das herrschende Denken fordert und fördert, gilt es selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen. Ansonsten läuft man tatsächlich Gefahr, zu einem Opfer der „Flutmetaphorik" zu werden, obwohl diese doch in ihrem Kern von allen Beteiligten als Konstruktion entlarvt wurde. Warum also nicht Christoph Görgs gefährliche Verknüpfung ohne jede Verschönigung kritisieren, anstatt ihn wirklich falsch zu verstehen und ihm eine implizite Gleichung von „mehr Fremde — mehr Ängste" zu unterstellen? (vgl. Autonome-Lupus-Gruppe, *links* 9/93)

Jetzt nähern wir uns endlich dem Kern der ganzen Sache, dem Begriff der „offenen Grenzen". Der Lupus-Gruppe ist ohne Zweifel zuzustimmen, daß „die Forderung nach 'offenen Grenzen und Bleiberecht für alle' die inzwischen selbstverständliche Haltung, die Anwesenheit von Flüchtlingen erstmal zu rechtfertigen unterläuft; sie widersetzt sich zugleich der humanen Geste, die Anwesenheit weniger über den gemeinsamen Nutzen (aller Deutschen) zu legitimieren — ob als wirtschaftlicher Gewinn oder als kulturelle Bereicherung" (vgl. Lupus-Artikel). Sie unterläuft tatsächlich diese zentralen Punkte des rassistischen Konsens, und versucht weiterhin durch Staatsgrenzen begrenzte politische Analysen zu hinterfragen. Gleichzeitig verweist sie aber auf einen gesellschaftlichen Zustand, der den globalen Kapitalismus mit seinen spezifischen Ausbeutungspraktiken und die mit ihm in der Genese verquirlte Form des Nationalstaats hinter sich läßt. Denn innerhalb der Herrschaft des kapitalistischen Weltsystems erscheint diese Forderung als nicht vorstellbar.

In dieser Hinsicht, in einer radikalen antizipierenden Provokation also, wird die spezifische Wahrheit und der Sinn einer Forderung nach „offenen Grenzen" erst sichtbar. Doch müßte man jetzt die Ebenen und Reichweiten der Argumentation untersuchen. Das uralte Problem zwischen radikaler Kritik, deren Praxis und Realpolitik rutscht auf die Tagesordnung, wobei ich hier nur von einer Realpolitik spreche, die tatsächlich das herrschende System zur Aufhebung bringen will. Realpolitik, die an der Feier für die Wahl Frankfurts als Sitz der Europäischen Zentralbank teilnimmt, ist der Erwähnung nicht mehr wert. In dieser Unterscheidung hat „radikale Kritik" ihr absolutes Recht, aber eben als Kritik. Probleme treten unweigerlich auf, wenn „radikale Kritik" an möglichst bald umsetzbaren Konzepten gemessen wird. Aber diesen Anspruch hat sie nicht und muß sie auch nicht haben. In einer historischen Situation wie der heutigen muß sie vielmehr die alltägliche Katastrophe, die sich im Zustand der Gesellschaft abspielt, durchleuchten und die Ideologien auf allen Ebenen bloßlegen. Und wie gesagt, sie versucht radikal auf das zu verweisen, was zu überwinden wäre. Ihre Aufgabe ist, an die „Köpfe" zu klopfen, Perspektiven und Richtungen freizulegen und mitzubestimmen, insbesondere wenn eine radikale und emanzipative Überwindung der Gesellschaft so unglaublich weit entfernt scheint.

„Radikaler Kritik" wird nun gerade zum Vorwurf gemacht, daß sie nur Dinge fordere, die aussichtslos seien. Sie wird demnach an Kategorien der Realpolitik gemessen (vgl. Felix Schneider, *links* 4/93; auch die allgemeine Frage nach Deregulierung durch „Offene Grenzen" gehört hierzu) und sie muß aus dieser selbst nur beschränkten Perspektive zwangsläufig inhaltlich schwach erscheinen. Doch gerade dieses Festnageln der Kritik an Realpolitik ist zu einfach und verhindert eine tatsächliche Auseinandersetzung mit ihr und erkennt deshalb nicht ihr Potential und ihre Stärke.

Aber gerade „radikale Kritik" und ihre spezifische Praxis muß sich selbst die Antennen zur Außenwelt erhalten und nicht zertrümmern, wie es der Stil des Artikels der Lupus-Gruppe häufig vollführt, ohne daß er es vielleicht will. Wird dies nicht gesehen, ist die Gefahr der Selbstmarginalisierung wirklich nicht zu unterschätzen. Die Kritik richtet sich demnach nicht an die vielen oben erläuterten, ernstzunehmenden Vorwürfe und Hinweise. Sie könnten vielmehr zu einem erweiterten Diskurs verhelfen. Ebenfalls richtet sich die Kritik nicht an die Forderung nach „offenen Grenzen", die, wie ich gezeigt habe, auf einer provokanten und antizipatorischen Ebene ihre Wahrheit hat (auch wenn ich ihre häufig unvermittelte Anwendung kritisiere). Die Kritik setzt an der dogmatischen Formulierungsstrategie an und der Setzung dieser Frage zur Schnittstelle, wer noch tatsächlich als „wahrer Antirassist" und „radikaler Linker" angesehen werden darf und wer nicht. Abgesehen davon, daß solche Schnittstellen immer zweifelhaft sind, ist hier ihre Entfaltung am Begriff der „offenen Grenzen" wegen seiner nur immanenten Kapitalismuskritik unzureichend und erscheint abstrakt. Diese Immanenz kann zwar entfaltet werden, doch ist die Haltung zum politökonomischen System und dessen Ausbeutungspraktiken (natürlich verbunden mit dem Bewußtsein der durch es generierten und vermittelten Formen des modernen Rassismus und der ebenfalls durch es bedingten weltweiten Migrationsbewegungen) in dieser Hinsicht wichtiger. Wird diese Frage auf die Migration fixiert und in beschriebener Weise formuliert, ist dies tatsächlich zu einfach und kann Prozesse einleiten, die nur zur Verhärtung des Diskurses führen. Fatal wäre aber gerade in dem desaströsen Zustand dieser Gesellschaft und im Hinblick auf das praktische und theoretische Tief, das ich der gesamten „radikalen Linke" unterstellt habe, Diskursstile, wie sie in dieser Debatte teilweise praktiziert wurden, fortzusetzen. ●

HARALD REIN

„Das gab es schon immer, und das wird es immer geben"

Pflichtarbeit — eine schwarz-rot-gold-braune Traditionslinie

Spätestens seit Tyll Necker, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, in einem Interview die Worte gebrauchte: „Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif" dürfte klargeworden sein, daß die aktuelle ökonomische Krise weitreichendere Auswirkungen auf die allgemeine politische und soziale Gesellschaftsstruktur des 'neuen' Deutschlands haben wird. Der Generalangriff von Kapitalbesitzern und Politikerkaste vollzieht sich taktisch geplant. Für sie muß der 'Standort Deutschland' billiger werden, damit die Akkumulation wieder auf höhere Touren fahren kann. Bisher als unantastbar geltende soziale Standards sind das Ziel. Es wird laut nachgedacht, Vorschläge werden ausgebreitet und wieder zurückgenommen, um schließlich in noch verschärfterer Form verabschiedet zu werden. So geschehen in den Bereichen Sozialhilferecht und Arbeitsförderungsgesetz.

Ähnlich wie zur Weimarer Republik soll die Haushaltssanierung hauptsächlich durch eine Reduzierung der Sozialkosten erfolgen. Die Vorgehensweise ist identisch. Zu einem frühen Zeitpunkt wird eine Kampagne gegen angeblichen Mißbrauch von Sozialleistungen durch die Betroffenen in den Medien lanciert und der weitere Ausbau disziplinarischer Instrumente verlangt. Ist dies geschehen, im aktuellen Fall die verschärfte Meldekontrolle, werden die Kürzungsabsichten scheibchenweise aus der Schublade gezogen. Sie können eine Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen, eine Kürzung der Unterstützungsdauer oder eine direkte Senkung der Unterstützungssätze beinhalten. Im aktuellen Fall handelt es sich u.a. um eine direkte Kürzung der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe und eine zeitliche Beschränkung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre.

Weitgehend unbemerkt in der Öffentlichkeit wurden im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) die §§18 — 20 verändert. Sie umfassen im allgemeinen den Bereich Hilfe zur Arbeit, und dort insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts durch Arbeit, die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und die sogenannte Gewöhnung an Arbeit bzw. die Prüfung der Arbeitsbereitschaft. Den Sozialämtern wird aufgetragen, in stärkerem Maße als bisher, Arbeitsgelegenheiten für SozialhilfebezieherInnen zu organisieren. Zwecks nahtloser Kooperation mit dem Arbeitsamt, wurde auch ein ähnlicher Paragraph zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes eingefügt. Demnach soll die Bundesanstalt für Arbeit mit den Trägern der Sozialhilfe so zusammenwirken, „damit Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und ihre unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen können." Gestrichen wurde im BSHG auch die Zusätzlichkeitsklausel. Sie besagt, daß Städte und Landkreise nur dann gemeinnützige Arbeiten anbieten dürften, wenn die Art der Tätigkeit nicht, oder nicht in absehbarer Zeit, von der Kommune pflichtgemäß zu erledigen waren. Dies wird anders werden. Ungehindert können nun SozialhilfebezieherInnen in originären Bereichen der Stadtverwaltung, wie etwa der Straßenreinigung, eingesetzt werden.

Was auf den ersten Blick als neue Strategie skrupelloser Sozialplaner erscheint, ist in Wirklichkeit immer dann zum Einsatz gelangt, wenn Massenerwerbslosigkeit und Armut den sozialen Disziplinierungsorganen außer Kontrolle zu geraten schienen. Die Konzepte ähneln sich, und auch die aktuellen politischen Einsichten zur Pflichtarbeit finden sich bereits Anfang der 80er Jahre in wirtschafts- und sozialpolitischen Dokumenten maßgeblicher Politiker. Galten die damaligen Krisenerscheinungen noch als 'Wachstumsschwäche', wurde von den Unternehmerverbänden bereits die 'Zurückführung' der Sozialleistungen auf ein sozial und wirtschaftlich vertretbares Maß gefordert. Die Reaktion der Politiker ließ nicht lang auf sich warten. Der damalige FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff forderte 1982 „eine generelle Senkung des Arbeitslosengeldbezuges auf maximal 1 Jahr" und „ein Einfrieren der Regelsätze" in der Sozialhilfe. Im CDU-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vom Oktober 1983 findet sich folgender Passus: „Um insbesondere bei arbeitslosen Jugendlichen, die keine Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten, die negativen Auswirkungen beschäftigungsloser Zeiten zu verhindern, ist verstärkt von den im Sozialhilferecht vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Insbesondere sind Gelegenheiten zu gemeinnütziger und zusätzlicher Tätigkeit für Sozialhilfeempfänger zu schaffen."

Und schließlich sei noch an den CDU-Sozialexperten Haimo George erinnert, der bereits frühzeitig die Tarifentlohnung von ABM kritisierte. „Bei großer Massenarbeitslosigkeit ist eine Prüfung angebracht, ob etwas untertarifliche Bezahlung nicht unter dem humanen Aspekt vertretbar wäre, daß dann mehr sonst schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose als jetzt Sinnerfüllung durch gewünschte Arbeit erhalten könnten. Legitim wäre in diesem Zusammenhang auch die generelle Frage, ob nicht bei Bedarf unterstützte Arbeitslose — mindestens nach Auslaufen des Arbeitslosengeld-Anspruchs — zur Leistung gemeinnütziger Arbeiten herangezogen werden sollten — unter materieller Besserstellung gegenüber bloßem Unterstützungsempfang ohne Gegenleistung

(Umweltschutz, Sozialdienste usw.).“

10 Jahre später ist der angeforderte Arbeitszwang auf dem Vormarsch. SozialhilfebezieherInnen werden wieder vermehrt in Landkreisen und Städten zu sogenannter gemeinnütziger Arbeit herangezogen. Für Tätigkeiten im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Abfallbeseitigung, auf Sportplätzen, in Schwimmbädern usw. erhalten die Betroffenen zu ihrer Sozialhilfe eine Aufwandsentschädigung von 1 DM bis 3 DM pro Stunde. Weder sind sie sozialversichert, noch gilt der tarifliche Schutz des Arbeitsrechtes. Unter Drohung des Entzugs der Sozialhilfe bei Arbeitsverweigerung, versuchen die Sozialämter ein Arbeitsverhältnis zwangsweise zu erreichen. Dies trifft deutsche und ausländische SozialhilfebezieherInnen gleichermaßen, wie Asylsuchende (bei denen die konkreten Verschärfungen noch weiter gehen) oder Kriegsflüchtlinge mit eingeschränkter Aufenthaltsgenehmigung. Ähnliches plant Bundeswirtschaftsminister Rexrodt für die Erwerbslosen. Mit der harmlosen Bezeichnung ’Gemeinschaftsarbeit’ umschrieben, sollen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehende Erwerbslose unter Tarif zur Arbeit angehalten werden. Was als Experiment in den neuen Bundesländern ausprobiert wurde, wird demnächst in ganz Deutschland eingeführt werden: niedrigere ABM- oder sonstige Tarife, die einen ’Anreiz’ bieten sollen, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu suchen. Demnach mangelt es nicht an gut bezahlten Arbeitsplätzen, sondern an ’flexiblen’ Erwerbslosen. Eine ’Argumentation’, die zynischer nicht sein kann. Flankiert wird die Kampagne für Arbeit unter Tarif mit wenig hilfreichen Beiträgen intellektueller Krisenmanager wie Michael Opielka, der ein Freiwilliges Soziales Jahr als Voraussetzung für den Eintritt in den öffentlichen Dienst propagiert, oder Iring Fetscher, der sich für die Einführung eines natürlich ganz anderen Arbeitsdienstes ausspricht. Mit den unterschiedlichsten Bezeichnungen, von Beschäftigungskreativität bis Öko-Sozial-Kultureller Dienst werden Konzeptionen eines zweiten Arbeitsmarktes aufgezeigt, die alle einen mehr oder minder starken Zwangscharakter besitzen oder erhalten werden, bei gleichzeitiger Minimalst- bzw. untertariflicher Bezahlung. Neue Denkanstöße, oder alte Krisenstrategien?

Am 23. September 1933 um 7 Uhr setzte sich eine Gruppe von 700 Arbeitern in Arbeitskleidung vom Arbeitsamt in Frankfurt/M. zum festlich geschmückten Börsenplatz in Bewegung, wo ihnen der zuständige Gauleiter Schaufeln und Spaten übergab. In Marschkolonnen organisiert, sahen sie dem Reichskanzler zu, wie mit dem ersten Spatenstich den Beginn des Baus der Reichsautobahn symbolisierte. Die ’Reichs-Arbeitsschlacht’ war eröffnet. Unter extremen Wetterbedingungen und schlechtester Bezahlung bauten die dienstverpflichteten Erwerbslosen eine Autobahn, auf der sie einige Jahre später, diesmal bepackt mit Sturmgewehr und Stahlhelm, in den Westen bzw. Osten marschierten. Die Grundlagen und Instrumente für einen zusammenfassenden Reichs-Arbeitsdienst waren in der Weimarer Republik bereits tendenziell vorhanden.

Erwerbslose erregten gegenüber den Verwaltern der Armut schon immer Mißtrauen. Sie galten und gelten als eigensinnig, uneinsichtig, auf ihre Rechte pochend, einfach unbequem. Die lange gesellschaftliche Auseinandersetzung um ein Arbeitslosenversicherungsgesetz war zwar einerseits ein Produkt des Kampfes der Arbeiterklasse, andererseits repräsentiert sie aber auch die

langwierige Geschichte der Kontrolle der Erwerbslosen. Verdacht erregte jeder Nicht-Arbeitende. Die zentrale Frage der Arbeitsverwaltung lautete: wie überprüfe ich die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der Versicherten? Mit Hilfe der Bedürftigkeitsprüfung, der Karenzzeit, der Zumutbarkeitsregelungen, der Anwartszeit, dem Stempelwesen, der Höhe und Dauer der Unterstützung wurden Bedingungen geschaffen, möglichst viele Betroffene vom Leistungsbezug auszuschließen. Um die 'Arbeitswilligkeit' der Erwerbslosen zu überprüfen, führten 1923 die Behörden mit der Pflichtarbeit ein neuerliches Kontrollinstrument ein. Die Gemeinden wurden aufgefordert, die Zahlung einer Unterstützung weitgehend mit der Ableistung gemeinnütziger Arbeit zu verbinden. Für das preußische Wohlfahrtsministerium eine klare Sache: „Von den Erwerbslosen ist in jedem Falle als Gegenleistung für die Unterstützung (...) Arbeit zu verlangen. Sofern sie verweigert wird, ist die Unterstützung sofort unweigerlich zu entziehen."

Nach Verabschiedung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) 1927 standen der Arbeits- und Wohlfahrtsverwaltung mehrere Möglichkeiten der Pflichtarbeit zur Verfügung:

- Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung konnten für Bezieher von Krisenunterstützung (entspricht in etwa unserer heutigen Arbeitslosenhilfe) und für Erwerbslose unter 21 Jahren die Unterstützung von der Leistung einer Arbeit abhängig gemacht werden. Dieses Zwangsarbeitsverhältnis ergab keinen neuen Leistungsanspruch und vollzog sich außerhalb eines arbeitsrechtlichen Schutzes. Im ersten Halbjahr 1932 lag die Zahl der Pflichtarbeiter bei etwa 15 000.

Des weiteren wurden Erwerbslose durch die Schaffung von 'zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten' seitens der Arbeitsverwaltung vermittelt. Diese Notstandsarbeiten (Straßenbauten, Tiefbauarbeiten usw.) begründeten ein Arbeitsverhältnis bei untertariflicher Bezahlung und erwirkten neue Leistungsansprüche auf Arbeitslosenunterstützung. Ähnlich wie heute verhinderten finanzielle Schwierigkeiten der Haushalte eine Ausweitung der Notstandsarbeiten. Zwischen 1929 und 1933 lag die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter unter 100 000.

- Eine restriktivere Handhabung fand die Pflichtarbeit im Bereich der Wohlfahrtspflege. Die Gewährung der Fürsorgeleistungen konnte von der Zustimmung zu 'angemessener' Arbeit gemeinnütziger Art abhängig gemacht werden. Das Fürsorgeverhältnis blieb mit gelegentlicher minimaler Aufwandsentschädigung bestehen, bei vorgesehener Rückzahlungspflicht. Für die Gemeinden implizierte die Verhängung von Pflichtarbeit erhebliche Einspareffekte. Potentielle WohlfahrtsempfängerInnen konnten von der Inanspruchnahme der Leistung abgeschreckt werden. Zwischen 1930 und 1932 stieg die Anzahl der Pflichtarbeiter von 34 000 auf 63 000. Je schärfer sich die Krise auswirkte, desto öfter wurde auf die Arbeitszwangvariante von den zuständigen Behörden zurückgegriffen. Notstandsarbeit, Pflichtarbeit und auch der 1931 eingerichtete Freiwillige Arbeitsdienst legten den Grundstein der nationalsozialistischen 'Arbeitsschlacht'. Ihre Ausweitung und Neuausrichtung führte 1935 in den Reichsarbeitsdienst mit Arbeitsdienstpflicht.

Der erste Spatenstich an der Reichsautobahn Frankfurt/M. — Heidelberg.

Frankfurt/M. 1982: Der 54jährige Ingenieur B. ist seit längerer Zeit erwerbslos und auf Sozialhilfe angewiesen. Auf dem freien Arbeitsmarkt ist er nicht zu vermitteln, das Sozialamt verpflichtet ihn zu gemeinnütziger Arbeit. Er soll in einem Altersheim z.B. verstopfte Toiletten und Waschbecken reinigen für eine Mehraufwandsentschädigung von 1 DM pro Stunde. Als er sich weigert, wird ihm mit folgender Begründung die Sozialhilfe gekürzt: „Die Leistung gemeinnütziger Arbeit dient der Erhaltung des Arbeitswillens. Durch die Kürzung der Sozialhilfe sollen Sie dazu angehalten werden, sich zu einer regelmäßigen Arbeit bereit zu erklären, um nicht (...) den Bezug zur Arbeit zu verlieren." Auf Sportanlagen, in Schwimmbädern, beim Stadtreinigungsamt oder im Zoologischen Garten sollte die Arbeitsbereitschaft eines Großteils der SozialhilfebezieherInnen Frankfurts überprüft werden. 1983 umfaßte der Pflichtarbeitseinsatz pro Jahr ca. 5 000 Betroffene, bundesweit soll es sich pro Monat um etwa 24 000 SozialhilfebezieherInnen gehandelt haben. Für Frankfurt konnte in den Jahren 1980 bis 1984 ein Stellenabbau in denjenigen städtischen Betrieben nachgewiesen werden, in denen gemeinnützige Arbeit abgeleistet werden mußte. Offensichtlich bediente sich die Stadt der billigeren Pflichtarbeiter, um tariflich abgesicherte Arbeitsstellen zu liquidieren bzw. nicht wiederzubesetzen. Erst der Widerstand vieler zwangsverpflichteter Betroffener durch Widersprüche, Klagen auf tarifgerechte Übernahme, Bummelei, Sabotage usw. veranlaßte Politiker, den Zwangsdienst einzuschränken und arbeitsmarktpolitische Alternativen in Form tarifgemäßer Absicherung anzubieten.

Frankfurt/M. 1993: Herr M., 43 Jahre, bezieht Hilfe zum Lebensunterhalt. Im März 1993 erhält er die Aufforderung, auf dem Friedhof Höchst Pflichtarbeit abzuleisten. Er legt Widerspruch ein. Im Mai desselben Jahres wird ihm die Sozialhilfe um 20 % gekürzt, im Juni um 50 %, und einige Tage später wurde sie ganz eingestellt. Fast zur gleichen Zeit schreibt die Rot/Grüne-Stadtregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung: „Von der Anordnung gemeinnütziger Arbeit für Sozialhilfeempfänger werden wir auch weiterhin absehen." Stark unter öf-

fentlichen Beschuß geraten, gab der zuständige Sozialamtsleiter schließlich zu, daß SozialhilfebezieherInnen wieder zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet würden. Seine Begründung: das ,,gab es schon immer, und das wird es immer geben".

Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise in Deutschland werden auch wieder alte arbeitsmarktpolitische Konzepte aus der Schublade gezogen. Sie umfassen sowohl freiwilligen wie auch zwangsweisen Massen-Arbeitseinsatz. Rexrodts Vorstellungen eines zweiten Arbeitsmarktes mit niedrigeren ABM-Tarifen und 'freiwilliger' Gemeinschaftsarbeit und Blüms Erntehelfereinsatzplan für ArbeitslosenhilfebezieherInnen laufen Hand in Hand mit den praktischen Vorbereitungen für eine massive Vermittlung von SozialhilfebezieherInnen in gemeinnütziger Arbeit ohne Sozialversicherung und ohne gewerkschaftliche Vertretung. Eine wichtige Funktion in diesem Zusammenhang scheint das Land Sachsen übernommen zu haben. Die Stadtverwaltung Leipzigs plant den Arbeitseinsatz von ca. 5000 SozialhilfebezieherInnen. In einem detaillierten Papier 'Arbeit für Leipzig' wurden vorab alle Möglichkeiten durchgespielt, wie Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen zur Arbeit gebracht werden könnten. Den ersten 500 Betroffenen unterbreitete die Stadt ein Arbeitsangebot. Sie sollten unter dem Motto 'Leipzig soll schöner werden' Bäume und Büsche anpflanzen, Grünanlagen gestalten etc., allerdings ohne einen Arbeitsvertrag, nur bei teilweiser Sozialversicherung und lediglich mit einer Aufwandsentschädigung in Höhe von 2 DM pro Stunde zur Sozialhilfe. Gedroht wurde mit Kürzung oder Streichung der Sozialhilfeleistung bei Ablehnung des Angebots. Informierten sich noch 221 über den neuen Arbeitsplatz, so traten letztendlich aber nur 77 tatsächlich zur Arbeit an.

Das Leipziger Grundsatzpapier geht noch einen Schritt weiter und schlägt für die Zukunft eine völlige Umgestaltung des Sozialrechts vor. Unter der Bezeichnung 'ganzheitlicher Ansatz' soll ein Leistungsamt entstehen, ,,das unabhängig von unterschiedlichen gesetzlichen Anspruchsgrundlagen (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohngeld usw.) die unterschiedlichen Ansprüche zusammenführt und als Gegenleistung den Einsatz der Arbeitskraft zumutbar abfordern kann". Würden die Pläne der Leipziger Bürokraten bundesweit verwirklicht, müßten etwa 350000 Pflichtarbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Schon liebäugeln PolitikerInnen mit der Mobilisierung von SozialhilfebezieherInnen in Bereichen, die bisher für gemeinnützige Arbeiten tabu waren, wie etwa im Umweltschutz, in Krankenhäusern, in Altenheimen und in Bibliotheken. Resultat dürfte ein zusätzlicher Schub fachlich qualifizierter Erwerbsloser sein, sowie eine Verschärfung ohnehin bestehender Spaltungstendenzen in der Gesellschaft.

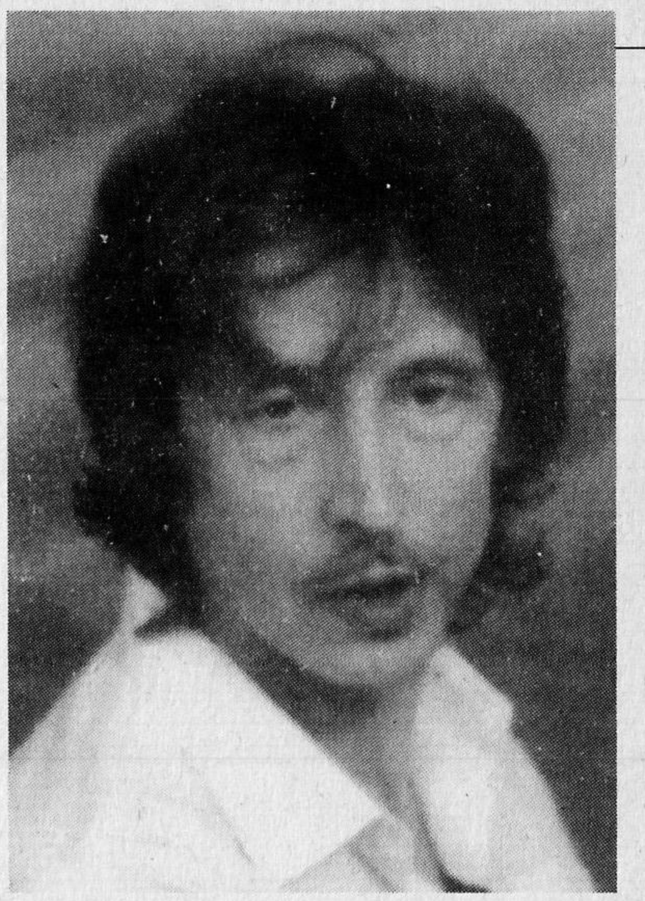
Die aktuelle Verschärfung des Arbeitspflichtparagraphen im BSHG dient der Drangsalierung und Disziplinierung der Betroffenen. Sie soll den Noch-Beschäftigten verdeutlichen, was sie erwartet, wenn die betriebliche Ruhe durch 'überzogene' Forderungen gestört wird. Für die Städte und Kommunen ergibt sich ein doppelter Einsparungseffekt. Zum einen können teure Tarifarbeitsplätze ausgetauscht oder ersetzt werden, und zum anderen führt die generelle Arbeitsdienstverpflichtung zur Abmeldung Sozialhilfebedürftiger oder zur Nichtinanspruchnahme rechtlich zustehender Sozialleistungen. Geschätzt wird mit einer Zahl von 30 % bis 40 % der Betroffenen, die lieber auf Sozialhilfe 'verzichten', ihr Leben also noch stärker einschränken müssen und in vermehrtem Maß zur 'Schwarzarbeit' gezwungen sind.

Die Einführung der Pflichtarbeit ist auch eine Reaktion auf ökonomische Veränderungen. Der kontinuierliche Austausch von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen führte in den letzten 15 Jahren zu einem permanenten, teilweise auch rotierenden. Erwerbslosenheer, welches besonders in Zeiten tiefer wirtschaftlicher Krisenerscheinungen in ihren Reaktionen unkalkulierbar bleibt. Die Arbeitspflicht ist ein Präventionsinstrument gegenüber möglichen politischen, aber auch individuellen Protestformen. Sie soll denjenigen wieder zum deutschen Arbeitsethos hinführen, der sich durchaus auch ein Leben außerhalb von Zwangslohnarbeitsverhältnissen vorstellen kann. Mithin soll eine Ideologie der Notwendigkeit lebenslanger Lohnarbeit transportiert werden, dem der real-ökonomische Boden allerdings schon längst entzogen wurde.

Unverkennbar sind auch die Parallelen zur Weimarer Krisenbewältigung. Die Verteilung der finanziellen Lasten von oben nach unten und die vermehrte Anwendung von Pflichtarbeit deuten auf politische und soziale Konsequenzen hin, von denen wir annahmen, daß sie für immer durch die nationalsozialistische Praxis diskreditiert waren.

Was die Betroffenen von solcherart Arbeitseinsatz halten, macht ein bundesweiter Aufruf der Erwerbsloseninitiativen deutlich: ,,Die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut sind gegen jede Form von Zwangs- und Pflichtarbeit, wie sie auch die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes mit untertariflicher Bezahlung ablehnen. Wir fordern alle betroffenen Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen auf, gegen die Verordnung von Pflichtarbeit zu protestieren, sich in der nächstgelegenen Initiativgruppe zu informieren und gegen etwaige Zwangsarbeitsanordnungen rechtliche und politische Schritte einzuleiten." ■

Harald Rein ist Mitarbeiter des Frankfurter Arbeitslosenzentrums. Informationen zu dem Thema können bezogen werden über: FALZ, Solmsstraße 1, 60486 Frankfurt.



Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Bernd Rössner ist heute 46 Jahre alt. Am 25. April 1975 wurde er nach der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm durch ein RAF-Kommando von der schwedischen Polizei verhaftet. Ziel der Aktion war, die Freilassung der damals 26 RAF-Gefangenen durchzusetzen. Zusammen mit vier anderen Mitgliedern des Kommandos wurde er an die BRD ausgeliefert und im Juli 1977 zu zweimal lebenslänglich verurteilt. Er war in dauernder Isolationshaft und wurde ständig von einen Knast in den andern verlegt. Aufgrund der Haftsituation verschlechterte sich sein Gesundheitszustand kontinuierlich. In den folgenden Jahren stellte er mehrfach Anträge, mit den anderen RAF-Gefangenen zusammengelegt zu werden. Alle Anträge wurden abgelehnt. Er beteiligte sich an zehn Hungerstreiks, um seine Haftsituation zu verbessern.

Ab 1986 wiesen Besucher und Angehörige darauf hin, daß er krank sei und aus der Haft entlassen werden müsse. 1988 wurde dies von einem Arzt bestätigt. Er kann sich kaum noch auf Lesen und Schreiben konzentrieren, zeitweise konnte er keine Nahrung mehr zu sich nehmen. Anstatt ihn aber, wie es die Gesetze der Bundesrepublik für haftunfähige, kranke Gefangene vorsehen, freizulassen, sollte er in eine psychiatrische Haftanstalt verlegt werden. Der massive Protest von Freunden und Angehörigen und vor allem sein eigener Widerstand verhinderten das. Im März 1990 wurde sein Antrag auf Haftentlassung abgelehnt. Anfang 1991 reichte seine Mutter ein Gnadengesuch beim Bundespräsidenten ein. Im Sommer 1992 wurde ihm für einen befristeten Zeitraum (12–18 Monate) Haftverschonung gewährt, so daß er in eine offene therapeutische Einrichtung verlegt werden konnte. Dort ist ihm möglich, sich langsam wieder zu erholen, doch wird dieser Prozeß sehr lange dauern.

Ende 1993 läuft die Frist der Haftverschonung ab, und es muß befürchtet werden, daß er erneut in den Knast kommt. Eine solche Entscheidung könnte für ihn lebensgefährlich werden.

Bernd Rössner darf nicht wieder inhaftiert werden!

BERND RÖTTGER

Ein neuer Typ der Arbeitszeitverkürzung

Vom Verlust der kulturellen und gesellschaftspolitischen Dimensionen

VW bringt die Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung. Neue Wege der arbeitspolitischen Krisenstrategie zeichnen sich ab. Handelt es sich um tragfähige Zukunftskonzeptionen oder wird durch einen solchen neuen Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit nur eine längst überfällige Strukturveränderung des deutschen Akkumulationsmodells blockiert?

„Untrennbar von der ökonomischen Begünstigung war die Überlegenheit des Wissens... Ehe wir uns Einblick in die Verhältnisse verschafft und grundlegende Kenntnisse gewonnen hatten, konnten die Privilegien der Herrschenden nicht aufgehoben werden. Immer wieder wurden wir zurückgeworfen, weil unser Vermögen des Denkens, des Kombinierens und Folgerns noch nicht genügend entwickelt war."
Peter Weiss,
Die Ästhetik des Widerstands

Die Krisenstrategien des Kapitals differenzieren sich aus. Wurde zunächst das korporativistische Verhältnis von Kapital und Arbeit in der neuen Bundesrepublik dadurch aufgekündigt, daß der Mainstream aus Wirtschaft (im Zusammenspiel mit Politik und Kulturindustrie) glaubte weismachen zu müssen, daß den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur mit den Methoden des 19. Jahrhunderts begegnet werden könne, nämlich mit der Steigerung des absoluten Mehrwerts durch Arbeitszeitverlängerung, eröffnet die sich abzeichnende Einigung über die 28,8-Stunden- und 4-Tage-Woche bei VW eine neue Dimension der Arbeitspolitik in der gegenwärtigen Weltwirtschaftsrezession. Nicht nur in der Bundesrepublik wandelt sich das Verhältnis von einigen Kapitalfraktionen und Flügeln der bürgerlichen Parteien zur einst vehement bekämpften und von den Gewerkschaften eingeforderten Arbeitszeitverkürzung; in Frankreich hat inzwischen die bürgerliche Regierung die 32-Stunden-Woche verordnet.

Anpassung an neue Weltmarktverwertungsbedingungen

Weisen diese neuen Formen der Arbeitszeitverkürzung aber auf einen Weg der sozialverträglichen Anpassung von Gesellschaften und ihrer Wirtschaftsstrukturen an die sich grundlegend verändernden Rahmenbedingungen des globalen Kapitalismus hin? Werden sogar Wege geebnet, die es ermöglichen, ein spezifisch-europäisches Entwicklungsmodell einzuleiten, das die bisherigen Modi der Artikulation der europäischen Gesellschaftsformationen im rezessiven Triade-Kapitalismus zu durchbrechen vermögen?

Hoffnungen sind nicht unbegründet. Die Diskussion und die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung folgt der Logik der Krise. Diese besteht in ihrem Kern darin, daß die Wachstums- und Triadisierungsphase der Weltökonomie der 80er Jahre eine massive Akkumulation von Überkapazitäten bewirkt hat, die mit einer Intensivierung der Transnationalisierung des produktiven Kapitals und einer grundlegenden Veränderung ökonomischer Kräftekonstellationen zwischen den Weltregionen einherging und nun — unter den Bedingungen gesättigter und stagnierender Märkte — eine dramatische Strukturanpassung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik erzwingt.

Unter diesen Bedingungen struktureller Überakkumulation und Überkapazität, insbesondere in den alt-industriellen kapitalistischen Zentren, kommt das in Arbeitsverhältnissen investierte Kapital einer Akkumulation überflüssiger Arbeitszeit gleich. Diese kann nicht mehr durch den quantitativ unzureichenden Abbau von Beschäftigten über sog. 'natürliche Fluktuation' auf ein den Weltmarkterfordernissen adäquates Niveau gebracht werden, sondern nur noch durch Verkürzung der individuellen Arbeitszeit. So wird durch die aktuelle Form der Arbeitszeitverkürzung keine Umverteilung der Arbeit bewirkt (die noch Ziel der von den Gewerkschaften eingeforderten Arbeitszeitverkürzung war); die Spaltungsverhältnisse des segmentierten Arbeitsplatzes werden zementiert, indem keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen, sondern allenfalls bestehende Arbeitsplätze erhalten und Massenentlassungen verhindert werden.

Die Rahmenbedingungen bestimmen die Qualität. Arbeitszeitverkürzung ist nicht mehr das, als was sie von den Gewerkschaften in die Diskussion einbracht wurde, nämlich ein Instrument der gerechteren Verteilung von Arbeit unter den Bedingungen des polarisierten Arbeitsmarktes. Sie ist in der aktuellen Rezession zu einem Überakkumulations-Anpassungsinstrument degradiert. Mehr noch: die Diskussion über Arbeitszeitverkürzung in den 80er Jahren wurde im Rahmen einer Debatte über die Reform der Arbeitsgesellschaft geführt, während diese Reform durch die neue Arbeitszeitpolitik des Kapitals gerade verhindert werden soll, indem ein arbeitspolitischer Konservativismus durch die beabsichtigte Verhinderung von Massenentlassungen gefördert werden soll. Plus ca change, tous ca reste le même?

Die Diskussion über Arbeitszeitverkürzung in den 80er Jahren hatte noch eine untrennbare kulturelle und gesellschaftspolitische Dimension. Nicht nur, daß gewerkschaftliche Kulturarbeit eine immer stärkere Bedeutung zu erlangen schien; die kulturpolitschen Diskussionen im Umkreis der Ge-

werkschaften haben in nicht geringem Maße dazu beigetragen, daß ein Problembewußtsein über die Kohäsion von Arbeits-, Kultur- und Gesellschaftspolitik entstand, auch wenn diese Diskussion in nur unzureichendem Maße Eingang in die gewerkschaftliche Praxis fand.

Arbeitszeitverkürzung als integraler Bestandteil einer Kultur- und Gesellschaftsstrategie

Theoretisch an der politischen Theorie Antonio Gramscis orientiert, konnte die Arbeitszeitverkürzung hier als Bestandteil einer gesellschaftspolitischen Strategie der 'intellektuell-moralischen Reform', einer Strategaie des 'Stellungskrieges' in den hochentwickelten Staaten interpretiert werden, durch die die 'kulturelle Hegemonie' der Bourgeoisie durchbrochen und die abhängig Beschäftigten (und ihre 'organischen Intellektuellen') den Weg der subordinierten Klassen von ihrer rein ökonomischen Existenz in den kulturellen und staatlichen Überbau antreten. Die Arbeitszeitverkürzung eröffnete in dieser Perspektive die Möglichkeit, zu einer autonomen Bestimmung von Arbeit und Leben zu gelangen, die Demokratisierung der Gesellschaftsformation auf allen Instanzen voranzutreiben und die Tendenz des Kapitals, alle Lebenszeit des Arbeiters in Arbeitszeit zu verwandeln, zu unterminieren.

Nicht verwunderlich, daß Oskar Negt in seinem 1984 erschienenen Buch 'Lebendige Arbeit, enteignete Zeit' die Arbeitszeitverkürzung als unmittelbar kulturell-politischen Kampf um die Herrschaftsstrukturen in der bürgerlich-dominierten Gesellschaft begreift: „Man kann Herrschaft geradezu so definieren, daß sie jederzeit imstande ist, die Regeln vorzugeben, nach denen die Menschen ihre Zeit aufzuteilen gezwungen sind und in welchen Räumen sie sich zu bewegen haben." Last but not least konnte die Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und den 'postmodernen Wertewandel' die Tendenz des globalen Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert, die Ausdehnung der Sphäre des marktvermittelten Erwerbs, zur Disposition stellen. Unter den Bedingungen zunehmender Differenzierung von Lebenslagen und -welten der Menschen in der Krise des Fordismus wurde die arbeitszentrierte Gesellschaftsformation, in der Lohnarbeit als identitätsbildende Kraft fungiert, zunehmend in Frage gestellt. In jedem Fall aber verortete sich die Diskussion und Strategie der Arbeitszeitverkürzung in einer holistischen Interpretation von Gesellschaftsformationen als Einheit von Ökonomie, Gesellschaft, Kultur und Politik.

Dabei vereinte die gewerkschaftliche Interessenpolitik zwei Dimensionen: zum einen sollten durch Arbeitszeitverkürzung zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und die sich verhärtende Spaltung des Arbeitsmarktes überwunden werden; zum anderen sollte die Bedeutung der Arbeit in der Gesellschaft zurückgeschraubt und in einer Reform der Arbeitsgesellschaft münden. Die traditionelle gewerkschaftliche Interessenpolitik schien sich zugunsten einer neuen gewerkschaftlichen Einheit zwischen den Beschäftigten und den Nicht-Beschäftigten zurückzubilden.

Faktisch setzten sich in der alten Bundesrepublik jedoch die Traditionalisten und Kräfte der Kontinuität des arbeitspolitischen Konservatismus durch. Trotz der fortschreitenden Erosion des fordistischen Normalarbeits(zeit)verhältnisses und der Flexibilisierung der Beschäftigungsformen wurden die Grundpfeiler des „Modell Deutschland" nicht in Frage gestellt. Die quasi „gesellschaftlich umfassende Planification für den Weltmarkt" (W.-D. Narr) wurde vor dem Hintergrund kumulierender Handelsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik fortgesetzt — nun zwar nicht mehr als systemintegrierender, die gesamte Gesellschaft einbeziehender sozialer Kompromiß, sondern zum Preis der dauerhaften Ausgrenzung sozial Marginalisierter in der sich etablierten Zweidrittelgesellschaft. Die Gewerkschaften zeigten sich nicht in der Lage, ihre Diskussionen über Arbeit und Kultur im Kontext ihrer neuen Arbeitszeitpolitik in Strategien umzusetzen. Der Sieg der Traditionalisten degradierte sie zu Adapten der Weltmarkterfolge des Kapitals. Der Göppinger-Kompromiß zur Einführung der 35-Stunden-Woche in der deutschen Metallindustrie kam einer Eliminierung des diskursiven Kontextes gleich: aller Rhetorik zum Trotz, in der immer wieder hervorgehoben wurde, daß nur eine drastische und kurzfristig durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung das anvisierte Ziel zusätzlicher Beschäftigung bewirke, konnte nur die sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit bis zum Jahrtausendende erreicht werden. Faktisch wurde durch diesen Arbeitszeitkompromiß kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Die kulturpolitische Diskussion der Gewerkschaften starb in dem Maße ab, wie sie durch die ausbleibende Ausdehnung disponibler Zeit nicht gefordert wurde.

Strukturkonservatismus der Arbeits(zeit)politik

Gegen das VW-Arbeitszeitmodell als verallgemeinerbare Krisenpolitik des Kapitals mehren sich die Widerstände. In den meisten Kapitalfraktionen dominieren die „orthodoxen" Konzepte: „mehr Gewinne = mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze". Die Kosten des „Standort Deutschland" werden zum bevorzugten Objekt der Angriffsbegierden. In diesem Kontext werden immer wieder Forderungen nach Ausdehnung der Arbeitszeit laut — natürlich ohne Lohnausgleich! Gegen diese Krisenpolitik erscheinen die VW-Vorschläge wie das „Gelbe vom Ei", sind sie doch nicht nur ein Mittel, Massenentlassungen zu verhindern, sondern sie eröffnen gleichzeitig die Möglichkeit, die Defizienz der politischen Regulation zu überwinden. Das setzt zumindest voraus, daß — wie der französische Senat dies vorsieht — die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch öffentliche Zuschüsse zum reduzierten Lohneinkommen zumindest bei denjenigen, die unter ein gesetztes Minimum fallen, begleitet wird. Mehr jedoch noch: die Politik könnte über Lohnsubventionierung bei Neueinstellungen oder Qualifizierungsmaßnahmen einen strukturpolitischen Einfluß ausüben. In der

Todesproduktion verlagert

Der Fall Rex-Asbest:

- im Hinterhof der reichen Industrienationen geht die Produktion des krebserregenden Asbest weiter;
- ein deutsches Unternehmen nützt die Zwangslage des Schwellenlandes Südkorea aus, um mit Verfahren, die Menschen und Umwelt schaden, weiterhin Profit zu machen;
- dokumentiert wird ein politischer Skandal und die Situation der Industriearbeiterinnen und -arbeiter in der 3. Welt.

Erhältlich unter der ISBN 3-88534-124-7 im Buchhandel oder direkt über den Verlag 2000, Postfach 102062, Bleichstr. 5-7, 6050 Offenbach 1, zum Preis von 15,— DM pro Heft, zzgl. Versandkosten.

Bundesrepublik jedoch werden Milchmädchenrechnungen aufgemacht: die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit seien leer. Wie leer sollen sie erst werden, wenn die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt?

Die positiven Aspekte der neuen Arbeitszeitpolitik kontrastieren mit den ökonomischen Kräfteverhältnissen in der neuen Bundesrepublik, die in ihrer Trägheit nur sehr langsam zu verändernde Determinanten darstellen. Auch der VW-Vorschlag bewegt sich in den gewohnten Bahnen des arbeitspolitischen Konservatismus im „Modell Deutschland". Die Konservierung der Arbeitsplätze im Inland geht mit dem Festhalten von Massenentlassungen in Spanien bei Seat einher. Der „Standort Deutschland" wird durch einen neuen Gesellschaftskompromiß zwischen Kapital und Arbeit gesichert. Es wird eine kapitalistische Krisen-Anpassung abgesichert und keine Strukturdebatte, geschweige denn ein neues Entwicklungsprojekt eröffnet.

Die sich faktisch durchsetzende „Standortpolitik" findet inzwischen schon ihre konservativen Kritiker. Von Lothar Späth oder Konrad Seitz wird zurecht beklagt, daß die Standortdebatte keine neuen Fragen formuliert oder Problemlösungskapazitäten zur Verfügung stellt, sondern lediglich die Probleme der klassischen Industrien thematisiert, um deren Sicherung es geht. Wenn die Sicherung dieser Industrien unter den Bedingungen sich verschiebender Kräfteverhältnisse des globalen Kapitalismus aber voraussetzt, daß die Produktivität drastisch gesteigert werden muß, ohne daß zusätzliche Kapazitäten aufgebaut werden, bedeutet sie nichts anderes, als die Einleitung einer Phase von ungeahnter Massenarbeitslosigkeit, wenn kein industrieller Strukturwandel eingeleitet wird. „An die Stelle der Krise der Industrie tritt die Krise der Beschäftigung, die zur Krise des Sozialstaats zu werden droht" (Seitz).

Die Lösungsvorschläge der konservativen Modernisten sind so alt wie bekannt: Spezialisierung der Bundesrepublik auf forschungs- und kapitalintensive Bereiche in den vermeintlichen „Zukunftssektoren" der Hochtechnologie. Die USA oder Japan fungieren als Modell. Fragen drängen sich hier förmlich auf: Wird durch die Adaption eines hochtechnologischen Triade-Kapitalismus nicht nur ein neuer Weg in die strukturelle Überakkumulation, diesmal in den modernen Industrien, beschritten, der nur dazu taugt, den Krisenzirkel in einigen Jahren wieder zu erreichen?

Um sich aus der Defensivposition in der Rezession zu befreien, müssen die Gewerkschaften als „Zukunftswerkstätten" fungieren und als strukturpolitischer Akteur einen wesentlichen Beitrag zur Durchsetzung einer neuen Entwicklungslogik in Deutschland und Europa leisten. Dies setzt auch eine notwendige Rückbesinnung auf die Arbeitszeit-Diskussionen der 80er Jahre voraus.

Das Gegenteil aber passiert: Die Entwicklung tendiert weg vom gesellschaftspolitischen „Kampf um Zeit" und hin zur korporativistischen Arbeitsplatz-Bestandspflege. Es setzt sich eine von gesellschaftsformations-umfassenden Perspektiven „befreite" Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen durch, die die Form einer korporativistischen Einbindung in den dominierenden Akkumulationsprozeß (und seiner krisenhaften Reproduktion) annimmt. In ihrer Folge mündet diese Entwicklung hin zu einer vom Anspruch auf kulturelle oder politische Hegemonie „befreiten" gewerkschaftlichen Interessenpolitik darin, der laufenden Demontage sozialstaatlicher Strukturen in der neuen Bundesrepublik nur noch hilflosen Widerstand entgegensetzen zu können. Die Erkenntnis, daß die Zeiten, in denen traditionelle gewerkschaftliche Interessenpolitik mit den Reproduktionserfordernissen des Akkumulationsprozesses konform gemacht werden konnten, zur Geschichte gehören, steht noch aus. Im Gegenteil: Der Sieg der Traditionalisten in den Gewerkschaften scheint tief verankert. Der Rücktritt des HBV-Vorsitzenden Lorenz Schwegler ist nur ein Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Durchsetzung eines neuen transnational-europäischen Entwicklungsprojekts bedarf hinsichtlich seiner demokratischen Verankerung einer fundamentalen Neubestimmung gewerkschaftlicher Politik. Sie setzt nicht nur die Transnationalisierung gewerkschaftlicher Strategien, sondern auch die Ausweitung ihrer Aufgaben und Ziele auf die Bereiche Ökologie und Kultur voraus. Ein europäisches Entwicklungsprojekt bedarf nicht nur ökologisch-industrieller Konzepte („sozial-ökologische Mitbestimmung"), sondern muß eine kulturelle Utopie entfalten. Kultur muß wieder als Selbstgestaltung von Lebensverhältnissen begriffen werden, die in einem europäischen Gesellschaftsprojekt zur Geltung gebracht wird. „Die freie Entfaltung der Individualität" (Marx) muß gegen den Weltmarktmachtmechanismus durchgesetzt werden. Dies alles setzt aber voraus, daß die kulturellen und gesellschaftspolitischen Dimensionen der Arbeitspolitik wieder ins Zentrum der Diskussion gelangen und zu einer politischen Arena verdichtet werden. Die politische Arena aber ist leer.

Der FAZ-Redakteur Rainer Hank weist unter der rhetorischen Frage „Was will die Linke in den deutschen Gewerkschaften" den Weg einer neuen arbeitspolitisch konservativen, sozial selektiven und weltmarktorientierten korporativistischen Krisenstrategie von Gewerkschaften und Kapital auf: „Werden die Gewerkschaften die Kraft aufbringen, kollektive Verträge mit den Arbeitgebern zu vereinbaren, die der Gleichheit der Ansprüche von Belegschaften und Unternehmen am Ort genügen?... Die Chancen, daß dies gelingt, stehen nicht schlecht". *Das* ist in der Tat zu befürchten! ●

HEIKE LUTZ

Droht die Wiederkehr der Vergangenheit?

Das Buch des konkret-Autors Jürgen Elsässer ist eine sowohl faktenreiche wie provokative Bilanzierung des Antisemitismus nach der Wiedervereinigung. Es schließt ein Lücke: Zwar wurden in den letzten Jahren sowohl zum Holocaust neue Studien publiziert (man denke etwa an die Arbeiten von Aly/Heim oder die neue Veröffentlichung von Raul Hilberg), als auch zum Antisemitismus der ,,alten'' Bundesrepublik (z.B. die Untersuchungen von Bergmann/Erb). Ausgerechnet aber die Jahre nach 1989 wurden bisher nicht analysiert.

Der Autor geht davon aus, daß der Antisemitismus auch nach 1945 tief im ,,kollektiven Unbewußten'' der Deutschen verankert war. Allerdings blieb er — von regelmäßig wiederkehrenden ,,Entgleisungen'' abgesehen — in der Latenz, weil die Staatsdoktrinen der beiden Staaten — der ,,verordnete Antifaschismus'' in der DDR, die Westbindung in der ,,alten'' BRD — seiner Artikulation im Wege standen. Mit der Wiedervereinigung entfielen diese beiden hemmenden Faktoren: Der Antifaschismus ist diskreditiert, die Westbindung wird abgestreift. Seither ist — Elsässer wertet aktuelle Umfragen teils aus, teils bürstet er sie gegen den Strich — der Anteil der Antisemiten in der Bevölkerung angestiegen, besonders unter der Jugend.

Als alarmierend bewertet der Autor, daß der ,,Antisemitismus aus den Stammtischrevieren ausgebrochen'' ist und auch bei den gesellschaftlichen Eliten Einzug gehalten hat. Die Attacken von Kohl gegen den Jüdischen Weltkongreß, die gehässigen Zeitungskommentare über die orthodoxen Juden, die in Hamburg-Ottensen für den Erhalt eines Friedhofes demonstrierten, und die antisemitische Konnotation der Kampagne gegen Gregor Gysi werden in Fallstudien untersucht. Auch im Verhältnis zu Israel sei seit dem 2. Golfkrieg eine Zäsur auszumachen: Die ,,antizionistisch-antisemitische'' Strömung, die schon in den fünfziger Jahren die deutsche Außenpolitik dominiert und bis 1965 die diplomatische Anerkennung Israels verhindert habe, bekomme wieder Oberwasser.

In drei Punkten greift Elsässer in aktuelle Auseinandersetzungen ein: Zwar wirft er den Linken vor, angesichts des Antisemitismus versagt und diesen in ihren Reihen geduldet zu haben. Insofern sei beispielsweise auch die Polemik von Broder gegen Ströbele richtig gewesen. Aber die berechtigte Kritik an der Linken dürfe nicht dazu führen, den Rest der deutschen Gesellschaft zu rechtfertigen, wie es im Zuge der Golfkriegsdebatte geschehen sei. ,,Indem der Antisemitismus exklusiv der — für jedermann erkennbar bereits völlig marginalisierten — Linken angelastet wurde, schrumpfte er in seiner gesellschaftlichen Dimension auf dasselbe lächerliche Niveau wie seine vermeintlichen Hauptträger.'' Antisemitismus in der Linken verdiene scharfe Kritik, nicht billige Denunziation. Denn die Kritik beabsichtige die Rekonstruktion der Linken, die Denunziation aber ihre Beerdigung.

Auch in einem weiteren Punkt lehnt Elsässer die exklusive Projektion des Antisemitismus auf die Linke ab. Zwar sei der ,,linke'' Antizionismus mit seinem ,,unsäglichen Vergleich'' zwischen Faschismus und Zionismus ein gutes Refugium für den Antisemitismus und eine Entsorgung der deutschen Vergangenheit gewesen. Doch ähnliches treffe auch auf die Parallelisierung von Drittem Reich und DDR zu, wie sie sich in den letzten zwei Jahren etabliert habe. ,,Gestapo mit Stasi gleichgesetzt, Auschwitz zum Betriebsunfall bagatellisiert, Hitler zu Honnecker verniedlicht — die Früchte dieser Geschichtslügen ernten Antisemiten und Rassisten. Das politische Bewußtsein der besonders rechtsradikalen Erst- und Jungwähler hat sich genau in der Zeit gebildet, als diese Thesen konservativer Historiker an den Universitäten, in den Feuilletons und Talk-Shows in die Offensive kamen und via Stasi-Debatte selbst in die Schlagzeilen der Boulevardpresse vordrangen'' bilanziert Elsässer sein Kapitel ,,Endsieg im Historikerstreit''.

Wegen dieser historischen Neigung des neu-deutschen Rechtsradikalismus ist seine Nivellierung zum ,,europäischen Phänomen'' nach Elsässers Ansicht falsch, denn ,,er ist Produkt der deutschen Entwicklung, nicht der europäischen, er ist kein westliches Phänomen, sondern ein anti-westliches. Wo er sich auf Europa bezieht, meint er das Europa der SS, nicht das Europa von Maastricht. Die glatzköpfigen Sturmabteilungen und ihre Mitläufer verneigen sich vor der deutschen Vergangenheit: Sie versammeln sich unter der Reichskriegsflagge, nicht unter dem Sternenbanner der EG, und Schönhubers Bekenntnis zur Waffen-SS ('Ich war dabei') ist der Motor seiner Wahlerfolge, nicht die Rep-Parteiprogramme, die seine Wähler gar nicht kennen. Wer in Deutschland rechts wählt, wählt die deutsche Geschichte mit.''

Der Autor vermeidet eine Prognose (auch das Schlagwort vom ,,4. Reich'' verwendet er nicht). Er findet gerade die Unkalkulierbarkeit der weiteren Entwicklung besorgniserregend. ,,All das heißt nicht zwangsläufig, daß sich die Geschichte wiederholen muß. Aber über den finsteren Ereignissen der Gegenwart droht die schwarze Prophezeihung von George Orwell aus '1984': 'Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft. Wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit'.''

Jürgen Elsässer:
,,Antisemitismus — das alte Gesicht des neuen Deutschland.''
Dietz Verlag Berlin, 157 Seiten, 19,80 DM

RONALD OFTERINGER

Kurdistan

Zwischen Ausrottung und Widerstand

In der Bundesrepublik stürmen kurdische Demonstranten türkische Konsulate und Banken. Bei jüngsten bundesweiten Aktionen Anfang November gegen türkische Einrichtungen kam in Wiesbaden ein Mensch ums Leben. Die Bundesregierung erwägt ein Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die sie für die Aktionen verantwortlich macht.

Was die Bundesregierung allerdings nicht erwägt, ist eine Einstellung ihrer fortgesetzten militärischen Unterstützung des türkischen Regimes, was zum wiederholten Male eine Großoffensive in Kurdistan begonnen hat. Delegationen von Menschenrechtlern und Journalisten berichten kontinuierlich über den Einsatz von bundesdeutschen Waffen, die das Verteidigungsministerium der Türkei speziell für diesen Krieg liefert: dazu zählen die 8rädrigen Panzerfahrzeuge BTR 60 aus NVA-Beständen, die überall in Kurdistan im Einsatz sind, aber auch modernisierte Leopard-Panzer, mit denen die Städte Sirnak (August 1992) und Lice (Oktober 1993) in Schutt und Asche geschossen wurden. die jüngsten kurdischen Proteste in der BRD waren nicht nur Protest gegen die Verbrechen des türkischen Staates und seiner fortgesetzten Unterstützung durch die BRD, sie klagen vor allem eine Öffentlichkeit an, die dies völlig unbeteiligt geschehen ließ.

Am 22. Oktober umstellten türkische Truppen mit Panzern und Artillerie die Stadt Lice im Norden Diyarbakirs. Aus allen Rohren schossen die Militärs die Stadt zusammen, die erst 1975 durch ein Erdbeben völlig zerstört worden war. Nach dem Erdbeben war die Stadt mit vorfabrizierten Holzhäusern wieder aufgebaut worden, von denen bei den Angriffen mehrere Hundert zerstört wurden. 33 Menschen kamen bei den Angriffen ums Leben, Hunderte wurden verletzt. In Panik verließ ein Großteil der Bevölkerung die Stadt. Nach fünf Tagen

Kurdische Flüchtlinge

absoluten Zugangsverbots konnten Journalisten die noch rauchenden Trümmer der Stadt besuchen. Nachdem anfangs lanciert worden war, daß PKK-Guerillos die Stadt angegriffen hätten, stellte inzwischen eine Delegation der sozialdemokratischen Regierungspartei SHP fest, daß die Schäden ausschließlich vom Militär angerichtet wurden.

Wenige Tage nach Beginn der Angriffe, am 25. Oktober, trat der nationale Sicherheitsrat der Türkei, das vom Militär dominierte eigentliche Machtorgan, zusammen. Ergebnis dieser Sitzung waren neue Drohungen an die inzwischen in ihrer Gesamtheit als terroristisch eingestufte kurdische Bevölkerung und die Ankündigung der 'Vernichtung der PKK-Kader im In- und Ausland'. Dazu soll die neuerlich begonnene Winteroperation des Militärs dienen. Anfang November wurden bundesdeutsche Journalisten Zeugen von Militäraktionen im Rahmen der Winteroperation: Das Dorf Kursunlu im Kreis Dicle der Provinz Diyabakir wurde am 8. November vom Militär umstellt und den Bewohnern ein Ultimatum gestellt, bis zum nächsten Morgen das Dorf zu räumen. Wenige Tage zuvor war das Dorf, um das herum deutsche BTR-60-Panzer aufgefahren sind, beschossen worden, außerdem wurden die Wintervorräte vom Militär verbrannt.

Vernichtungsoffensive nach Waffenstillstand

Im März 1993 hatte PKK einen einseitigen Waffenstillstand erklärt und der türkischen Regierung Verhandlungen angeboten. Die türkische Regierung lehnte Verhandlungen ab.

Die Guerillabewegung konnte sich in den letzten drei Jahren auf die grenzfernen, nördlichen und westlichen Regionen Kurdistans ausdehnen: sie kann sich im Norden Diyabakirs frei bewegen, kontrolliert ganze Gebiete. Mittlere Städte werden praktisch von ihr durch Volkskomitees regiert. Der türkische Staat hat seine Autorität verloren und kann nur noch vernichtend zuschlagen, und zwar gegen die Bevölkerung: Zwangsrekrutierung für die Dorfmilizen, sonst Massenvertreibung, oft nach monatelanger systematischer psychologischer Kriegsführung, Mißhandlung, Entehrung, systematischer Vernichtung von Vieh, Feldern, Gärten, Vorräten, der Lebensgrundlagen. Hungerblockaden gegen Dörfer und Kleinstädte. Berichten zufolge wurden mehrfach chemische Kampfstoffe eingesetzt und ganze Landstriche massenhaft vermint. Davon ist keine Region Kurdistans mehr ausgenommen: im äußersten Westen des kurdischen Siedlungsgebietes (Maras/Adiyaman) wurden Napalm-ähnliche Kampfstoffe eingesetzt.

Ein furchtbarer Kleinkrieg gegen die dort ansässige alevitisch-kurdische Bevölkerungsgruppe, durch die Verfolgung vor und während der Militärherrschaft der 80er Jahre ohnehin marginalisiert, findet statt. 1,7 Millionen Menschen aus allen Gebieten Kurdistans wurden vertrieben oder flohen. Die Bevölkerungszahl von Diyarbakir soll von 1990 bis 1993 von 400 000 auf über eine Million angestiegen sein. Im September 1992 hatte der damalige Staatspräsident Özal erklärt: 'Wenn wir aus diesem Gebiet 500 000 Menschen nach Westen umsiedeln, werden viele Probleme gelöst.' (Milliyt, 8.9.1992)

Die Vertriebenen organisieren sich wieder, in den Mittelmeerstädten Mersin und Adana, in Izmir und Istanbul. Der staatliche Terror der Anti-Guerilla-Kriegsführung wird auch dorthin ausgeweitet. Längst herrscht auch dort, fernab der Ausnahmezustandsregion, die nackte militärisch-polizeiliche Gewalt. Ein ungeheures soziales Elend: in den Elendsvierteln auf 30 000 Einwohner ein Arzt, der unter Polizeiaufsicht praktiziert.

Die nächste Eskalationsstufe ist die systematische Bombardierung kurdischer Städte mit schweren Waffen, inszeniert als zurückgeschlagener Guerillaangriff: von Sirnak August 1992 bis Lice Oktober 1993. Hunderte von zerstörten Häusern, Dutzende von Toten, Zehntausende von Flüchtlingen. Dorf- und Stadtzerstörungen haben längst das Ausmaß der baathistischen Vernichtungspolitik gegen die Kurden im Irak in den 80er Jahren erreicht. Seit Anfang 1990 wurden mehr als 750 kurdische Dörfer zerstört.

In den letzten zwei Jahren ist die Repression in der Türkei schlimmer geworden als in den ersten Jahren der Militärherrschaft nach dem Putsch am 12. September 1980. Allein in den ersten 9 Monaten dieses Jahres fielen nach Angaben des türkischen Menschenrechtsvereins 370 Menschen den Todesschwadronen zum Opfer, die mit den Sicherheitskräften eng verpflochten sind.

Das türkische Regime

Regierung, Parlament und die bürgerlichen Parteien sind dem Nationalen Sicherheitsrat deutlich untergeordnet. Inzwischen kommt aber nicht einmal mehr der 'demokratische Schulterschluß' zur Bemäntelung dieser Herrschaft zustande: es fängt in allen bürgerlichen Parteien an abzubröckeln, ohnehin ist die Parteienlandschaft durch die Auflösung von Özals Mutterlandspartei ANAP und die Gründung einiger Nachfolgeparteien in Bewegung. Keine dieser Parteien stellt sich gegen den Kriegskurs, aber viele bereiten hinter vorgehaltener Hand Vorschläge für das 'Danach' vor, machen sich konkrete Gedanken über das Tabu: Waffenstillstand, Demokratisierung, Details eines möglichen föderativen Systems. Eine Friedensinitiative des islamischen Autors Nacar wird von reformislamischen Kreisen bis hin zum staatli-

Forum Recht
Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Lieferbare Schwerpunkthefte:
- 2/90: „EG, BRD, Ex-DDR"
- 4/90: Gen-/Repro-Technologie
- 1/91: Zensur
- 2/91: Kriegsrecht
- 3/91: AusländerInnenrecht
- 4/91: Verfassungsdebatte
- 1/92: Kriminal(isierungs)politik
- 2/92: Mit Recht gegen Rechts?
- 3/92: Rechtstheorie
- 4/92: Europa
- 1/93: Kommunalpolitik
- 2/93: 10 Jahre *Forum Recht*
- 3/93: Schönes neues Weltrecht
- 4/93: Kriminal(isierungs)politik

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

Anschläge auf türkische Einrichtungen

Pressemitteilung von medico international

Vor wenigen Tagen erschien in einer großen türkischen Zeitung eine vielbeachtete Meinungsumfrage, deren Ergebnis lautet, daß 42 % der türkischen Bevölkerung sich für politische Verhandlungen mit der PKK aussprechen. Da es innerhalb der Regierung von Ankara und im dortigen Generalstab in der Quote solche Auffassungen nicht gibt, sollte man es sich sehr überlegen, in der Bundesrepublik serienmäßig die Einrichtungen von türkischen Menschen gewaltsam anzugreifen.

Solche Handlungen sind falsch. Die Opfer zu bedauern. Und im übrigen ergibt es auch sonst keinen politischen Sinn, den Besitz kleiner Leute zu attackieren: türkische Kulturclubs, Geschäfte und Gaststätten von Menschen, die sich als Migranten in Deutschland sozial sauer durchbeißen müssen.

Kein Argument dafür ist auch, daß in Sirnak, Cizre und jüngst in Lice vergleichbares geschehen ist. Gewiß wurden hier auf ganz andere Art und in wirklich verheerender Dimension zum wiederholten Male eine ganze Stadt vernichtet und Hunderte von kleinen Läden armer kurdischer Besitzer den Flammen preisgegeben. Nicht mit einzelnen Molotowcocktails und beiläufig, sondern systematisch mit Hilfe deutscher Waffen und unter Benutzung von mindestens Phosphorsubstanzen. Dennoch kann nicht nach einem 'Auge-um-Auge-Prinzip' verfahren werden. Die türkische Regierung handelt verbrecherisch, sie begeht Massaker und Massenmorde. Die sie bekämpfen sollten gerade deswegen anders handeln, nicht formal sich vergleichen, sondern sich unterscheiden — um eine demokratische Alternative tatsächlich vorzustellen.

Die Reaktion der 'freien Presse' allerdings, die sich über kurdische Militanz in Deutschland erregt, war im Falle von Lice gering und bedeutungslos. Und der Vorwurf führender SPD-Politiker, der Krieg der Kurden dürfe einem nicht vor die 'eigene Haustür' getragen werden, fällt auf die Urheber zurück, die wenig Probleme damit hatten, wenn Giftgas und Waffen deutscher Herkunft den Kurdinnen und Kurden zu Zehntausenden den Tod brachten und bringen.

Nur vor der eigenen Haustür will man natürlich die Leichen nicht liegen haben, die einen anderswo so gar nicht stören. Während lautstark nach hohen Strafen für militante Kurden in der Bundesrepublik gerufen und unsinnigen Verbotsforderungen gegenüber der PKK das Wort geredet wird, erfährt in Darmstadt der Prozeß gegen die Giftgaslieferanten der deutschen Wirtschaft seine schlichte Einstellung. Hier wird niemand bestraft!

Diejenigen, die unentwegt für alle Welt den 'Dialog' fordern, werden gefragt werden müssen, wieso nicht auf die deutlichen und sehr ernstgemeinten Waffenstillstandsangebote und Aufforderungen zu politischen Verhandlungen, die von der Seite der PKK in diesem Jahr verbreitet wurden, entsprechend eingegangen wurde.

Bricht jemand etwa den diplomatischen Kontakt oder auch nur den fortgehenden Waffentransfer mit der Regierung in Ankara ab, weil diese unbeirrt ganze Städte und 700 Dörfer vernichtet hat? Wo ist hier der Ruf und Vorwurf, es handle sich um Terror und 'ethnische Säuberung'?

Anstatt die PKK zu verbieten, was letztlich bedeutet, Hunderte von Kultur- und Sportvereinen und Tausende von kurdischen Einzelpersonen zu verfolgen, in jahrelangen peinlichen und wenig demokratischen Gerichtsverfahren, ausgeführt durch eine notwendigerweise aparte 'Kurdenpolizei' aufgrund der großen Zahl der hier lebenden Menschen aus dem Nahen Osten, sollte die Bundesregierung alles tun, um die türkische Regierung zur Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu veranlassen. Sofort, unverzüglich fielen alle Gründe weg, die jetzt Anlaß zu Gewalt und Unruhe bedeuten.

Aber so etwas sagt in der neuen Bundesrepublik nur noch ein Herr Uhrlau, also der Verfassungsschutz. Liberale kaum.

chen Amt für religiöse Angelegenheiten unterstützt.

Selbst das Militär denkt bei der Kriegsführung der Vernichtung an die Zeit 'danach': es schraubt die Kosten der kurdischen Seite für eine mögliche Verhandlungslösung so hoch, legt es an auf größtmögliche Zerstörung zur Schaffung späterer Abhängigkeiten und die ethnische Säuberung kurdischer Gebiete nicht mehr nur in den Randgebieten, sondern auch im zentralen Kurdistan. Unter diesen Bedingungen haben die Kommunalwahlen Ende März entscheidende Bedeutung und sind sowohl von der PKK als auch vom Regime zur nächsten möglichen Kraftprobe erklärt worden. Das Regime drohte mit Aussetzung der Kommunalwahlen in Kurdistan und der Verhängung der Kriegsrechts über die kurdischen Provinzen (statt des bestehenden Ausnahmezustands). Möglich ist aber auch, daß man es vorher zu einer Eskalation oder einem Militärputsch kommen läßt.

Das Regime versucht heute wieder eine gefährliche Strategie der Entfesselung ethnischer und konfessioneller Auseinandersetzungen, wie sie in der Türkei schon in den 70er Jahren betrieben wurden. Damit soll die Dynamik der kurdisch-nationalistischen Bewegung gestoppt werden, der kemalistische Konsens wiederhergestellt und das 'Gegenfeuer' einer islamistisch-fundamentalistischen Gefahr gelegt werden, um sich den NATO-Staaten als zuverlässige Herrschaftsoption und Stabilitätsgarant zu verkaufen.

Konfessionalisierungsstrategien

Diese Strategie ist in Kurdistan in der Vergangenheit gescheitert: Der Versuch, durch Terror die yezidische und die assyrisch-christliche Minderheit gegen die kurdische Nationalbewegung zu mobilisieren, scheiterte. Das mußte sogar die Gesellschaft für bedrohte Völker einsehen. Der Versuch, über eine kurdische Variante des obrigkeitstreuten politischen Islam ein Bollwerk gegen den kurdischen Nationalismus zu errichten, gelang teilweise, doch verlor die Hizbullah aufgrund ihrer offensichtlichen Unterwanderung durch die Kontraguerilla an Reputation, blieb unter den kurdischen Muslimen isoliert. Im Gegenzug begann der politische Islam die Kurdenfrage für sich zu entdecken und setzt sogar das obrigkeitstreue islamische Establishment in der Türkei unter Handlungsdruck, das in einigen kuridschen Provinzen bisher ausgesprochene Machtbasen hatte.

Seit der Militärherrschaft spricht man in der Türkei von einer Islamisierung von oben, einer obrigkeitstreuen, autoritären Indoktrinierung, die auf Kosten des Säkularismus und vor allem der alevitischen Minderheit geht. Islamisch-Nationalistische Kader stiegen in den Staatsapparat auf, gewannen Einfluß z.B. in Özals ANAP. Die Instrumentalisierung der Hizbullah und anderer, der MHP nahestehender reaktionär-islamischer Strömungen durch den Staat, die islamische Läuterung faschistischer Kader mit Verbindungen zum Staatsapparat bedeuteten eine neue Dimension. Nach bisherigen Berichten war die MHP-nahe Acmzendi-Sekte an den Massakern von Sivas Anfang Juli dieses Jahres beteiligt, wo 37 Menschen, unter ihnen viele oppositionelle Intellektuelle, in einem vom Mob in Brand gesteckten Hotel ums Leben kamen.

Das Massaker von Sivas ließ man geschehen, um mit der nationalistisch-islamischen Mobilisierung des sunnitisch-türkischen Mittelanatoliens (wo, wie eben in Sivas, große alevitische Minderheiten leben) ein Bollwerk gegen die kurdische Mobilisierung zu schaffen und ein neues Feld der Auseinandersetzung zu eröffnen, das zwischen Aleviten und fanatisch aufgestachel-

ten türkischen Sunniten. Und nicht zuletzt, um islamische Reformkräfte zu diskreditieren, die weniger die Verbindung zum türkischen Staat als zu seinen kurdischen Gegnern bzw. liberalen Kapitalkreisen suchen. Im Bezug auf die Aleviten mißlang diese Strategie, denn die offensichtliche Verwicklung des Staates, die Untätigkeit von Militär und Polizei, die Schuldzuweisungen an die Opfer, trieb die Aleviten und selbst ihre staatstragenden prokemalistischen Institutionen in die Opposition.

Diese ethnisch-konfessionelle Mobilisierung wird mit großem Aufwand und wohlvorbereitet in den kurdischen Provinzen Erzurum, Erzincan, Maras betrieben, wo sich alevitische und sunnitische, kurdische und türkische, aber auch kurdische und arabische Bevölkerungsgruppen wie in Mardin-Siirt oder in den Slums von Adana gegenüberstehen. Konflikte sind dort vielfach sozialen Ursprungs und Jahrhunderte alt: Aleviten wurden im osmanischen Reich als Häretiker verfolgt und von mit dem Reich verbündeten sunnitisch-kurdischen Lokalpotentaten unterdrückt. Im Erzincan-Gebiet z.B. nutzten sunnitische Stammesführer, die Hamidiye-Regimenter für Sultan Abdülhamid aufstellten, ihre Macht zur Besetzung des Landes armenischer und alevitischer Nachbarn. Die letzteren verbündeten sich mit der kemalistischen Republik gegen die sunnitischen Stämme. Die Konflikte erhielten eine Neuauflage in den 70er Jahren: Während die Linken besonders bei den kurdischen Aleviten Zulauf erhielten: die Dörfer von Maras, Malatya und Sivas waren Hochburgen der Linken, gelang den islamistischen Kräften die Mobilisierung der türkisch-turkmenisch-sunnitischen Bevölkerung. In Erzurum waren bestimmte sunnitische, aber durchaus kurdische Gebiete immer stronghold der faschistischen MHP. Diese Konstellationen, die durch den politischen Klientelismus und die Einsetzung von profaschistischen bzw. islamisch-nationalistischen Gouverneuren aufrechterhalten wurden, werden jetzt planmäßig aufgeladen. In Erzurum z.B. wurden Waffen an MHP-nahe Gruppen ausgegeben — und damit der ursprünglich von der MHP kommende Vorschlag der Gründung einer Söldnerarmee aufgegriffen (Frankfurter Rundschau, 10.11.1993). In Maras werden Kinder mittelloser Familien in staatliche Moscheen gesteckt und dort antialevitisch-nationalistisch gedrillt.

In Adana versucht der Staat, die arabische Minderheit, vornehmlich Händler, gegen die kurdischen Elendsmigranten zu mobilisieren und sogar zu bewaffnen.

Nationalisierung des Diskurses

Der ohnehin nur formale Demokratisierungsprozeß in der Türkei seit 1983 wird total ausgehöhlt: Die nackte Gewalt herrscht nicht nur in Kurdistan und den Elendsvierteln der Vorstädte bei der Bekämpfung der linken Stadtguerilla: Der Krieg zeigt sich selbst in der Alltagsgewalt der Polizei. Nie sind so viele Menschen auf Polizeiwachen ermordet oder bestialisch gefoltert worden.

Dies wird begleitet von einer bisher nicht erlebten nationalen Hetze und Mobilisierung: Die Begräbnisse von in Kurdistan gefallenen Soldaten werden in antikurdische Rachekundgebungen verwandelt — an denen regelmäßig hohe Offiziere und Politiker teilnehmen. So erhält die Mob-Basis der faschistischen MHP, politisch schon in einer schweren Krise, eine neue, rettende Funktion: die nationalistische Mobilisierung, die spontane Empörung, das Anstiften von Pogromen. Dies wieder besonders in Mittelanatolien, den konservativsten Gegenden, unter den Einwanderern aus dem Balkan und Griechenland, die, selber underdogs, stets für das nationalistische Geheul empfänglich waren. Die Rachekundgebungen haben schon mehrmals zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Kurden geführt. Die Presse macht diese extreme Nationalisierung mit: Journalisten und Politiker, Menschenrechtler werden als Vaterlandsverräter beschimpft, es wird geradezu zu Pogromen, zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen, zum Krieg gegen die Nachbarländer aufgerufen.

Auch soziale Konflikte werden nationalisiert: Bei der Einstellung von Hilfsarbeitern

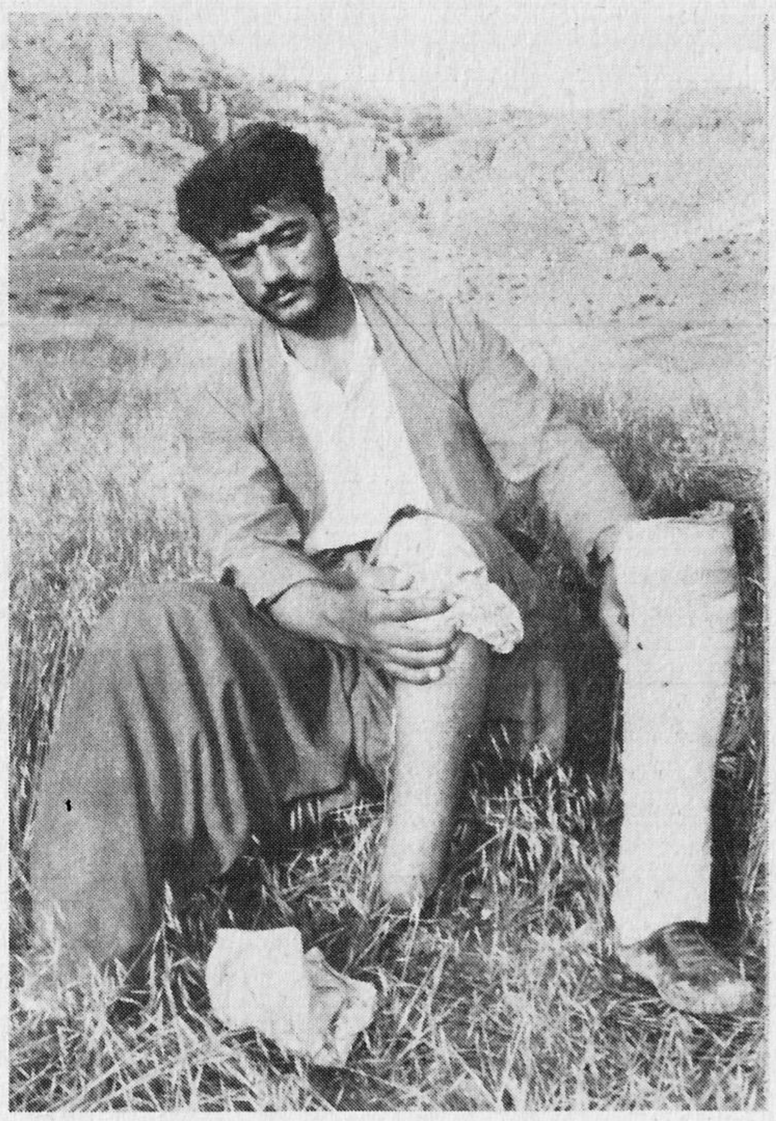
Kurdische Flüchtlinge

auf staatlichen Baustellen werden Kurden — nach Kontrolle ihrer Papiere — abgelehnt. Umgekehrt werden die kurdischen Migranten in den Metropolen als ungarantierte Billigarbeiter gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse eingesetzt.

Der Staat versucht die Auseinandersetzung Türke — Kurde zu individualisieren — was sich an sehr vielen Punkten entzündet und die Diskussion über den Charakter des Krieges in Kurdistan verbaut. Selbst ein Teil der Linken hat kein Verständnis mehr für den Befreiungskrieg und empört sich über den Nationalismus der anderen Seite. Bestimmte Linke, die selbst der PKK Nationalismus und die Abkehr von linken, internationalistischen Prinzipien vorwerfen, greifen die Konfessionalisierungsstrategie auf, wie etwa die Arbeiterpartei von Dogu Perincek und ihre Tageszeitung Aydinlik, die sich mit einem indirekt linkskemalistischen Kurs zum Fürsprecher der Aleviten aufzuspielen suchte, anstatt der Konfrontationsstrategie etwas entgegenzusetzen.

Eine Antikriegsbewegung, die die Anerkennung der PKK als Kriegspartei und die Einhaltung der Genfer Konventionen fordert und nach Waffenstillstand und Beendigung des Krieges ruft, entsteht. Dieses Thema wird in den Massenorganisationen, Berufsverbänden und Gewerkschaften breit diskutiert, es gibt viele Aufrufe und Resolutionen und jüngst auch eine Friedensplattform, aber sie schlagen sich bisher nur marginal gegen den nationalistischen öffentlichen Diskurs durch und werden nicht durch Massenaktionen umgesetzt. Der Auffassung, daß der Krieg in Kurdistan für die Krise in der Türkei verantwortlich ist, ist bisher wenig populär.

Mit der Ablehnung der jüngsten Verhandlungsinitiative der PKK und der international unterstützten Forcierung des Krieges in Kurdistan mobilisiert die PKK alle Kräfte für die militärische Auseinandersetzung. Trotz hoher eigener Verluste steht die PKK militärisch erstaunlich gut da, kontrolliert Gebiete in den zentralen kurdischen Regionen, reagiert über eigene Strukturen selbst in Großstädten wie Diyarbakir allein.



Durch Landmine verletzter Kurde

Anfang Oktober verbot die PKK der türkischen (mit Ausnahme der prokurdischen Medien, z.B. der Tageszeitung Özgür Gündem) und internationalen Presse die Berichterstattung aus den kurdischen Gebieten. Gleichzeitig forderte sie die türkischen Parteien auf, ihre Arbeit in Kurdistan einzustellen. Beide Maßnahmen wurden weitgehend befolgt. Sie sind eine Reaktion auf die Spekulationen um die Aussetzung der Kommunalwahlen in Kurdistan — bei der von der PKK unterstützte Kandidaten einen haushohen Sieg erringen würden — und die gleichgeschaltete türkische Presse, die seit einem 'Briefing' des türkischen Generalstabs gemäß der Anordnungen des Militärs über den Krieg in Kurdistan berichtet. Gleichzeitig ist die kurdische Presse vehementer staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Allein in diesem Jahr wurden vier Journalisten der Tageszeitung Ögür Gündem ermordet. Parteienverbot und Pressereglementierung sind aber auch als Versuch zu verstehen, die eigenen Machtstrukturen für einen möglichen Verhandlungsprozeß auszubauen. Das Presseverbot wurde von internationalen Menschenrechts- und Presseverbänden kritisiert, in Teilen der kritischen türkischen Öffentlichkeit angesichts der massiven staatlichen Zensur und Gleichschaltung aber auch mit Verständnis aufgenommen.

Trotz der intensiven Bemühungen der PKK und der gesamten kurdischen Bewegung in der Türkei um eine Verhandlungslösung, dominiert unter dem Druck des türkischen Militärs die militärische Logik, mit fatalen Konsequenzen, wie sie sich in dem jüngsten Konflikt mit türkischen Linken im Dersim-Gebiet zeigten: Dort wurden 6 Militante der linken TDKP von PKK-Guerillos ermordet.

Der Alleinvertretungsanspruch der PKK wird vehement durchgesetzt, unter der Last des totalen Krieges werden alle anderen Kräfte, als Gegner angesehen. Denn jede Andersartigkeit wird als eine Interventionsmöglichkeit des Gegners angesehen — von daher werden andere Linke als potentielle Kontras bezeichnet. Auch tritt die PKK dem nationalistischen Diskurs nicht entschieden entgegen, betreibt sie doch die Mobilisierung in dieser großen Auseinandersetzung vor allem auf nationalistischer Ebene. Demgegenüber sind die Bekenntnisse zur Brüderlichkeit mit den Türken, zum gemeinsamen Schicksal nicht an das eigene Volk, sondern eben an die anderen gerichtet. In der Schärfe der Auseinandersetzung, in dem Krieg um die eigene Existenz vielleicht berechtigt, aber eben nationalistisch, verkündet z.B. die ARGK-Führung im Botan-Gebiet, daß man in Zukunft für jedes Massaker Vergeltung üben werde, auch mit Anschlägen in der Westtürkei. ●

Ronald Ofterdinger ist Mitarbeiter von medico international Berlin.

Fundiert & unabhängig bringt **"kurdistan aktuell"** als Newsservice Dokumente, Hintergrundberichte, Kurzanalysen aus & über alle Parteien und Verbände in allen Teilen Kurdistans.
Darunter besonders & exklusiv die unübertroffenen Nachrichtenbulletins der Menschenrechtsvereine Kurdistans und der Türkei. Dazu für Asylgruppen verwertbare Dokumentationen über Vertreibung und Fluchtursachen.

Kostenlos. Für den einjährigen Bezug sind DM 40.- an reinen Versandkosten vorab zu überweisen auf das Konto 1800, Stadtsparkasse Ffm. (BLZ 500 501 02). Stichwort: **kurdistan aktuell.**

medico international
Obermainanlage7 • 6000 FrankfurtM1•Tel.:069-24438-0

Kurdistan aktuell
INSIGHT NEWSSERVICE

für Journalisten, Menschenrechtsorganisationen, Hilfswerke, Rechtsanwälte, Flüchtlingsgruppen, Asylorganisationen

Türkische Kurdenpolitik — Mitverantwortung der NATO

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die Mitglieder der Wertegemeinschaft zur Verteidigung der Menschenrechte namens NATO keine Mitverantwortung für die türkische Kurdenpolitik trifft. Aussagekräftiges Beispiel dafür sind die Rüstungsexporte der NATO-Staaten in die Türkei.

Mithilfe ihrer Bündnispartner ist die Türkei seit Jahren einer der größten Importeure für Rüstungsgüter auf der Erde. Nach einer Studie von BASIC wurden der Türkei seit 1990 geliefert, vertraglich zur Lieferung zugesagt oder in der Türkei nachgebaut:

— über 1 000 Kampfpanzer
— über 300 Panzerhaubitzen und Raketenwerfer
— rund 2 700 Schützenpanzer
— 11 Fregatten und
— 334 Kampfflugzeuge

um nur einige der Waffenkategorien zu nennen.

Seit 1989, dem Ende des Kalten Krieges hat die Türkei ihre offiziellen Ausgaben für die Beschaffung von Großwaffensystemen nach den Kategorien des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI fast verdoppelt, inoffiziell ist die Steigerung größer. Dies verdeutlicht den Umfang der Rüstungsimporte der Türkei nur sehr unzulänglich — bekommt sie doch in großem Stile Waffen, Munition und militärisches Gerät entweder geschenkt, oder — was den Preis betrifft — fast geschenkt.

Die Türkei ist u.a. Nutznießer der folgenden Programme zur Steigerung ihrer militärischen Fähigkeiten: Im Rahmen des Vertrages über die konventionelle Rüstung in Europa, KSE, bekommt die Türkei Tausende relativ moderner Großwaffensysteme aus u.a. deutschen, britischen und amerikanischen Beständen, die in Mitteleuropa die vertraglich vereinbarten Grenzen verletzen würden und deshalb verschrottet werden müßten. Der Vertrag aber erlaubt den Transfer in andere NATO-Staaten — hier die Türkei. Z.B. lieferte die Bundesrepublik der Türkei allein im 2. Halbjahr 1993

— 131 Panzer-Haubitzen Kaliber 203mm
— 187 Mannschaftstransporter M 113
— 85 Kampfflugzeuge Leopard I
— 20 Pionierpanzer M 48 A2
— 10 Brückenlegepanzer samt amerikanischer Faltbrücken und etliches mehr.

Im Rahmen der Golfkriegshilfe erhielt die Türkei aus der Bundesrepublik Waffensysteme, mit denen ganze Bürgerkriegsarmeen ausgestattet werden können. Z.B.:

— mehr als 256 000 Kalaschnikows
— 300 Schützenpanzer BTR 60 aus NVA-Beständen
— fast 400 Mio. Schuß diverser Munitionen, von der MG-Patrone bis zum Artilleriegeschoß und zur Panzerfaust.

Jüngst haben auch die USA begonnen, in Mitteleuropa überflüssig gewordene Munitionsbestände an die Türkei weiterzugeben. Im Rahmen der diversen NATO-Verteidigungshilfe-Programme erhielt die Türkei bis 1992 aus der Bundesrepublik zugesagt, bzw. geliefert:

— 17 Tranchen Verteidigungshilfe
— drei Materialhilfepakete
— 2 Rüstungssonderhilfen

und andere Hilfen im Gesamtwert von weit über 6 Mrd. DM

Im Rahmen der US-Foreign Military Aid Unterstützung allein im Jahre 1992 knapp 700 Mio. US $ militärischer Unterstützung. Fast 4 Mrd. US $ Unterstützung werden in den Jahren 1993-98 aus dem Golf-Krieg-Unterstützungsfond, den die USA, die VAE, Saudi Arabien und andere bereitstellen zur Auszahlung kommen.

Die Türkei sucht den Umfang ihrer Rüstungsimporte zu verschleiern. Dies wurde aus dem Ende Oktober erstmals veröfffentlichten UNO-Rüstungsexport-Register deutlich: Wollte die Türkei 1992 z.B. nur 427 Kampfpanzer, 119 Schützenpanzer und 24 Raketen bzw. Raketenabschußgestelle importiert haben, so meldeten die Exporteure der Türken die Lieferung von 588 Kampfpanzern, 325 Schützenpanzern und 1164 Raketen und Raketenabschußgestelle.

Die Türkei sucht den inneren Einsatz der gelieferten Waffensysteme zu verschleiern: der innenpolitische Streit in der Bundesrepublik über Waffenlieferungen an die Türkei im vergangenen Jahr ist ihnen sicher in guter Erinnerung: Mittlerweile hat der NATO-Partner vorgesorgt. Neben 300 BTR 60 P Schützenpanzern aus NVA-Beständen der Bundesrepublik verfügt die Türkei mittlerweile über 10 baugleiche Modelle aus Rußland, die es im Zweifelsfalle gewesen sein können, wenn wieder einmal ein solches Waffensystem bei Untaten gegen die Kurdische Minderheit im Land gefilmt werden sollte.

Die Türkei versucht, ihre eigenen Rüstungslieferanten unter Druck zu setzen. Angesichts der Befürchtung, die Türkei könne als Bollwerk des Westens gegen den islamischen Fundamentalismus fallen oder als „Stabilitätsfaktor" gegen die Unruhen in den südlichen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR ausfallen, ist seitens der NATO mit ernsthaftem Gegenwind nicht zu rechnen. Wer die türkische Kurdenpolitik nicht als im Rahmen der NATO-Aufgaben legitime und kollektiv unterstützenswerte Terrorismusbekämpfung erachtet, der muß damit rechnen, daß er der Türkei keine militärischen Geschenke mehr machen darf. Schweden, die Schweiz und Österreich dürfen beispielsweise deshalb keine Rüstungsgüter nach Ankara liefern — sie stehen auf der roten Liste; Holland dagegen darf nach der jüngsten Änderung seiner Kurdenpolitik wieder uneingeschränkt liefern, die Ampel steht auf grün. Die Bundesrepublik schließlich steht auf der gelben Liste — will heißen unsicherer Kantonist — jede einzelne Lieferung bedarf einer Genehmigung durch die türkische Regierung.

Die Lieferungen der Bundesrepublik aus ehemaligen NVA-Beständen stellen eine Billiglösung im Vergleich zur Verschrottung der Waffensysteme dar. Vergessen wird dabei, daß mit dem gelieferten Material in der Türkei Menschenrechte verschrottet werden.

Die USA könnten eines Tages die Entdeckung machen, daß sie mit ihrer Türkei-Politik jene Fehler wiederholen, die sie im Falle des Irans unter Reza Pahlevi spät und bitter bereut haben.

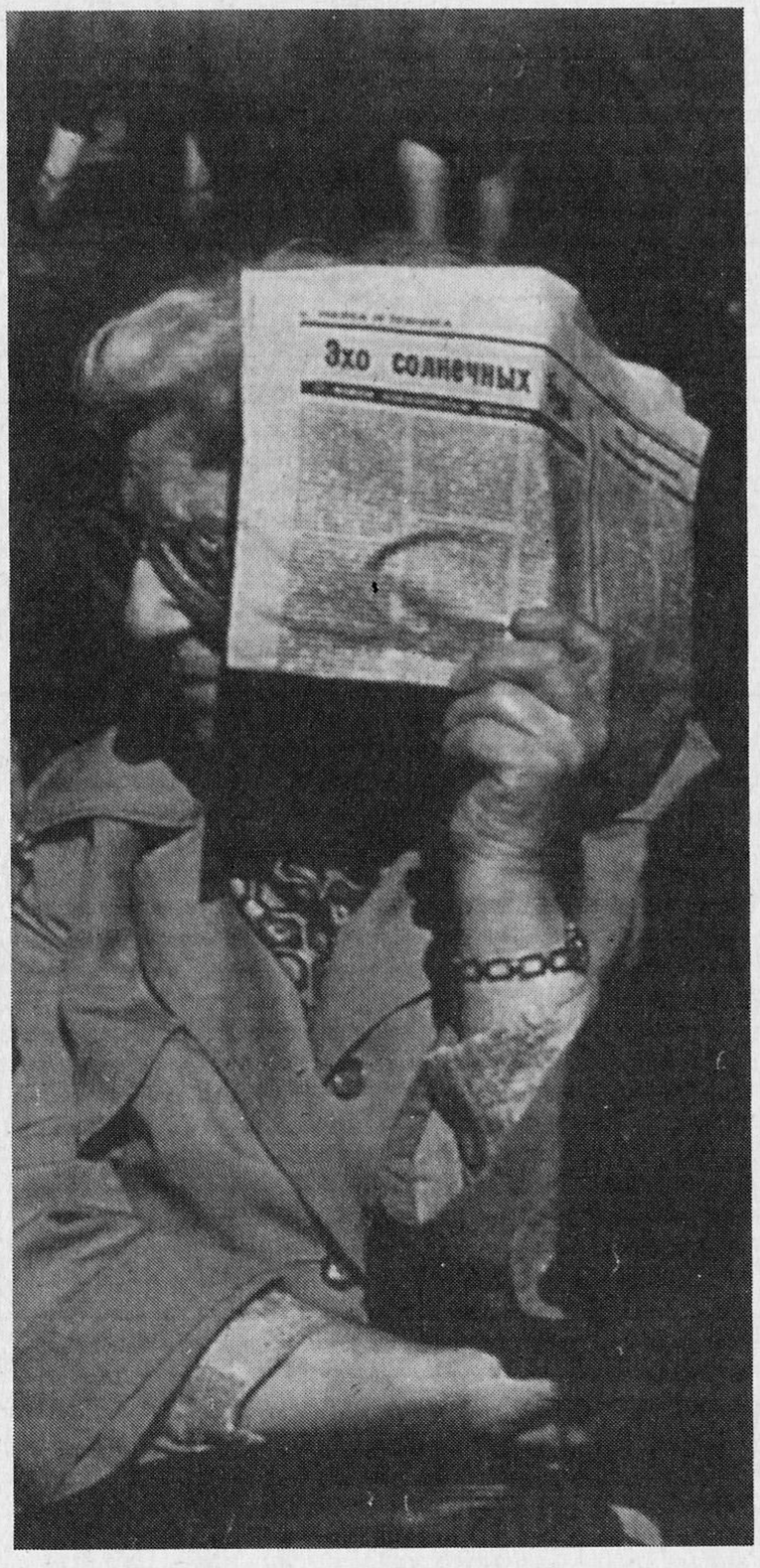
Das Vorgehen des türkischen Militärs gegen die kurdische Minderheit erinnert dem Umfang, den Opfern und der Politik nach an vielen Tagen an die oft beklagten ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien. In beiden Fällen erweist sich die westliche Wertegemeinschaft zur Verteidigung von Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten als handlungsunfähig.

OTFRIED NASSAUER

PEDRO ROMERO/MERCEDS SIMÓ

Rußland: Der sogenannte Kampf um die Demokratie

Die Zeiten, in denen es mit schöner Regelmäßigkeit Treffen, Symposien und wissenschaftliche Debatten über die Sowjetunion gab, sind längst vorbei. Heute verfolgt die erstaunte Öffentlichkeit die russischen Ereignisse, ohne auch nur noch ansatzweise Ursachen und Hintergründe zu verstehen. Noch weniger weiß irgendjemand, wohin die Entwicklung gehen wird.



Die berühmt-berüchtigten Kremologen sind in zwei Gruppen zerfallen. Die einen sind aus den Medien ganz verschwunden und geben sich anscheinend der stillen Reflexion hin, die anderen betreiben die Geschäfte weiter und präsentieren unverdrossen ihre Analysen. Diese haben eines gemeinsam: den vereinfachenden, Widersprüche verkennenden und borniert westlich-demokratischen Blickwinkel.

Die russischen Intellektuellen auf der anderen Seite beschäftigen sich zwar höchst intensiv mit dem politischen Personal, seiner Vergangenheit, seinen Landhäusern, seinem Alkoholkonsum und natürlich seinen „kommunistischen Verirrungen". Vergebens hofft man indessen auf Antworten auf die Frage, wie die aktuellen politischen Ereignisse zu interpretieren sind oder wie überhaupt die Zukunft des Landes aussehen wird. Das ist verständlich. Es gibt keine „strategischen" Pläne für die Zukunft Rußlands, weder im Land selbst noch auf internationaler Ebene. Deshalb können auch wir keine Voraussagen über die Entwicklung dieses Landes oder gar deren Folgen für Europa wagen. Aufgrund der Erfahrungen, die wir bei unserem letzten Aufenthalt dort gemacht haben, können wir aber versuchen, die herrschenden und höchst verzerrten Medienbilder etwas zu korrigieren.

Falsch ist, daß es sich bei den gegenwärtigen innerrussischen Konflikten um einen Kampf zwischen der alten Nomenklatura, den kommunistischen Nostalgikern und Jelzin als dem bedingungslosen Verfechter der Demokratie handelt. Dieses Bild enstand während des Machtkampfs zwischen der alten bolschewistischen Garde und dem Reformator Gorbatschow, der den Kalten Krieg beendete, die Demokratisierung einleitete und ein Freund des Westens war. Diese Phase endete gewaltsam mit einem theatralischen Staatsstreich. In dessen Verlauf rechtfertigte eine Clique abgewirtschafteter und unfähiger Funktionäre des alten Regimes ihre Machtübernahme damit, daß es die Rückkehr des Kommunismus zu verhindern gälte. Angeblich wollten sie die Demokratisierung vorantreiben, allerdings in kontrollierterer Form als der momentan „unpäßliche" Gorbatschow.

Zu keiner Zeit gab es eine Massenmobilisierung gegen den Putsch. Die wenigen, die unbewaffnet auf die Straße gingen, hätten nichts ausrichten können. Wer also konnte sich der Situation bedienen? Das war zweifellos das Parlament mit Chasbulatow und Ruzkoi an der Spitze. Diese zogen im entscheidenden Augenblick Jelzin — im wahrsten Sinne des Wortes — auf einen Panzer vor dem Weißen Haus und riefen zum Widerstand auf. Sie drohten der Junta mit Bürgerkrieg und verwandelten damit Jelzin in eben diesem Moment in einen neuen Putschisten. Er allerdings hatte mehr Glück. Er siegte und konnte Michael Gorbatschow ebenso politisch liquidieren wie das gesamte Sowjetreich.

Schon kurze Zeit später begann der zweijährige Machtkampf zwischen Präsident und Parlament. Konfrontationen, Drohungen, Meinungsverschiedenheiten und Kompromisse folgten im schnellen Wechsel. Am Ende dieser Auseinandersetzungen stehen die Auflösung des Parlaments, die Panzer in den Straßen Moskaus, die Detonationen.

Seit 1985, als es zu den ersten Konflikten zwischen Gorbatschow und seinen Gegnern kam, wurde diese Konfrontation immer als Auseinandersetzung zwischen Demokraten und nostalgischen Verteidigern des alten sozialistischen Systems angesehen. Aber die Behauptung, Gorbatschow habe Perestroika und Demokratisierung rückgängig machen wollen, ist ebenso unsinnig wie die, Chasbulatow und Ruzkoi wäre es darum gegangen, vom Parlament aus den Sozialismus zu restaurieren.

Das sozialistische System in Rußland ist tot, und zwar mehr als in irgendeinem anderen Land. Niemand mit einem Funken Verstand glaubt daran, daß es einen Weg zurück geben könnte. Niemand möchte die Entwicklung zu kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnissen stoppen. In Rußland wollen alle den Markt und das Demokratie genannte politische System. Es gibt also keine Feinde der Demokratie mehr? Doch, natürlich gibt es welche. Aber diese sehen genauso aus wie die in Chile, Peru, Nigeria oder Thailand. Wir brauchen wohl nicht zu erläutern, unter welchen Umständen das Kapital bereit ist, die Demokratie zu liquidieren und in wessen Namen es das tut. Was es in Rußland jedoch wirklich nicht mehr gibt, ist eine Kraft, die in der Lage

wäre, die sozialistische Diktatur wiederherzustellen.

Was ist dann die Ursache für die stattgefundenen und noch zu erwartenden Konflikte? Wenn es nicht die Demokraten gegen die Kommunisten sind, wer kämpft dann eigentlich gegen wen? Die Antwort ist denkbar einfach: Es wird um die Verteilung des Besitzes und um die internationalen ökonomischen Beziehungen gekämpft. Der zentrale interne Konflikt Rußlands dreht sich um dieselben Fragen wie in den anderen Exrepubliken der UdSSR auch: Wer wird über die Produktionsmittel verfügen? Wem werden die Firmen, die Fabriken, die Gebäude und der Landbesitz zufallen? Wer wird die immensen Rohstoffe kontrollieren, die das Land weiterhin produziert und auf dem Weltmarkt anbietet? Das sind die Objekte der Begierde, um die sich alle organisierten Kräfte des Landes streiten, seien sie nun mehr politischen oder mehr mafiaähnlichen Charakters.

Die Namen und Abkürzungen, unter denen die verschiedenen politischen Gruppen auftreten, sind belanglos. Allesamt sind sie aus dem Apparat der KP hervorgegangen. Um was sie konkurrieren, sind vor allem die politischen Einflußpositionen, die für diesen ökonomischen Verteilungskampf entscheidend sein werden. Diese werden in dem Moment wichtig werden, wenn es darum geht, sich angesichts der beginnenden Privatisierung, der Vergabe von Lizenzen und der Finanzmanipulationen entsprechende Privilegien zu sichern. Da liegt die Ursache aller Probleme, auch der „nationalistischen" Bewegungen. Die regionalen und lokalen Kaziken stemmen sich aus genau den gleichen Gründen gegen eine Einschränkung ihrer Macht und ihrer ökonomischen Kontrollbefugnisse.

Die politischen Konfrontationen, die von den Auseinandersetzungen über die Verteilung des Besitzes ausgehen, werden fallweise durch Ämterschiebung, Kompromisse und andere Mauschelpraktiken ausgeglichen. Es herrscht eben ein wilder Kapitalismus ohne funktionierendes Regelsystem.

Um die bestimmenden Faktoren dieser Machtkämpfe richtig einschätzen zu können, muß man allerdings auch die Rolle des „Westens", die Aktivitäten der Reichen unseres Globus berücksichtigen, insbesondere die Interessen der USA, Japans und Westeuropas. Wieder muß betont werden, daß es auch von dieser Seite keinen machiavellistischen Plan gibt, demgemäß alle Ereignisse von der Zerschlagung des sozialistischen Regimes bis zu dem noch unvorhersehbaren weiteren Schicksal Rußlands vorangetrieben wurden oder werden. Diesbezüglich mag uns die Verwirrung der Rußlandexperten und das Fehlen jeglicher glaubwürdiger Voraussagen tatsächlich beruhigen. Wir wollen stattdessen die Intervention des Westens als eine „aufgeschobene" bezeichnen. Sie beschränkt sich auf die Unterstützung der gerade herrschenden Macht, wer immer das auch sei und insistiert auf der für westliche Interessen zweckmäßigen Entwicklung zur Demokratie, wie vage und abstrakt dies auch sein mag.

Soll das heißen, daß die mächtigen westlichen Staaten nicht wissen, was sie mit dem Problem Rußland anfangen sollen? Unsere Antwort lautet „Ja". Ja, und sie haben Angst vor dem, was in Rußland passieren könnte. Sie haben Angst vor einem allgemeinen Chaos in einem nuklear gerüsteten Land. Sie haben Angst vor einem Bürgerkrieg, der Millionen von Flüchtlingen in den reichen Westen treiben könnte. Darüber hinaus haben sie Angst, und das sollten wir nicht vergessen, vor einem neuen Rußland, das aus seinen Trümmern auferstehen und zu einer neuen Weltmacht werden könnte, einem Rußland, das nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch mit den drei großen Zentren der Welt konkurrieren könnte. Aufgrund dieser doppelten Bedrohung sahen sich die europäischen Länder ebenso wie die USA einerseits gezwungen, Rußland ökonomische Unterstützung in Form von Nahrungsmitteln, Bekleidung und anderen Überschüssen zukommen zu lassen. Gleichzeitig haben sie auf der anderen Seite den Verkauf von Technologien, insbesondere im Bereich der Informatik und der Robotertechnik, zurückgeschraubt. Außerdem bemühen sie sich, Auslandsinvestitionen inklusive die Gründung von Joint-Venture-Unternehmen zu behindern.

Damit ist aber nur ein Teil der westlichen Aktivitäten gegenüber Rußland beschrieben. Der Wunsch, den alle westlichen Finanz- und Wirtschaftsmächte teilen, ist der, Rußland in ein Dritte-Welt-Land zu verwandeln. Das heißt, permanente Verschuldung, wachsende technologische Abhängigkeit, totale Unterwerfung unter die Weltmarktbedingungen für den Rohstoffhandel. Für diese Option ist Jeltzin der beste politische Garant. Seine früheren Erfahrungen und die letzten Ereignisse haben aus ihm einen außerordentlich unsicheren, argwöhnischen Mann gemacht, der praktisch keine Unterstützung mehr erhält. So sieht er sich immer mehr gezwungen, den „Rat" aus dem anderen Weißen Haus jenseits des Atlantik anzunehmen, und zwar auf Kosten seiner eigenen Berater. Charakteristisch ist, daß er den Befehl zur Erstürmung des Parlaments erst dann gab, als er dazu die Genehmigung aus Washington hatte.

Ruzkoi, der nationalistische Militär und Held des Afghanistankrieges, war einer der entschiedensten Gegner dieser Politik der Peripherisierung Rußlands. Allerdings wurde seine Opposition gleich mehrfach in Verruf gebracht, zunächst durch die Amtsenthebung, dann durch eine Verleumdungskampagne, in der er der Korruption verdächtigt wurde, und schließlich durch seine Verhaftung gemeinsam mit den auf seiner Seite stehenden Abgeordneten, die ihn zum Präsidenten proklamiert hatten, was der letzte Akt seines Widerstandes gegen Jeltzin war.

Es ist allerdings wichtig darauf hinzuweisen, daß Ruzkoi niemals irgendeine politische Fraktion vertreten hat. Genauso wenig repräsentierte er irgendwelche Mafiagruppen, auch wenn einige davon ihn unterstützten. Er war ein isolierter nationalistischer Kämpfer für die russische Unabhängigkeit.

Heute will man uns einreden, mit Jeltzin habe die Demokratie gesiegt. Doch darum ging der Kampf überhaupt nicht. Und wenn man heute sieht, was in Moskau passiert, kann man wohl kaum von Freiheit und Toleranz sprechen. Die ganze Stadt wird von der Polizei kontrolliert. Bewohner, die ihren Hauptwohnsitz woanders hatten, mußten die Stadt verlassen. Die Menschenrechte wurden beschnitten. In solch einer Situation werden Wahlen und ein Referendum vorbereitet, die — sollten sie denn stattfinden — von den internationalen Beobachtern und Medien garantiert als die Durchsetzung der Demokratie im Rußland des Zaren Jeltzin gefeiert werden.

Bleibt abzuwarten wie die Reaktion auf Jeltzins Politik auf lokaler und regionaler Ebene aussehen wird, denn die Gesetze und Dekrete, die aus Moskau kommen, könnten durchaus dazu beitragen, daß sich die unterschiedlichen russischen Regionen noch weiter jeglicher Kontrolle entziehen. Eine weitere Atomisierung, die das Land in ein Reich von unzähligen Regionalfürsten verwandeln würde, ist keineswegs auszuschließen.

Abzuwarten bleibt ebenfalls, wie das Militär auf die neue Situation und seine notwendige Umstrukturierung reagieren wird. Bisher hat sich die Armee völlig abgekapselt und schweigend hinter einigen Befehlshabern versteckt, die Jeltzin mit Zuckerbrot und Peitsche für sich gewinnen konnte. Es darf aber nicht vergessen werden, daß in den unteren Rängen Unzufriedenheit, Enttäuschung und Desillusionierung vorherrschen.

Schon bald wird es zu neuen Konflikten kommen. Die innere Zersplitterung hat nicht aufgehört. Die Rivalitäten bestehen weiterhin, auch wenn sich mit der Auflösung des Parlaments die Zahl der aktionsfähigen Gruppierungen, insbesondere derer, die nicht in Moskau beheimatet sind, reduziert hat.

Die Entscheidungsschlachten stehen noch aus. Ein neues Parlament und eventuell eine neue Verfassung werden neue institutionelle Arrangements und eine neue Gesetzgebung hervorbringen. Der Kampf um Besitz und Macht aber wird erneut aufflammen und Einheit und Frieden bedrohen. ●

Mercedes Simó und Pedro Romero sind Verlagsmitarbeiter in Barcelona.
Übertragung ins Deutsche: Eva-Maria Krampe

MICHEL TATU

Eine traumatisierte Armee

Rußlands Militär

Eine kränkelnde Armee, die einem kränkelnden Regime zur Hilfe eilt, das ist einer der Aspekte, der noch vor den blutigen Auseinandersetzungen am Sonntag, dem 3. Oktober, vor dem Weißen Haus die Aufgabe Boris Jelzins in seiner Kraftprobe mit dem Parlament fürchterlich erschwerte. Denn wenn der russische Präsident, wie man ihm im nachhinein vorwirft, es ablehnte auf Gewalt zurückzugreifen, so geschah dies unter anderem auch deshalb, weil diese Armee es vorzog, nicht in die Kämpfe hineingezogen zu werden.

Umgekehrt ist genau dies auch der Grund, der General Rutzkoi und seine konservativen Anhänger dazu bewog, die offene Machtprobe wissentlich und willentlich auszulösen: Es galt einer Neutralität das Ende zu bereiten, die angesichts des herrschenden Patts zwischen den Machtorganen letztendlich nur der tatsächlichen Macht — der des Präsidenten — zugute kommen konnte. Die Wette wurde verloren, aber die an jenem Sonntag zu beobachtenden Schwankungen innerhalb der Armee beweisen, daß für Rutzkoi und seine Anhänger gleichwohl eine geringe Erfolgschance bestand.

Man muß bedenken, daß das derzeitige wirtschaftliche und soziale Chaos, unter dem die Bevölkerung zu leiden hat, die Streitkräfte doppelt so schwer trifft und zwar einfach deshalb, weil letztere im Gegensatz zur ersteren noch weitaus tiefer gefallen sind. Während die Bevölkerung offenbar keine Rückkehr zum alten Regime wünscht, könnten die Streitkräfte durchaus versucht sein, zum status quo ante zurückzukehren. Im Herzen Europas stationiert, waren sie die Garanten des größten bestehenden Weltreichs, das kampflos abgedankt hat. Und der Prozeß ist noch nicht zu Ende, denn sie müssen sich nacheinander aus dem Baltikum und dem Kaukasus zurückziehen, auf Positionen verzichten, die nicht nur nach Meinung russischer Strategen als notwendig für die äußere Sicherheit des Landes betrachtet werden.

Im Innern war der Status des Militärs, insbesondere der Offiziere, stets privilegierter — nicht nur als der des Durchschnittsrussen, sondern auch als der ihresgleichen in den demokratischen Ländern. Weitaus besser bezahlt als die Beschäftigten gleicher Qualifikation in dem bürgerlichen Sektor, konnten sie ihre Lebenshaltung aus einem Netz von Sonderkaufhäusern decken und fristlos ordentliche Wohnungen beziehen. Sie waren die gehätschelten Kinder des 'Parteistaates'.

Nach der Zahl sichtbarer Uniformträger in den sowjetischen Führungsorganen des Landes zu urteilen, ob es sich nun um den Parteikongreß oder um den Obersten Sowjet handelt, waren sie in weit größerem Ausmaß an dem politischen Leben beteiligt als sie es heute wahrhaben wollen. Und sogar heute noch sind sie in großer Zahl in den lokalen Sowjets vertreten.

Indes ist die Neugestaltung dieser Armee fast genauso schwierig wie die Umstellung des militärisch-industriellen Komplexes, der sie trägt. Das Problem ist zunächst ein quantitatives: Von den 3,4 Mio. Angehörigen der ehemaligen Sowjetarmee im Jahre 1991 sind etwas mehr als 2 Mio. in die im Mai 1992 gebildete russische Armee übernommen worden. Heute beläuft sich ihre Anzahl auf 1,8 Mio. innerhalb Rußlands; weitere 250 000 sind außerhalb des eigentlichen russischen Territoriums stationiert. Der Rückzug stellt alle vor ein Unterkunftsproblem, das um so schmerzhafter empfunden wird, als es sozusagen aus heiterem Himmel hereinbrach. Im letzten März schätzte Verteidigungsminister Gratschow die Zahl der auf eine Wohnung wartenden Offiziere auf 120 000 und er sagte nicht ohne einige Übertreibung voraus, daß sich diese Zahl 1995 auf 400 000 erhöhen würde. Die von Bundeskanzler Kohl im Gegenzug für die deutsche Wiedervereinigung für den Neubau von Wohnungen für Armeeangehörige zugesagten 7 Mrd. DM sollten den Bau von ungefähr 30 000 Wohnungen ermögli-

Ende März 1993. Ein Manifest gegen Jeltzin wird verlesen.

chen, aber dieses Ziel ist längst noch nicht erreicht.

Andererseits geht im Gegensatz zu dem, was man normalerweise hätte erwarten können, die Verringerung der Streitkräfte keineswegs mit einer Qualitätsverbesserung einher. Unter denjenigen, die freiwillig die Armee verließen, sind überproportional viele junge Offiziere. Dem Roten Stern vom 18. August 1993 zufolge sind im Vorjahr 135 000 und in den ersten vier Monaten dieses Jahres weitere 16 000 Offiziere unter dreißig Jahren aus der Armee ausgeschieden.

Panzer gegen Wohnungen

Ähnliches gilt für die Wehrpflichtigen. Wegen der gekürzten Vergünstigungen, aber auch aufgrund erheblicher Wehrdienstverweigerung sind 1992 nur 29% der jungen Leute im wehrpflichtigen Alter eingezogen worden. Dem Wehrdienst entzieht sich jedoch vor allem die gebildete städtische Jugend.

Aus all diesen Gründen ist es schwer, die Streitkräfte dem einen oder dem anderen Lager zuzurechnen. Anders als es General Alexander Rutzkoi erwartet hatte, werden aus wohnungssuchenden Militärs noch keine Anhänger der „Sowjets" neuer Art. Man hat es im letzten Winter erlebt, daß aus Aserbaidschan repatriierte Soldaten der 104. Luftlandedivision in Ulianowsk an der Wolga ihre Panzer vor dem dortigen Rathaus landen ließen, um die Wohnungen, die sie ihnen versprochen wähnten, einzufordern. Die örtlichen Sowjets haben in vielen Fällen verlangt, daß die jungen Leute ihren Wehrdienst in der Heimatgegend leisten sollen, was zu einer Regionalisierung der Streitkräfte führen würde. In Moskau selbst hatte das jetzt aufgelöste russische Parlament die Heeresführung mit der Verabschiedung eines Gesetzes verärgert, das die Einziehung von nur 16% der Wehrdienstfähigen vorschrieb. Erst im Mai d.J. hatte es zugestimmt, dieses Gesetz durch eine gewisse Beschränkung der Freistellungsbedingungen zu mildern.

An der Spitze des Staates hat sich Boris Jelzin mindestens genauso wie sein ehemaliger Vize Rutzkoi befleißigt, die Militärs für sich einzunehmen. Siebenmal hat der russische Präsident 1992 den Sold erhöht, mehrmals schon wieder in diesem Jahr (allein kurz vor dem Referendum wurde eine 100%ige Erhöhung gewährt), was gleichwohl nicht ausgereicht hat die Inflationsrate auszugleichen.

Jelzin hat außerdem zahlreiche „politische" Beförderungen vorgenommen, so daß sich Rutzkoi im letzten Frühjahr veranlaßt sah, gegen den „Sternregen" unter Mißachtung militärischer Qualifikation zu protestieren.

Ist daraus zu schließen, daß die Beförderten, die ihre Treue zu Jelzin bekunden, auch getreu seiner Politik handeln? Nichts ist weniger sicher. Sieht man von Zentralasien und Tadschikistan ab, wo die Armee, wie übrigens auch die Regierung in Moskau ohne Zagen die konservativen Machtinhaber unterstützt hat, so stellt man fest, daß im Kaukasus zum Beispiel die russischen Befehlshaber schon sehr lange vor den letzten „abchasischen" Siegen in Georgien aus eigener Initiative in den Konflikt eingegriffen haben ohne genaue Anweisung aus Moskau (was jedoch nicht bedeutet, daß die Politiker in Moskau das Verhalten dieser Militärs nicht billigend in Kauf genommen hätten). In der Dnjestrregion hat General Lebed, Befehlshaber der 14. russischen Armee, sich noch weiter vorgewagt indem er sich zum Sprecher aller Russischsprachigen dieser Region aufgeworfen hat, die gleichzeitig militante Konservative sind. „Freiwillige" der 14. Armee sind unter den Rebellen vor dem Weißen Haus gesichtet worden.

Nach dem Kommandanten Moskowtschenko, dem Mitvorsitzenden des Verbandes „Schild", in dem sich die liberalen Offiziere zusammengeschlossen haben, unterstützt 'die überwältigende Mehrheit des unteren Offizierskorps den Oberbefehlshaber der Streitkäfte (Boris Jelzin), aber unter den höheren Offizieren ist man sich weniger einig, während unter den Generälen große Uneinigkeit herrscht'. Diese Erklärung hat er am 2. Oktober, am Vorabend der blutigen Kämpfe abgegeben; sie dürfte jedoch auch danach noch Gültigkeit besitzen. Die größere Abhängigkeit vom Militär, in die sich Boris Jelzin begeben hat, dürfte dieses nicht dazu ermuntern, nun den Part des 'Großen Schweigers' zu spielen, den es im übrigen in der Vergangenheit nie geübt hat. ●

Nachdruck aus Le Monde vom 5. Oktober 1993, Übersetzung von Robert Detobel

SB-Mitgliederversammlung

Thema: 'Funktionswandel linker Öffentlichkeit'
Ort: Frankfurt, Bürgertreff Bockeheim, Schwälmer Str. 28
Termin: 29. Januar 1994
Zeit: 11.00 — 13.00 Uhr
Anmeldungen bitte im Büro (069/88 50 06)

Feministische Standpunkte: Krieg, Staat, Nationalismus und Gewalt

Vortragsreihe am Hamburger Institut f. Sozialforschung, Mittelweg 36

Donnerstag, 16. Dezember 1993
Frauen im Krieg
Ulrike Prokop: Einstellungen zum Krieg in der bürgerlichen Frauenbewegung. Regina Schulte: Schwestern an der Front; Krankenpflege im 1. Weltkrieg.

Frauen unterstützen Kriege und nehmen an ihnen teil, sie tun das auf andere Art als die Männer im Militär. Über die Haltung zum Krieg, wie sie von Frauen und von der Frauenbewegung während des 1. Weltkrieges eingenommen wurden, sprechen die Soziologin Ulrike Prokop (Universität Marburg) und die Historikerin Regina Schulte (Ruhr-Universität Bochum).

Montag, 10. Januar 1994
Symbolisierungen
Marianne Schuller: 'Gesetz' und 'Opfer' in modernen Gesellschaften; Silke Wenk: Zwischen Erniedrigung und höchstem Triumph — weibliche Körper als Repräsentation von Staat und Nation.

Eine Geschlechterdifferenz im Verhältnis zu Krieg und Staat entsteht nicht allein im politischen Handeln. Die Literaturwissenschaftlerin Marianne Schuller (Universität Hamburg) und die Kunsthistorikerin Silke Wenk (Universität Oldenburg) beschäftigen sich mit der entscheidenden Rolle des Diskurses über Weiblichkeit, der Verwendung von Weiblichkeitsbildern und des weiblichen Körpers als einem Symbol staatlicher Macht.

Montag 31. Januar 1994
Geschlechterdifferenz und Geschichte
Claudia Optiz: Zwischen Ritterlichkeit und Gewalt. Aspekte kriegerischer Männlichkeit. Sigrid Weibel: Zur Funktion des Geschlechterdiskurses im Gedächtnis des Nationalsozialismus.

In einer Geschichte von Kriegen und Staatsmännern sind Frauen fast unsichtbar. Die Historikerin Claudia Opitz (Universität Hamburg) und die Literaturwissenschaftlerin Sigrid Weigel (Universität Zürich) untersuchen die Rückübersetzung von Geschichte in Natur, die Naturalisierung des Lebens und der Arbeit von Frauen sowie der Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

VIKTOR SUKUP

Demokratie mit Schattenseiten

10 Jahre Demokratie in Argentinien: Ein Interview mit Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel

Adolfo Pérez Esquivel ist Sekretär des Servicio Paz y Justicia (SERPAZ, Friedens- und Gerechtigkeitsdienst), einer Organisation, die in Lateinamerika für die Verteidigung der politischen und sozialen Menschenrechte kämpft. International bekannt wurde Pérez Esquivel, als er 1980 den Friedensnobelpreis erhielt.

Obwohl in Argentinien Mitte der 80er Jahre erstmals in der Geschichte Lateinamerikas die Verantwortlichen der Militärdiktatur (1976-83) vor zivile Gerichte gestellt und verurteilt wurden, ließ sich die Regierung auf Kompromisse mit den ehemaligen Diktaturen ein. Pérez Esquivel war einer der schärfsten Kritiker dieser Entwicklung — vor genau 10 Jahren, im Dezember 1983, mußten die argentinischen Militärs die politische Macht an den gewählten Präsidenten, Raul Alfonsins, abgeben. Die ,,Argentinien Gruppe Stuttgart'' gibt aus diesem Anlaß ein Buch heraus, aus dem wir das nachfolgende Interview, leicht gekürzt, abdrucken.

Wie entwickelte sich das demokratische Zusammenleben der Argentinier nach Jahrzehnten von Intoleranz und chronischer politischer Instabilität?

Esquivel: Ich glaube, dieses demokratische Zusammenleben ist eher formal als real. Es gibt einige Fortschritte in Bezug auf die Teilnahme der Bevölkerung an den politischen, sozialen, kulturellen und gewerkschaftlichen Organisationen, aber andererseits sehen wir von seiten der Regierenden klare Defizite in puncto demokratischer Praxis. Ich würde vor allem sagen, auf der Grundlage der Straflosigkeit für die enormen Verbrechen der Diktatur ist es unmöglich, einen wirklichen demokratischen Prozeß aufzubauen. Wir haben hier eine sehr schwache Demokratie, die unter schwerem Druck zu leiden hat, und zwar nicht nur von seiten der Militärs, sondern auch der herrschenden wirtschaftlichen Interessen. Und dieser starke Druck preßt die Demokratie in eine sehr enge Zwangsjacke hinein.

Was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrifft, so haben ja Alfonsín (Präsident 1983-89) und auch Menem (seit 1989) ihre Regierungen unter sehr prekären Umständen angetreten. Was hätten sie tun sollen?

Esquivel: Es muß da in Rechnung gestellt werden, daß Alfonsín sowohl im Land selbst als auch international ursprünglich sehr viel Zustimmung gefunden hat. Aber schon in diesen ersten Jahren seiner Präsidentschaft, als wir ihn zu unterstützen versuchten, wurde es uns langsam klar, daß er mit den Militärs verhandelt hatte. Ihre Verbrechen sollten von Militärgerichten geurteilt werden statt von den zivilen Bundesgerichten. Aus diesem Grund wollte ich auch nicht an der CONADEP, jener Kommission zur Untersuchung der Fälle der unter der Diktatur verschwundenen Personen, teilnehmen. Weil wir damals schon bei Alfonsín eine allzu konziliante Haltung gegenüber den Streitkräften gesehen haben, während die Bevölkerung, insbesondere die Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte, dringend die Aufklärung der vergangenen Verbrechen als eine Art Reparation und Sühne forderte.

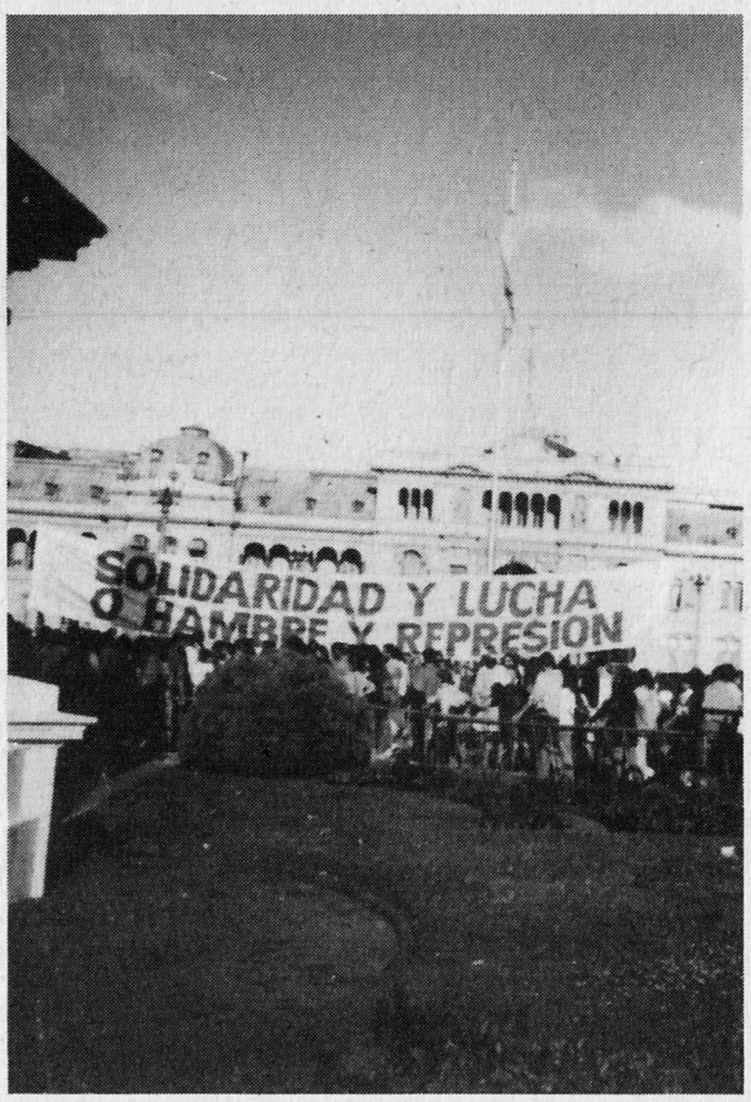
Ich habe es damals Alfonsín gesagt, die Militärs werden sich nicht selbst verurteilen. Schließlich wurde es ja dann auch notwendig, die Sache der zivilen Justiz zuzuleiten, um dem Junta-Chef den Prozeß zu machen. Das war zweifellos eine sehr positive Sache, das erste mal, daß hier Verantwortliche für schwere Menschenrechtsverletzungen vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, aber dazu ist es eher gegen den Willen Alfonsíns gekommen.

Wie ist es dann von dieser exemplarischen Bestrafung der Hauptverantwortlichen zu ihrer stufenweisen Begnadigung gekommen?

Esquivel: Es hat einen sehr starken Druck von seiten der Militärs und auch der herrschenden Kreise der Wirtschaft gegeben, mit mehreren Militärrebellionen, und Alfonsín hat kapituliert, obwohl er sich der Unterstützung durch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sicher sein konnte. Er hat damals verkündet, ,,das Haus sei in Ordnung'', aber er hat mit den Aufständischen verhandelt, und das Haus war in Wirklichkeit völlig durcheinander. Und von da an, würde ich sagen, hat seine Regierung sehr schnell an moralischer Autorität und Durchsetzungskraft verloren. Es kamen dann bald jenes ,,Schlußpunktgesetz'' und dann das ,,Befehlsnotstandsgesetz'', das eine völlig abwegige juristische Entscheidung darstellt. Mit diesem Gesetz könnte man schließlich auch die Naziverbrechen weitgehend rechtfertigen. Das war ausgesprochen unverzeihlich in der Alfonsín-Regierung...

Und wie ging es dann 1989 mit Menem in dieser Sache weiter?

Esquivel: Unter Menem hat es ebenfalls schwere Verletzungen der rechtsstaatlichen Prinzipien gegeben, im Widerspruch zur Unterstützung der Menschenrechte, die er wie Alfonsín vorher proklamiert hatte. Aber nach seinem Machtantritt hat er sich bemüht, alte Differenzen zwischen seiner Bewegung und den Streitkräften beizulegen, und das hat dann bald zur Begnadigung der im Gefängnis verbliebenen Militärs geführt. Sicher, die Verfassung sieht die Begnadigung durch den Präsidenten im Hinblick auf eine gewisse ,,Befriedigung'' des Landes vor, die nirgendwo klar definiert wird. Inso-



fern sind also die Begnadigungen der Junta-Chefs und der anderen Verurteilten legal, nicht aber die von verschiedenen Militärs, denen damals noch der Prozeß gemacht wurde und bei denen Menem mit dieser Maßnahme eine ausgesprochen autoritäre und rechtlich völlig inakzeptable Haltung eingenommen hat. Also, er hat da alle diese Verbrecher befreit, die Prozesse unterbrochen und damit praktisch das argentinische Volk in eine Lage juristischer Vogelfreiheit versetzt. Heute gibt es also in Argentinien so gut wie keine Justiz, die diesen Namen verdient.

Es gibt also in der Praxis keinen Rechtsstaat mehr?

Esquivel: Nein, den gibt es nicht. Und Menem zeigt das mit einer Reihe von autoritären, personalistischen Maßnahmen wie der Erhöhung der Zahl der Richter des Obersten Gerichtshofes, um die Judikative Gewalt völlig unter seine Kontrolle zu stellen. Alles in allem würde ich also sagen, daß beide Regierungen, sowohl die von Alfonsín als auch die von Menem, mit verschiedenen Methoden die Demokratie geschwächt und keinesfalls konsolidiert haben.

Ein demokratischer Prozeß, um einen gewissen realen Inhalt zu haben, müßte auch im sozialen Bereich einige Verbesserungen zeigen. Wie ist hier die Bilanz des Jahrzehnts?

Esquivel: Die Lage hat sich deutlich verschlechtert, in erster Linie wegen der enormen Außenschuld, die auf unserem Land lastet. Dabei ist daran zu erinnern, daß diese ursprünglich privat war, aber dann vom Staat „übernommen" wurde und somit alle Argentinier dafür zu zahlen haben. Wer damals als Zentralbankchef diese astronomische Schuld von einigen Privatleuten auf die Masse der Bevölkerung „überwälzt" hat, ist im übrigen niemand anderer als Domingo Cavallo gewesen, damals hoher Funktionär der Diktatur und heute Wirtschaftsminister unter Menem. Heute also haben alle, insbesondere die zwei Drittel der Bevölkerung, die nunmehr weitgehend am Rande der Gesellschaft leben, für diese neoliberale Politik und ihre Folgen zu zahlen, darunter die steigende Arbeitslosigkeit und die Konsequenzen der Privatisierung nicht nur der Staatsbetriebe, sondern auch der öffentlichen Gesundheits- und Unterrichtssysteme, alles das unter dem Druck der vom Internationalen Währungsfonds diktierten sogenannten „Anpassungspläne". Wir werden immer mehr zu einem Land ohne Produktionskapazitäten, und das führt selbstverständlich zur drastischen Verschlimmerung der sozialen Probleme.

Früher zum Beispiel hat Argentinien, wie man in den Bereichen der UNO und der Weltgesundheitsorganisation nachlesen kann, ein ausgesprochen akzeptables, recht gutes Niveau im Gesundheitsbereich gehabt, heute aber breiten sich längst eingedämmte oder verschwundene Krankheiten wieder aus, wie Tuberkulose, Lepra, die Chagas-Krankheit und sogar die Cholera, eine typische Krankheit des Elends und der Elendsviertel, die ständig wachsen.

Alles das ist letzten Endes Folge der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Diktatur, und die beiden letzten Regierungen haben da nicht effektiv gegengesteuert, auch wenn es unter Alfonsín einige bescheidene Ansätze gegeben hat. Unter Menem verschärft sich das noch drastisch, mit einer rasch steigenden Arbeitslosigkeit als Folge der Privatisierungen.

Im Ausland wurde oft der neuen Demokratie Argentiniens und Lateinamerikas im Allgemeinen heftiger Beifall zuteil, aber wenige haben sich gefragt, ob nicht das Problem der Außenschuld irgendwie gelöst werden müßte, um nicht eben diese Demokratie finanziell abzuwürgen. Gibt es da nicht eine Art Schizophrenie?

Esquivel: Ja, ich meine, die Europäer nehmen allzuoft ihre eigenen Demokratien als Beispiel und glauben, die anderen danach beurteilen zu können. Aber in Bezug auf unsere Region irren sie sich da ganz gewaltig. Hier sind wir erst in einem Übergangsprozeß, der zur Konsolidierung wirklich demokratischer Institutionen führen soll. Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sind ganz einfach die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Von welcher Demokratie können wir reden, wenn es immer mehr Elend, jeden Tag mehr verlassene Straßenkinder gibt? ●

Argentinien-Gruppe Stuttgart (Hg.):
„10 Jahre Demokratie in Argentinien."
Zu bestellen über: BDKJ, Schwabstraße 70 a, 70197 Stuttgart

Neu im iz3w

Heute hier – morgen fort

Das Buch zu Migration, Rassismus und der (Un)Ordnung des Weltmarkts

Inhalt

★ Migration und ihre Debatte
★ Schein und Sein: Migration, Rassismus und der Staat
★ Beispiele zum Weltmarkt für Arbeitskraft
★ Von der Multikultur zum Antirassismus

208 Seiten, für DM 19,–
(+ 3,– DM Porto/Verp.) bei:

Informationszentrum Dritte Welt, Pf 5328
79020 Freiburg
Tel. (07 61) 7 40 03
Fax (07 61) 70 98 66

Buchhandel über Prolit,
35463 Fernwald
ISBN 3-92226312-7

Erneut Folter und Repression in Chile

Die Situation der Menschenrechte im 'demokratischen' Chile ist zunehmend besorgniserregend. Seit dem 10. Oktober 1993 versucht eine Kampagne auf die katastrophale Situation der politischen Gefangenen hinzuweisen.

Nachdem schon im Sommer letzten Jahres die Menschenrechtsberichte von amnesty international und CODEPU, des seit Jahren anerkannten chilenischen 'Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes', auf rund 70 Folterfälle hinwiesen, liegt jetzt eine detaillierte Dokumentation zu Folterungen an politischen Gefangenen seit dem Beginn des 'Demokratisierungsprozesses' vor.

Der Bericht wird von den beiden Unterstützerorganisationen der Kampagne, der 'Coordinadora de Combatientes encarcelados' (= Koordinationsgremium der gefangenen Kämpfer) und der 'Organización de Prisioneros Políticos' (= Organisation der Politischen Gefangenen) versandt. In der ersten der beiden Organisationen sind die MAPU-Lautaro und ein Flügel der Movimiento de Izquierda Revolucionaria vertreten, in der letztgenannten Mitglieder des Frente Patriótico Manuel Rodriguez und eines anderen Flügels der MIR. Die Organisationen sind dem bewaffneten Widerstand zuzurechnen.

Detalliert werden 13 unterschied'iche Kategorien von Folter genannt, die von psychischer Folter (z.B. Drohung mit der Verfolgung von Angehörigen, simulierte Erschießungen etc.) bis zu Elektroschocks oder Vergewaltigungen gehen. Nicht ohne Grund stehen die Formen psychischer Folter an erster Stelle: In den Zeiten der Demokratie stellen sie die 'sauberste' Form der Repression dar. Als Verantwortliche werden in über 53 % der Fälle die Polizei und in 45 % die Geheimdienste genannt. Der Rest entfällt auf die Militärs. Immer wieder wird die DIPOLCAR (Leitung des Geheimdienstes der Polizei) erwähnt, die erst im Mai 1990 mit weitestgehender Unkenntnis der Bevölkerung gegründet worden ist, und deren Aufgabe es ist, den bewaffneten Widerstand zu bekämpfen.

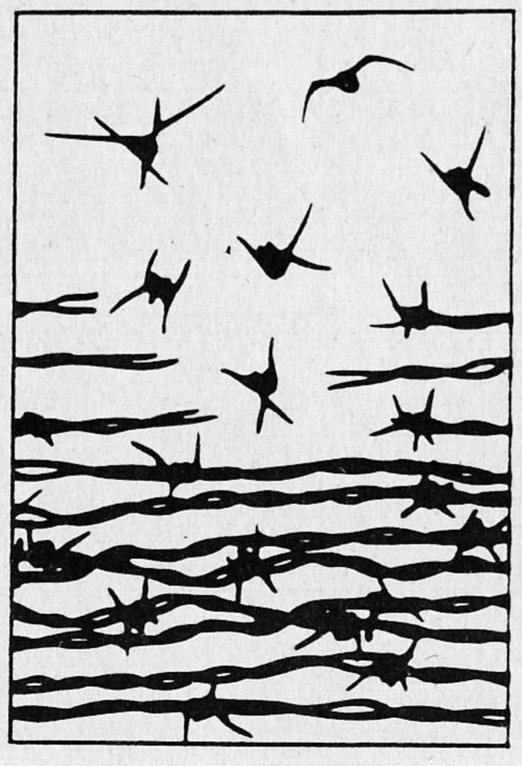
Folter ist zudem eine Methode, die zunehmend bei 'normalen' Delinquenten angewandt wird. Hiram Villagra von CODEPU geht in einem Interview mit der chilenischen Zeitung Punto Final (April 1993) von 700 000 (!) Jugendlichen aus, die seit Beginn der 'Demokratie' lediglich auf Verdacht hin festgenommen wurden und von denen viele den normalen polizeilichen Prozeduren (d.h. Schläge etc.) unterworfen wurden. Villagra befürchtet, daß — ähnlich wie in Argentinien — die Immunität der Menschenrechtsverletzer zu einem weiteren Anstieg der legalen Brutalitäten führen wird.

Chile verstößt mit der Folterpraxis nicht nur gegen die allgemeine Menschenrechtserklärung, sondern auch gegen die von Chile mitunterzeichnete Anti-Folter-Erklärung der UNO. Es besteht das Immunitätsgesetz aus dem Jahre 1978 fort, das allen an Menschenrechtsverletzungen Beteiligten Straffreiheit garantiert. Die Gründung der DIPOLCAR und anderer Geheimdienste gemahnen an das traurige Erbe der diktatorischen CNI und der DINA. Die politischen Gefangenen oder zunehmende polizeiliche Repression weisen genauso unheilvolle Kontinuitäten auf. Fazit: Das heutige politische System Chiles ist zu tief in der Tradition der Diktatur verwurzelt.

Das von der Regierung Aylwin verabschiedete Gesetz 19.047, das dem Schutz der Gefangenen vor Folterungen dienen soll, ist Makulatur. Seine Absicht ist es, den Gefangenen Rechtssicherheit im Moment der Einzelhaft zu garantieren. Auf dem Papier wird ihnen der tägliche Besuch eines Rechtsbeistandes und die Untersuchung durch einen unabhängigen Arzt zugesichert. Außerdem wird dem Richter die Verantwortung für die körperliche Unversehrtheit der Gefangenen übergeben. Dennoch ist die Einzelhaft nach wie vor der Moment, in dem die Gefangenen die größte Gefahr laufen, gefoltert zu werden.

Die Kampagne „Für die Freiheit, das Leben und gegen die Folter der politischen Gefangenen Aylwins" setzt sich für die Gleichbehandlung aller Gefangenen und gegen die Folter ein. Sie wird bis zum internationalen Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 1993, fortgeführt.

BORIS SCHARLOWSKI



Der Fall des „verschwundenen" Alfonso Chanfreau — ein beispielhafter Menschenrechtsprozeß in Chile

1974 wurde der chilenische Student Alfonso Chanfreau von der Geheimpolizei verhaftet. Nach wochenlangen Folterungen „verschwand" er. Spuren weisen auf die von Deutschen bewohnte Siedlung Colonia Dignidad in Südchile. 1992 machte in Chile der „Prozeß Chanfreau" von sich reden. Von den etwa 100 Menschenrechtsprozessen, die nach Ende der Pinochetdiktatur in Chile durchgeführt wurden, was er der wichtigste. 1993 wurde wegen dieses Prozesses erstmalig in der Geschichte des Landes ein Richter des Obersten Gerichtshofes abgesetzt.

Die Dokumentation „Der Prozeß Chanfreau" ist ein Beitrag dazu, wie Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt werden und zukünftige Menschenrechtsverletzungen verhindert werden können.

Bezug: Evangelischer Pressedienst — epd-Dokumentation, Postfach 50 05 50, 6000 Frankfurt am Main 50 (28 Seiten, DM 5,— plus Porto)

ULLA PETERS

Wer soll sich wie und wohin entwickeln?

Überlegungen zur Weiterführung der feministischen Subsistenzdebatte

Seit ihren Anfängen in den 70er Jahren haben die theoretischen und politisch praktischen Diskussionen um den sog. „Subsistenzansatz" vor allem Ressentiments, Gegen- und Abwehr und wenig Unterstützung in linken und feministischen Kreisen mobilisiert. Dabei sind zentrale analytische Einsichten bis heute unwiderlegt, gewinnen vielmehr täglich an Plausibilität und damit an Brisanz für die Orientierung sozialer Bewegungen in den Metropolen. Weder die „Potenzrhetorik" verschiedenster Provenienz noch die „siegestrunkene Immanenz" (Braunmühl 1993) vieler Linker, die nicht zuletzt an deren internationalem „Interventionsgebaren" sichtbar wird, vermögen in letzter Konsequenz über die realen Probleme und katastrophischen Konsequenzen des patriarchalen Weltkapitalismus hinwegzutäuschen, geschweige denn politisches Handeln in den Metropolen zu orientieren.

Umso unverständlicher bleibt nach wie vor, daß sich gerade diejenigen, die im Kontrast dazu den Kapitalismus immer noch als Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhang zum Thema machen, nur in absoluten Ausnahmefällen auf die in der Subsistenzdebatte entwickelte Analyse des Weltkapitalismus beziehen. Ebenso richtet sich ein Großteil der gegen den Ansatz vorgebrachten Kritik auch weniger auf die Analyse als vielmehr auf die politischen Konsequenzen (z.B. Befreiung vom Konsum/ Mies), die daraus zu ziehen sind und gezogen werden. Es ist für die weitere politische Diskussion lohnend auf die Einwände und Argumente einzugehen, die feministisches (und linkes) Selbstbewußtsein, deren Grundüberzeugungen und Traditionen im Kern berühren. Dazu gehören das Politik- und Emanzipationsverständnis und damit die Frage nach Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung, sowie die Konzeption des gesellschaftlichen Naturverhältnises.

Den Ausgangspunkt der sog. Subsistenzdebatte bildet eine fundamentale Kritik am Begriff von Produktivität, der die entwicklungspolitischen Diskussionen der 70er und 80er Jahren strukturierte und die Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung maßgeblich bestimmte. Die feministische Kritik verweist und besteht darauf, daß nicht allein der Ausbeutung von (Lohn-)Arbeit zentrale Bedeutung für die Analyse kapitalistischer Vergesellschaftung zukommt. Vielmehr ist die Produktion von Waren in ihrem Verhältnis zur Gesamtheit gesellschaftlicher Subsistenz und Subsistenzarbeit wesentlich für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise (Bennholdt-Thommsen u.a. 1983). E. Boserup zeigte, daß die Frauen die Subsistenzproduktion inmitten einer kapitalistischen Entwicklung in vielfältiger Weise weitertragen. Im Kapitalismus wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht aufgehoben, sondern auf neuem Niveau (re-) konstituiert (Lenz 1988). Im Unterschied zu Boserup gehen in der Folge insbesondere Werlhof (1979) und Bennholdt-Thommsen (1979) weder davon aus, daß verschiedene Produktionsweisen nebeneinander existieren, noch daß sie aufeinanderfolgen. Vielmehr arbeiten sie die funktionale Bedeutung von Subsistenzarbeit verschiedener Ausprägung (z.B. Hausarbeit; Arbeit von Bäuerinnen und Bauern in der dritten Welt) für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft heraus. Zur Produktion von Waren und gleichbedeutend damit zur Etablierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ist die Ausbeutung und Zerstörung von Subsistenz die conditio sine qua non (Bennholdt-Thommsen 1979). Auch im entwickelten Kapitalismus, so die These, wird diese Produktionsweise nie die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz zu schaffen in der Lage sein, sondern strukturell auf „ursprüngliche Akkumulation", auf Raub, Gewalt und „Sklaverei" angewiesen bleiben.

Diese These ist keineswegs gleichzusetzen mit der Konstruktion einer geschlossenen Welt, die nur eine Logik kennt (von Braunmühl 1992), sondern es heißt, sich in der feministischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse überhaupt noch auf einen Begriff von Kapitalismus zu beziehen. Es ist ja der originäre theoretische Beitrag der Subsistenztheoretikerinnen, gezeigt zu haben, daß der Kapitalismus keineswegs aus sich selbst heraus, als geschlossenes System „lebt". Dann wäre Emanzipation oder eine gesellschaftliche Veränderung erst gar nicht denkbar. Der Kapitalismus vernutzt und zerstört eben gerade jene im weitesten Sinne „Naturqualitäten" der Menschen, der Tiere, der Pflanzen und der sonstigen Natur, die er selbst nicht zu produzieren imstande ist und selbst mit Gentechnik auch zukünftig zu produzieren nicht fähig sein wird.

Die emanzipatorische Vision, die sich an diese Analyse knüpft, heißt Befreiung der Subsistenz aus der kapitalistischen Zurichtung und heißt nicht, im Sinne eines konkretistischen Fehlschlusses, zurück aufs Land oder Aufhebung aller gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Diese Analyse bedeutet weiterhin, daß die Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung und Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise weitgehenden Restriktionen unterliegen, wie dies inzwischen auch für Menschen in den Metropolen alltags- und lebensweltlich überprüfbar wird:

- Gleichheit wird für alle Menschen nicht zu erreichen sein, weil die auf vielfältige Weise konstruierte Ungleichheit (Waller-

stein/Balibar 1992/Hirsch 1993) von Menschen eine notwendige Voraussetzung ihrer Ausbeutbarkeit ist; d.h. auch Menschenrechte werden nach ökonomischen Erfordernissen zugestanden oder nicht. Aus dieser Erkenntnis erklärt sich die Reserviertheit der Subsistenztheoretikerinnen gegenüber universalistischen Gleichheitsforderungen, die ihnen viel Kritik und insbesondere immer wieder den Vorwurf des „Abschieds von der Emanzipationslogik" (Klinger 1988) und eines „Auszugs aus der Moderne" (Lenz 1988) und deren „aufklärerischen und zivilen Traditionen" eingebracht hat. Auf der anderen Seite kritisieren wiederum gerade Schwarze Feministinnen einen „weißen, mittelschichtorientierten und eurozentrischen Feminismus" (Joseph 1993), der sich in Quotierungsforderungen ergeht und die Lebenswirklichkeit und Diskriminierungserfahrungen westlicher Mittelschichtsfrauen kritiklos verallgemeinert.

Gleichstellung läßt sich in der Tat, solange sie lediglich als reformistische Forderung erhoben wird und in ihrer Theorie und Praxis auf die kapitalistischen Metropolen eingegrenzt wird, nur auf dem Rücken anderer verwirklichen.

● Lohnarbeit bzw. existenz- (subsistenz-) sichernde Erwerbsarbeit für alle Menschen ist ebensowenig erreichbar wie Gleichstellung; nach wie vor sichern weit mehr Menschen auf der Welt ihr Überleben außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen als in und mit diesen. „Nicht 10% freie Lohnarbeiter, sondern 90% unfreie Nichtlohnarbeiter sind die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren 'Produzenten', sind die 'Norm', der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet" (Werlhof, 1991/120).

Es gibt kein Nebeneinander verschiedener Produktionsweisen, sondern verschiedene Grade der Subsumtion von Gesellschaften unter das Kapitalverhältnis. Diese Einsicht ist nicht zuletzt mit dem weitgehenden Scheitern der bisherigen entwicklungspolitischen Konzepte verbunden. Ein „Aufholen" und ein Nachvollzug „metropolitaner Entwicklungsmuster" und -wege ist aussichtslos (Hirsch 1993).

● Der Konsumismus als ein wesentlicher Aspekt der hegemonialen Kultur des Kapitalismus führt zu einer Verwahrlosung sozialer Verhältnisse, weil er eine Endlosigkeit menschlicher Bedürfnisse und die Beliebigkeit sozialer Beziehungen unterstellt (v. Werlhof 93); wobei deren ökonomische Notwendigkeit für viele Menschen schon aus den immer fragloser hingenommenen Mobilitätszwängen entsteht. Luisa Francia (1993) hat an den Freiheitsvorstellungen und Sicherheitsempfindungen ähnlich Bemerkens- und Bedenkenswertes über die weltanschaulichen und kulturellen Mechanismen der psychischen und affektiven Einbindung der Menschen (gerade auch der linken und feministischen) in die Metropolenwirklichkeiten herausgearbeitet.

Entwicklung im Kapitalismus bedeutet Gleichzeitigkeit und Gleichursprünglichkeit von Entwicklung und Unterentwicklung.

Angesichts dieser schweren Beschädigungen der Vorstellungen von Entwicklung und angesichts der Einsicht in die Nutzlosigkeit und Schädlichkeit gesellschaftlicher Modelle, verabschieden wir uns besser von dieser Idee samt ihrem Ballast. Statt an Entwicklung sollten soziale Bewegungen, sollte Politik am Leben und Überleben orientiert sein. Wenn die Metropolen nicht recht bald eine Form des Überlebens finden, die weltweit weniger Leben kostet, erübrigt sich letztendlich jede weitere darüberhinausgehende politische Anstrengung.

Welche Perspektive bietet dabei die Subsistenzdebatte für eine politische Orientierung am Überleben?

Die Einsicht, daß der patriarchale Kapitalismus sich nicht selbst abschaffen wird und daß dies auch nicht mithilfe der in diesem Rahmen zur Verfügung stehenden politischen, ökonomischen und institutionellen Instrumentarien gelingen kann, schützt vor politischer Naivität und verzweifeltem Aktionismus. Der Kapitalismus konstituiert und erhält sich als „soziales Gewaltverhältnis" und nicht zum Wohle der Menschheit.

Die Subsistenzperspektive formuliert kein Programm, keine politischen Vorschläge, die nicht durch die politische Praxis zu verändern wären, keine Politik von oben, keine Anleitung zum Umsturz der Verhältnisse. Das genau macht sie für viele (vielleicht auch für viele Männer) recht unattraktiv, weil sie trotz des Scheiterns aller Programme immer noch ihr politisches Selbstverständnis an der Existenz von Programmen ausrichten. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die Subsistenzdebatte ab dem Punkt, wo es um mehr und anderes geht als um eine agrarökonomische Umstrukturierung der Wirtschaft, um Forderungen nach Veränderung der terms of trade und nach internationaler Solidarität oppositioneller Bewegungen (Thielen 1993) eine Auseinandersetzung ist, die fast ausschließlich von Frauen und Menschen aus dem Trikont geführt wird.

Eine Subsistenzperspektive bietet eine mögliche Orientierung für eine Politik von unten, die in den Metropolen und an den Privilegien und Ängsten der MetropolenbewohnerInnen ansetzt. Ersteinmal geht es nicht um ein Konzept für Veränderungen im Trikont, sondern um Veränderungen hier und jetzt, die auf dem Hintergrund einer nicht ausbeuterischen internationalen Arbeitsteilung formuliert sind. Es geht um die Benennung der Verantwortlichen für die herrschende Weltwirtschaftsordnung und nicht um eine Umkehr der Verantwortlichkeiten, wie dies seit einiger Zeit gerade bei Entwicklungstheoretikern Sitte wird. Auch in der Subsistenzdebatte sollte die dritte Welt nicht erneut „als Projektionsfläche herhalten für Phantasien" (Mármora 1992), die in den Metropolen undurchsetzbar und unrealistisch und für diese auch nicht gewollt sind. Deshalb verstellt meist jede „Romantisierung" aktueller Bereiche von Subsistenzproduktion den Blick für den tatsächlichen Grad an Ausbeutung, der in ihr stattfindet.

Es wird kein Zurück zur Subsistenz, sondern nur eine Politisierung der Subsistenz geben.

„Die Subsistenz zu politisieren heißt, das gesellschaftlich vorhandene Überlebenswissen aus seiner kompensatorischen Funktion für die Aufrechterhaltung der Warenproduktion zu befreien, es kreativ umzuformen und auf die Bearbeitung der sozialen und ökologischen Weltprobleme anzuwenden. Dabei ist nicht zu sehen, warum Arbeitsteilung und Ausbeutung voneinander untrennbar sein sollten." (Stolz 1993) ●

JOACHIM HIRSCH

Nationalstaat, Nationalismus und der Verlust der Räume

Die Ära des Nationalstaats sei zu Ende, heißt es angesichts wachsender Globalisierungstendenzen, und gleichzeitig wabern weltweit die nationalistischen Konflikte, blühen Rassismus und Chauvinismus, wird angesichts weltweiter Migrations- und Fluchtbewegungen nationale Zugehörigkeit zu einem immer zentraleren Konfliktpunkt. In der Tat scheint das „Dazugehören", sei es zu einer Wohlstandsinsel, einer Sicherheitszone, einer „Wertegemeinschaft" oder zu einem kulturellen Milieu zu einer immer prekäreren Existenzfrage zu werden.

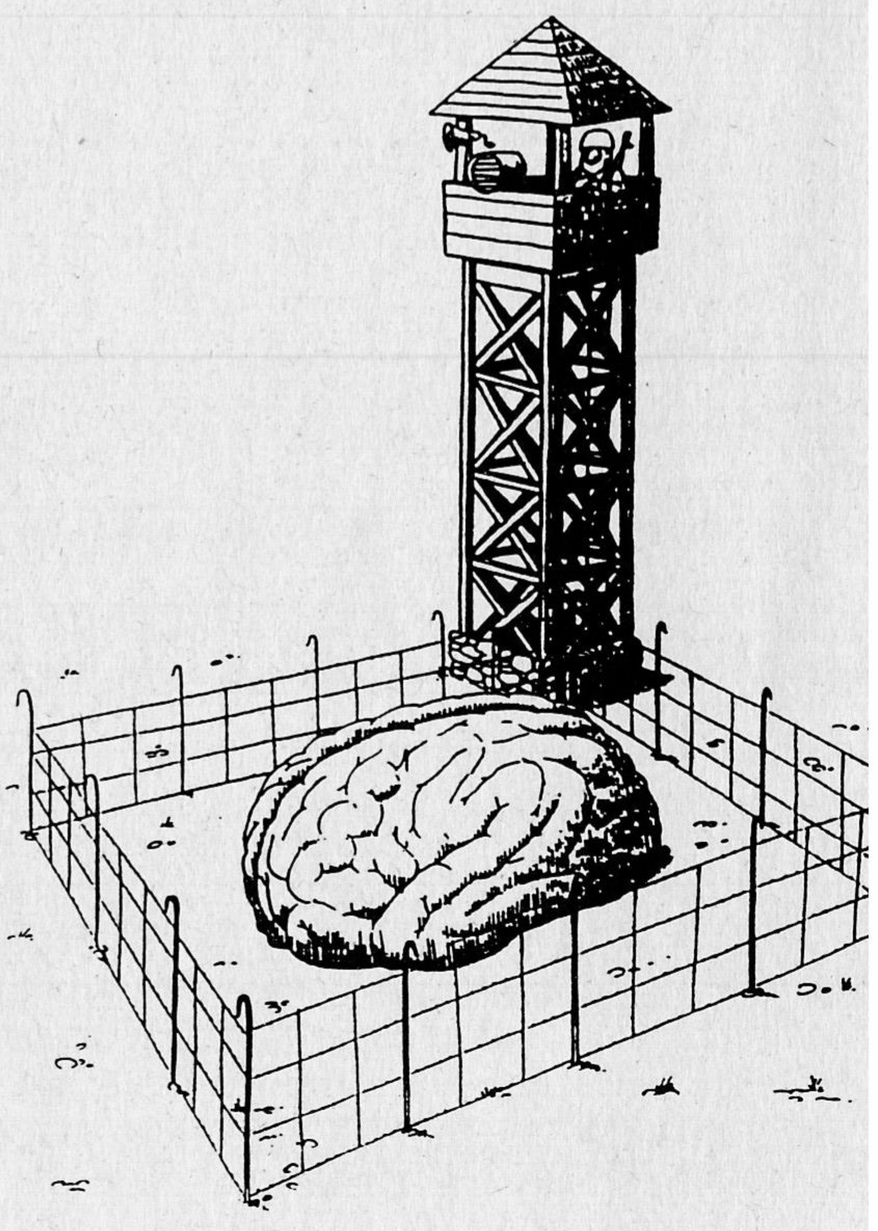
Soziale Zugehörigkeit ist jedenfalls nicht mehr so selbstverständlich wie einst, als die Welt der Staaten und Klassen noch geordnet schien. Der Raum der Gesellschaft, die räumliche Ordnung menschlicher Beziehungen, die Orte des Dazugehörens sind fragwürdig geworden. Nun existiert jede Gesellschaft im Raum und gleichzeitig werden Räume gesellschaftlich erzeugt, d.h. die soziale Stellung hat immer auch einen räumlichen Bezug (z.B. die „besseren" Viertel, der „Nord-Westen" der derzeitigen Welt). Dieser Zusammenhang scheint durch die aktuellen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse unsicher zu werden, gar verloren zu gehen. Nicht nur die aktuellen Massenfluchtbewegungen deuten darauf hin, daß die gesellschaftliche Existenz der Menschen droht, immer mehr raum- und damit tatsächlich bodenlos zu werden.

Räume sind gesellschaftliche Konstrukte und eine komplexe Gesellschaft prägt unterschiedliche Räume aus: Nachbarschaften, Viertel, Währungsgebiete, Sprach-und Kulturregionen, Stadt und Land, Staaten, Wirtschaftsräume, Tarif- und Telefongebührenzonen. Diese Räume sind keineswegs dekkungsgleich und wohlgeordnet, sondern widersprechen und überlappen sich, passen zusammen oder schließen sich aus. Die Vielfalt gleichzeitig existierender Räume ist sozusagen ein Konstruktionsprinzip der modernen Gesellschaft. Wenn diese in Krisen- und Umbruchphasen gerät wie gerade jetzt, verschiebt sich auch das jeweilige Raum-Gesellschafts-Gefüge.

Unterscheiden wir einmal ganz grob ökonomische, politische und sozio-kulturelle Räume. Ökonomische Räume sind definiert durch die Dichte der Austauschverhältnisse, den geltenden Währungsstandard oder die Reichweite unternehmerischer Verfügungsgewalt, politische durch die von staatlichen Machthabern und Machtapparaten gezogenen territorialen Grenzen und sozio-kulturelle durch regionale Gemeinsamkeiten von Sprache, Gebräuchen und Wertvorstellungen. Diese Räume stehen in einem durchaus widersprüchlichen Verhältnis zueinander. So haben sich etwa die existierenden „National-" Ökonomien immer zugleich innerhalb und gegen den Weltmarkt, in und gegen existierende Herrschaftsräume entwickelt. Die Räume sind aber auch in spezifischer Weise aufeinander bezogen, insofern z.B. der „politische Raum" einer funktionierenden Demokratie eine gewisse Übereinstimmung mit dem sozio-kulturellen, d.h. die Existenz halbwegs gemeinsamer Normen und Werte voraussetzt. Multinationale Unternehmungen, deren Funktionsraum gegebenenfalls der ganze Globus ist, gelten heute als besonders hervorstechende Beispiele für das fortschreitende Auseinanderfallen von ökonomischem und staatlich-politischem Raum. So neu ist das allerdings nicht. Der moderne Nationalstaat hat es mit seinen gewaltgestützten Homogenisierungs-, Standardisierungs- und Normalisierungsbemühungen niemals vermocht, die verschiedenen Räume in Übereinstimmung zu bringen: weder hat die Durchsetzung einer Standardsprache regionale Idiome und Dialekte beseitigt, noch ist es jemals gelungen, mit den staatlichen Grenzen völlig übereinstimmende „National-Ökonomien" zu schaffen. Ökonomisch-kulturelle Gegensätze wie zwischen Nord- und Süditalien, Katalonien und Andalusien, dem Ruhrgebiet und Mecklenburg, Lothringen und dem Baskenland oder dem US-amerikanischen „frost-" und „sun"-belt gibt es überall. Dies ist übrigens ein allererster Einwand gegen alle Versuche, „Nation" entweder ökonomisch oder ethnisch-kulturell, als „Volksgemeinschaft" zu definieren.

Gegenwärtig scheint es nun aber so, als treibe die Krise des zu Ende gegangenen „fordistischen" Kapitalismus und die mit ihr verbundene Globalisierungs- und Internationalisierungstendenz — die nunmehr reale Herstellung des „Weltmarkts" — diese räumlichen Gegensätze und damit die widersprüchliche Bestimmung räumlich-sozialer Zugehörigkeiten auf die Spitze.

Diese historische Phase der kapitalistischen Entwicklung, die das 20. Jahrhundert entscheidend geprägt hat, war zunächst durch eine deutliche Tendenz zur Vereinheitlichung „nationalstaatlicher" Räume gekennzeichnet: die Arbeiterklasse der kapitalistischen Zentren erkämpfte sich demokratische Beteiligungsrechte sowie soziale Sicherheiten und verwandelte sich damit allmählich von einer Klasse „vaterlandsloser Gesellen" in integrierte „Staatsbürger" (und allmählich sogar „-innen"). Damit konnte sich die bürgerlich-kapitalistische



Gesellschaft zum ersten Mal quasi klassenübergreifend als „Eine Nation" innerhalb der gezogenen staatlichen Grenzen begreifen — eine Vorstellung, die dem frühbürgerlichen Bewußtsein gar nicht so selbstverständlich war. Die den Fordismus kennzeichnende „innere Landnahme" (B.Lutz), d.h. das wesentlich auf Massenproduktion und Massenkonsum gerichtete Wachstumsmodell und der damit verbundene Ausbau des modernen Interventionsstaats ließ überhaupt erst geschlossene „National"-Ökonomien im strikteren Sinne entstehen: auf die Entfaltung des inneren Markts konzentriert, damit sektoral und regional homogener werdend und in starkem Maße politisch gesteuert.

Unter dem Schirm einer von den USA garantierten internationalen Währungsregulierung (das nach dem zweiten Weltkrieg etablierte „Bretton-Woods-System") wurde nun auch eine relativ autonome staatliche Geldregulierung als Grundlage einer erfolgreichen staatlichen Interventionspolitik möglich. Und schließlich führte die Entwicklung der Transport- und Verkehrssysteme sowie der Massenkommunikationsmittel zur Entstehung und Verbreitung einer standardisierten Massen(konsum)kultur, die regionale Besonderheiten und traditionelle Milieus zwar nicht auslöschte, aber doch stark zurückdrängte. So wie der in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sich entwickelnde Fordismus eigentlich erst die volle Durchsetzung des Kapitalismus — genauer die Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses, die weitgehende Einbeziehung der Arbeiterklasse in das Kapitalverhältnis und das Verschwinden traditioneller Produktionsweisen und Sozialmilieus — mit sich brachte, so vollendete er in gewissem Sinne auch erst den Nationalstaat als Einheit von ökonomischem, politischem und sozio-kulturellem Raum — gewiß nicht vollständig, aber als starke, das gesellschaftliche und politische Bewußtsein, die herrschenden Wertvorstellungen und politischen Orientierungen bestimmende Tendenz. Die Hegemonie der USA, die nach dem zweiten Weltkrieg ihr Gesellschaftsmodell zum weltweit beherrschenden machen konnten und der alles überwölbende Ost-West-Konflikt sorgten im übrigen dafür, daß die globale Nationalstaatenwelt einigermaßen geordnet blieb.

Daß die Durchsetzung des Fordismus zugleich die Voraussetzungen für eine rasch fortschreitende Internationalisierung des Kapitals schuf und dies wiederum eine der wesentlichen Ursachen dafür war, daß diese historische Phase des Kapitalismus in den siebziger Jahren in eine tiefe Krise geriet, kann hier nicht ausführlich erläutert werden.

Entscheidend ist, daß damit alle ökonomischen, politischen und sozialen Konstellationen, die das Bild des 20. Jahrhunderts prägten, verlorengegangen sind: die ökonomische Dominanz der USA steht in Frage, die Sowjetunion und mit ihr das „sozialistische Lager" sind verschwunden, die Globalisierung des Kapitals schreitet in wachsendem Tempo voran und damit löst sich auch immer mehr die ökonomische, politische und sozio-kulturelle Einheit auf, die einstmals dem nationalstaatlichen Raum und der Staatsbürgerschaft Materialität verlieh. Die Krise des Fordismus markiert auch das Ende der großen und umfassenden, ökonomischen und politischen Blöcke. Die globale Landkarte wird bunter und unübersichtlicher, die Räume beginnen zu verfließen.

Dies hat eine wesentliche Ursache: Die rasante Entwicklung der Verkehrs- und Informationstechnologien läßt nicht nur Entfernungen und Zeiten zusammenschmelzen, sondern gestattet es multinational operierenden Unternehmen, ihre Aktivitäten raumzeitlich in globalem Maßstab zu „flexibilisieren". Die räumliche Zerlegung unternehmerischer Funktionen ist zu einer entscheidenden Rationalisierungs- und Profitmaximierungsstrategie geworden: Arbeitskräfte, Forschungslandschaften, materielle Ressourcen oder Deponiekapazitäten werden dort ausgebeutet, wo sie am billigsten und sichersten zu haben sind. Nicht mehr die räumliche Entfernung, sondern Kosteneffizienz und kalkulierbare Verfügbarkeit sind maßgeblich. Deshalb verteilen sich Direktionszentren, Fertigungsanlagen, Forschungslabors und Finanzabteilungen längst über alle nationalen Grenzen hinweg. Der soziale Raum eines Frankfurter Finanzmanagers, der jeden Tag in engem Kontakt mit Kollegen in New York und Tokyo steht, prägt sich eben anders aus als der einer Bandarbeiterin in einem südostasiatischen Montagebetrieb oder der eines deutschen Facharbeiters mit Eigenheim und

Kleingarten, der die Stillegung seines lohnkostenintensiven Arbeitsplatzes befürchten muß. Dem alternativen Yuppie im Frankfurter Nordend mit Flughafenanschluß liegt San Francisco gewiß näher als Zeilsheim.

So flexibel das Kapital, so erzwungenermaßen mobil die Arbeitskräfte. Sie stehen nicht mehr nur unter dem Druck, zum Kapital zu wandern wie in den früheren Zeiten der Arbeitsemigration, sondern das Kapital kommt durchaus auch zu ihnen, wenn die Bedingungen günstig, was heißt die Gewerkschaften schwach, die sozialen Sicherungen karg und die politischen Verhältnisse „stabil" sind. Wo das nicht der Fall ist, droht in immer größeren Teilen der Welt das ökonomische Desaster oder der Zwang zum Wegzug.

Je liberalisierter und offener die Kapital-, Waren-, Geld- und Finanzmärkte sind, die „freie Marktwirtschaft" also weltweit regiert, desto enger wird der politische Spielraum der einzelnen Staaten. Soziale Gesetzgebungsmaßnahmen, Variationen der Zins- oder Steuersätze, nicht zuletzt Wahlergebnisse können unkontrollierte Reaktionen auf den politisch nicht mehr gesteuerten Währungs- und Finanzmärkten hervorrufen und schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten erzeugen. Die Gewährleistung räumlicher „Standortvorteile" für das frei flottierende internationale Kapital wird dadurch zur entscheidenden Leitmaxime nationalstaatlicher Politik. An dieser strukturellen Einschränkung staatlicher Souveränität laufen demokratische Prozesse mehr und mehr auf. „Standortsicherung" geht vor jedes gesellschaftliche Einzelinteresse, ausgenommen das des internationalen Kapitals. Der Nationalstaat, einst Raum und Rahmen für Kämpfe um demokratische Beteiligung und soziale Sicherung, verliert diese Bedeutung immer mehr. Zum „nationalen Wettbewerbsstaat transformiert, erweist er sich allmählich sogar als Hindernis für die Erhaltung einmal erreichter demokratischer Verhältnisse. Das Auseinanderfallen von ökonomischem und politischem Raum verkehrt zugleich deren Bedeutung.

Dennoch verschwindet der Nationalstaat nicht und der Gedanke an seine Überwindung muß sich umso mehr als Illusion erweisen, je globalere Dimensionen der Kapitalismus annimmt: die nationalstaatliche Form von Politik bleibt fundamentaler Bestandteil des Kapitalverhältnisses, der Konkurrenz und der Regulierung der Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse. Die Globalisierung des Kapitalismus beruht gerade auf der Vielzahl konkurrierender Nationalstaaten und der sich dadurch herausbildenden Ungleichheiten, etwa der Löhne, der Infrastrukturen, der Umweltgesetzgebung usw. Die multinationalen Unternehmungen, die scheinbar das nationalstaatliche System sprengen, operieren in Wirklichkeit auf eben dieser Grundlage. Globalisierung heißt also nicht, daß nationale Grenzen weltweit fallen, sondern daß sie eine neue Bedeutung bekommen.

Was also geschieht, ist eine radikale Veränderung der Form und Funktion des Staatensystems. Je weniger die Staaten fähig sind, die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" innerhalb ihres Territoriums mittels herkömmlicher staatsinterventionistischer Mittel zu gewährleisten und je aussichtsloser die Versuche einer umfassenden internationalen politischen Regulierung des globalen Kapitalismus werden, d.h. je mehr die ökonomischen Prozesse von konkurrierenden Multis, transnationalen Banken und Finanzinstitutionen gesteuert werden, desto deutlicher prägen sich ökonomisch-soziale Räume quer zu den nationalstaatlichen Grenzen aus.

Nicht nur ist die traditionelle Unterscheidung von „erster", „zweiter" und „dritter Welt" längst hinfällig, stehen Drittweltquartiere etwa in New York oder Los Angeles aufstrebenden ostasiatischen „Tigern" gegenüber, drohen ganze Kontinente ins strukturelle Abseits ohne jede „Entwicklungs"-Chance zu geraten. Gerade auch innerhalb der kapitalistisch entwickelten Länder nehmen die sozialen und regionalen Differenzen zu, verschärft sich die Polarisierung ökonomisch niedergehender und prosperierender Zonen. Auch im reichsten Land der Welt schreitet die räumlich-soziale Ausgrenzung voran und sind Elendsquartiere keine Ausnahmeerscheinung mehr. Die gewohnte räumliche Ordnung zerfällt: In jeder Großstadt leben Menschen zusammen, deren ökonomisch-soziale Räume extrem auseinanderklaffen: zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten qualifizierter Angestellter multinationaler Konzernzentralen, den Resten traditioneller Arbeiterquartiere und Immigrantengettos liegen oft nur wenige Meter, aber soziale und kulturelle Welten. Der postmodernen Entdeckung der kleinen Gemeinschaften, der Regionalität und Lokalität entgeht, daß diese in ihrer konkreten Ausprägung ein Produkt des globalen Kapitalverhältnisses sind, das sich den Individuen gegenüber als immer weniger beeinflußbarer und durchschaubarer Zusammenhang darstellt.

Je mehr sich diese Differenzierungen durchsetzen und je deutlicher soziale Degradierung, ökonomische Abhängigkeit und politische Repression der Herausbildung weniger Wohlstandsinseln gegenübersteht, desto stärker werden die erzwungenen Wanderungs- und Fluchtbewegungen: aus Krisen- und Kriegsgebieten, in die ökologisch und gesellschaftlich vor dem Kollaps stehenden Megastädte der Peripherie, von Süd nach Nord und von Ost nach West. Sozial und politisch gesehen ist der sich globalisierende Kapitalismus weit davon entfernt, politisch und sozial „eine" Welt zusammenwachsen zu lassen. Was vielmehr wächst, sind die militärisch und polizeilich gesicherten Mauern: um innerstädtische Nobelquartiere und Luxuseinkaufszentren herum, zwi-

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Steuerzeichen
Über EDV-Mythen (Heft 49)

Kantel: Technisierung kommunaler Sozialarbeit. Vom Ende eines Mythos ● *Berger / Hoppe-Kiaup:* Das Projekt PROSOZ (Bremen). Ein Versuch, die Sozialhilfeverwaltung zu verändern ● *Kirchlechner:* Beratungsprogramme für Betroffene? ● *Vogelgesang / Wetzstein:* Die Vervielfältigung der Kommunikation in Computerkulturen ● *Scherer:* Selbstwert und Computer. Wirklichkeitserfahrung im Umgang mit Computern ● *Bolay:* Herr der Lage, Knecht der Dinge? Subjektivierungsgewinne durch EDV-Innovationen bei Beschäftigten in der Sozialen Arbeit ● Magazin

110 Seiten, DM 16,—

Alte Menschen — zwischen Norm und Selbstbestimmung (Heft 48)

Dießenbacher: Jenseits von Kompetenz und Defizit. Jean Améry oder: Wie die Dialektik von Revolte und Resignation aus der herrschenden Gerontologie verschwindet ● *Dörr:* Die unsichtbare Pflege. Gesellschaftliche und individuelle Verdeckungen im Umgang mit der häuslichen Pflege-Arbeit von Frauen ● *Meinhold:* Altersbilder. Zwischen Diskriminierung und Idealisierung ● *Ebberfeld:* Vermessene Alterssexualität bei Frauen. Abbild oder wissenschaftliche Vorstellung? ● *Kraetsch / Richter / Seering:* Senioren in Rostock. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung ● *Petersen:* Vier vor, zwei zurück... Gemeinschaftliche Wohnformen im Alter ● *Köhler:* Im Zentrum der Medizin. Bericht von einer Intensivstation ●Magazin

108 Seiten, DM 16,—

1 + 1 = 1 Ab- und Entwicklung in Deutschland (Heft 47)

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

schen Ost- und Westeuropa, Nord- und Südamerika. Nicht nur an der Oder, sondern auch auf dem amerikanischen Kontinent beginnt die neue Raummatrix ihr Gesicht zu zeigen: die eben ausgehandelte Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexico soll die ungehinderte Beweglichkeit von Waren und Kapital herstellen, während bewaffnete Grenzbefestigungen die Hungernden aus dem Südteil dieses „größten gemeinsamen Markts" aussperren — mit Todesopfern, die die an der einstigen innerdeutschen Mauer längst übersteigen. Die Grenze am Rio Grande garantiert Mexicos Nationalstaatlichkeit, dem US-Kapital aber billige Arbeitskräfte und ausbeutbare ökologische Ressourcen.

Unter den Bedingungen einer fortschreitenden Globalisierung des Kapitals scheint das zukünftige Bild der Welt also weniger durch politische und soziale Einheit als durch ein konfliktorisches System von „Wettbewerbsstaaten" geprägt zu werden, die — um „Standortvorteile" für das global agierende Kapital konkurrierend — durch wachsende interne Polarisierungen und einen schleichenden Autoritarismus selbst da charakterisiert sind, wo die parlamentarisch-demokratischen Institutionen noch einigermaßen intakt sind. Und um sie herum wächst das politische und ökonomische Chaos, drohen Kriege, Elend und Repression. Soziale Ausgrenzung nach innen wie außen wird zu ihrem Konstitutions- und Funktionsprinzip. Immer weniger werden die Lebensbedingungen der Menschen durch nationale Zugehörigkeit definiert. Das Prinzip der „Einen Nation", das zumindest in den Zentren des Kapitalismus im 20. Jahrhundert den nationalstaatlich definierten gesellschaftlichen Raum geprägt hatte, gehört wohl endgültig der Vergangenheit an. Ökonomisch-soziale Ausgrenzungsprozesse überlagern immer mehr die herkömmliche Raummatrix. Die Gesellschaft „enträumlicht" sich in dem Sinne, daß unter der Wirkung eines global organisierten, durch nationale Grenzen immer weniger beschränkten Kapitalverwertungsprozesses die ökonomischen Beziehungen und Verflechtungen sich gegenüber räumlichen Fixierungen „flexibilisieren" und verselbständigen. Damit polarisieren sich ökonomische, politische und sozio-kulturelle Räume und geraten immer deutlicher miteinander in Widerspruch.

Diese Entwicklung zeitigt ihre eigenen politisch-ideologischen Reaktionen: Wohlstandschauvinismus, Rassismus, Regionalismus und Nationalismus beherrschen nach dem vielbejubelten Ende der „großen Ideologien" das Terrain der Nach-Kalte-Kriegs-Welt. Ökonomisch privilegierte Räume werden gegen Wanderungs- und Fluchtbewegungen abgeschottet, einzelne Regionen versuchen aus traditionellen national-staatlichen Einbindungen herauszubrechen. Diesem aggressiven Nationalismus und Regionalismus, der kraft ökonomischer Überlegenheit den Ballast schwächerer Kostgänger abzuschütteln sucht, steht ein defensiver gegenüber, der sich gegen den von außen erzwungenen Einbruch kapitalistischer Modernisierung stemmt. Hier ebenso wie da, wo ökonomisch und politisch geschlossene und halbwegs homogene Nationalstaaten nie entstanden oder zu schwach geworden sind, werden ethnisch begründete Nationalismen mit fatalen Konsequenzen produziert, Traditionen erfunden, Geschichte konstruiert. Der quasi defensive Nationalismus, der in einer politisch und sozial zerfallenden Welt eine neue Gemeinsamkeit herstellen soll und dabei zugleich neue Herrschaft legitimiert, ist keineswegs friedlicher als der, der den Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt hat, als es noch um die nationale Aufteilung der Welt ging. Er ist umso aggressiver und eruptiver, je „bodenloser" er im Wortsinne wird, d.h. je weniger nationale Grenzen tatsächlich etwas für „Zugehörigkeit" im ökonomisch-sozialen Sinne bedeuten. Dies gilt nicht nur für die peripheren Zonen der nunmehr kapitalistisch „einen" Welt, sondern auch für ihre Zentren, wo die ideologischen Legitimationen aggressiver Privilegienverteidigung nur schwer das tatsächliche innere ökonomische und politische Auseinanderfallen der Gesellschaften verdecken können. Das Prekäre an der neu aufbrechenden Welle des Nationalismus und ein Grund für seine oft bizarren Erscheinungsformen ist, daß sein materielles Substrat, der ökonomisch, politisch und sozial halbwegs homogene Nationalstaat seine Grundlage verloren hat.

Es hat eine historische Phase der kapitalistischen Entwicklung gegeben, in der der Nationalstaat zumindest in einem Teil der Welt den Rahmen für relative demokratische und soziale Emanzipationsprozesse abgeben konnte — immer beschränkt durch innere soziale Ungleichheiten und ökonomische Herrschaft sowie gewaltsame Abgrenzung nach außen. Diese Zeit ist vorbei: Nationalismus und Nationalstaat haben ihre progressiven Momente eingebüßt, der Nationalstaat wird für die Verwirklichung selbst eingeschränkter bürgerlich-demokratischer Rechte immer unbrauchbarer. Das Problem ist, daß der in der Tat ökonomisch-technisch zusammenwachsenden Welt eine ihr adäquate politische Form fehlt und daß diese nur gegen die Struktur eben des ökonomischen Verhältnisses durchgesetzt werden könnte, dessen globaler Sieg derzeit umso lauter gefeiert wird, je mehr deutlich ist, daß es da nicht allzuviel zu bejubeln gibt: der kapitalistischen Markwirtschaft.

Eine qualitativ „neue", d.h. demokratische, sozial gerechte und friedliche „Weltordnung" würde voraussetzen, daß sich ökonomische, politische und sozio-kulturelle Räume nicht weiter polarisieren und auseinanderdriften, sondern wieder zusammengeführt werden. Notwendig wäre ein demokratischer Föderalismus, der überschaubare und zugleich offene sozio-kulturelle und ökonomische Räume in neuer Form politisch zusammenbindet. Dafür bedürfte es im krisenhaft zu Ende gehenden 20. Jahrhundert ganz neuer politischer Konzepte und sozialer Kräfte jenseits des Nationalstaats, was zunächst einmal nicht mehr an etatistische Strukturen gebundene Demokratisierungsprozesse sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf internationaler Ebene voraussetzt. Davon ist wenig zu sehen. Die gerade zusammengebrochene „Weltordnung" des ablaufenden Jahrhunderts ist in einer Serie von Revolutionen und Konterrevolutionen, Kriegen und Massenvernichtungen bisher kaum gekannten Ausmaßes entstanden. Daß eine derartige Krisenperiode jetzt wieder angebrochen ist, heißt nicht, daß daraus eine neue, möglicherweise bessere entsteht. Globale Barbarei ist eine durchaus wahrscheinliche Folge des siegreichen „westlichen Zivilisationsmodells". Wenn sie vermieden werden soll, so kann die politische Ordnung der Welt, soll sie demokratisch, sozial und menschenrechtlich sein, nicht mehr auf dem Organisationsprinzip des Nationalstaates aufbauen.

Die existierende „Staatengemeinschaft", von deren harmonischem Zusammenwirken derzeit gerne eine bessere Zukunft erwartet wird, ist nichts als eine Ansammlung von Herrschaftsapparaten, die — selbst soweit sie wenigstens halbwegs demokratisch sind — nach dem Prinzip von Ausgrenzung und Unterdrückung funktionieren und deren materiell demokratische Substanz angesichts der ökonomischen Strukturveränderungen des sich globalisierenden Kapitalismus immer mehr verschwindet. Inzwischen zeigt eine ganze Serie fehlgeschlagener „friedensschaffender" Maßnahmen, daß die nach dem Ende des Kalten Kriegs aus der Taufe gehobene „Staaten-" und „Völker"-Gemeinschaft von höchst ungleich gewichteten nationalen Machtinteressen bestimmt wird und daß den versammelten Staaten jede Möglichkeit fehlt, über Militärinterventionen hinaus die umfassenderen ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie zu gewährleisten. Daß die „invisible hand" des kapitalistischen Markts selbst noch den borniertesten Eigennutz das allgemeine Beste hervorbringen läßt, hat sich längst als Legende erwiesen. Auch was das Staatensystem angeht, wird mit einer List der Vernunft kaum zu rechnen sein. Vor Illusionen aber ist zu warnen: für eine Verbesserung oder vielleicht gar Rettung der Welt reicht nicht der Apell an humanitäre Einsicht, sondern es bedarf der konkreten Veränderung ökonomischer Verhältnisse. Wenn „Sozialismus" kein Thema mehr ist, dann sollte es „Kapitalismus" umso mehr sein. Das jüngst erst ausgerufene „Ende der Geschichte" könnte sich sonst möglicherweise auf ganz unvermutet physische Weise einstellen. ●

THORSTEN CABALO

Was, wenn nicht der Staat

Was ist, wozu dient der Staat?

Das Kapital, solange es seiner eigenen Logik von Gewinn und Verlust folgt, ist nicht in der Lage, den Kapitalismus als Gesellschaftssystem aufrechtzuerhalten. Um den Fortbestand einer arbeitenden Klasse, das reibungslose Funktionieren von Märkten zu gewährleisten, den ökologischen Kollaps zu verhindern, ist es auf den Staat angewiesen. Der Staat nimmt also eine regulierende Funktion ein. Das, was wir üblicherweise „Kapitalismus" nennen, ist eine Doppelformation aus Kapital und Staat.

Beide Strukturen tragen weltweiten Charakter. Während das Kapital jedoch tatsächlich eine Einheit bildet, gliedert sich das weltweite System der Staatlichkeit in eine Vielzahl einzelner Staaten, die nach dem Muster der westeuropäischen kapitalistischen Länder als Nationalstaaten vorgestellt werden. Im Rahmen der einzelnen Staaten bemühen sich herrschende wie nicht-herrschende Klassen um eine Rationalisierung der langfristig irrationalen Profitlogik des Kapitals.

Diese Figur ist heute in Frage gestellt. Staatlichkeit als Regulationsprinzip des gesellschaftlichen Lebens auf nationaler und auf internationaler Ebene zerfällt.

Die Vielvölkerstaaten der alten und der neuen Peripherie, auf die das Prinzip der Staatlichkeit übertragen wurde, ohne daß Nationen bestanden, versinken im Chaos innerer Kriege. Das sind zum einen die ehemaligen Kolonien, in denen die Kolonialmächte Staaten europäischen Musters über einer durch willkürliche Grenzziehung zusammengekommenen Vielzahl von Völkern errichteten, deren Integration zu einer Nation von den seitherigen nationalen Regierungen nicht erreicht wurde. Was hier als Problem des „Zusammenlebens verschiedener Völker" erscheint, ist in Wirklichkeit das Problem, verschiedene Produktionsweisen — in Somalia etwa seßhaften Ackerbau und nomadische Viehzucht — zu einer einheitlichen Volkswirtschaft zu integrieren.

Auf der anderen Seite gruppieren sich nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers die Staaten, die es in der sozialistischen Epoche nicht vermocht haben, ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Völker zu organisieren, neu. An die Stelle der - zumindest in der Ideologie verfochtenen - Orientierung an der jeweiligen Völkergemeinschaft tritt der Nationalismus. Das wirkliche Problem besteht auch hier nicht im „Zusammenleben der Völker", sondern in der Ausgleichung des Wohlstandsgefälles innerhalb der (nun zerfallenden) Staaten.

Staaten werden darüber hinaus durch direkte imperialistische Einflußnahme zerschlagen oder unter Schutzherrschaft gestellt. Der Irak wurde durch die Errichtung zweier Schutzzonen dreigeteilt. In Kambodscha und Somalia verhindert die UNO die Errichtung einer einheimischen Zentralgewalt. Die bosnischen Schutzzonen, wenn ihre Einrichtung denn je ernsthaft angegangen werden sollte, können sich nur zu einem Pfahl im Fleische Bosnien-Herzegowinas entwickeln.

Die Ursache der Auseinandersetzungen liegt letztlich in einer Abnahme des ökonomischen Verteilungs- und Entwicklungsspielraums. Die Staaten der Peripherie werden vom Weltmarkt mehr und mehr verdrängt. Der Nettoressourcentransfer in die Metropolen, Strategien des *global sourcing* machen eine Industrialisierung unmöglich.

Durch global sourcing werden die in den Staaten der Peripherie vorhandenen Industrie-Einrichtungen als Kerne einer nationalen Industrialisierung unbrauchbar gemacht. Wurden bisher arbeitsintensive Fertigungen in Billiglohnländer ausgelagert, so werden jetzt einzelne Teile dort gefertigt, wo es am billigsten ist. So verschifft etwa VW Einzelteile von Deutschland nach Brasilien, die dort zu Türen montiert werden. Die Türen werden zurückverschifft und hier in die Autos eingebaut. Die Abhängigkeit der Peripherie verschärft sich, denn Voraussetzung einer Industrialisierung ist das Vorhandensein vollständiger Produktionszüge. Nur um vollständige Produktionszüge herum kann eine Struktur von Zulieferern und Weiterverarbeitung wachsen, und nur vollständige Produktionszüge bilden eine arbeitende Klasse heran, die eine Industrialisierung tragen kann.

Wenn wirtschaftliche Wachstumspotentiale nicht in Sicht sind, kann es in den inneren Kriegen der Peripherie nicht — wie bisher — darum gehen, wer das bessere Konzept für das gemeinsame Fortkommen aller hat, sondern nur noch darum, wer verhungert und wer nicht — ein Fundament, auf dem Staatlichkeit nicht erwachsen kann.

Partikularismus

Die Gründung eines Separatstaates bringt nur wenig Verbesserung, da die entstehenden Kleinstaaten wirtschaftlich nicht lebensfähig sind. Sie gelingt nur in den entwickelteren Landesteilen. In den weniger entwikkelten Landesteilen dreht sich die Gewaltspirale weiter. Eine Organisation auf der

Grundlage ethnischer, religiöser, gefolgschaftsmäßiger Bindungen, wie sie heute in vielen Ländern erfolgt, müßte, um den politischen Realitäten oder auch nur den Realitäten der Siedlungsgeographie — die Völker, Religionen etc. siedeln ja gemischt — gerecht zu werden, ein Durchgangsstadium zu einer „nationaldemokratischen" Revolution, eines *nation building* sein. Ist das aber bisher gescheitert, so werden Zusammenschlüsse auf höherer Ebene als der der Nationalität etc. heute durch die o.g. „Grenzen des Wachstums" ausgeschlossen; der „neue Partikularismus" ist das Eingeständnis des Scheiterns von *nation building*, des Scheiterns von *Staatlichkeit* als einer das Zusammenleben ordnenden Instanz, einer Instanz, die die verschiedenen Produktionsweisen unter einen Hut bringt, das Wohlstandsgefälle ausgleicht.

Teile und herrsche

Eine Bereitschaft, den Partikularismus politisch aufzuheben, besteht nicht. Der ins Kraut schießende Nationalismus — oder um welchen anderen Chauvinismus es sich jeweils handeln mag — ist Selbstzweck. Die Frage, ob die Gewaltspirale durch die Einsicht aufgebrochen werden kann, daß die Völker zusammenleben müssen, geht an den Verhältnissen vorbei. Die Gewalt ist nicht in dem Sinne ein politisches Phänomen, daß die auf diese Weise ausgetragenen Interessenkonflikte in eine politische Bearbeitung überführt werden könnten, daß also der Wille zum Gemeinwesen auf einer neuen, demokratischen Grundlage wiederhergestellt werden könnte. Die Gewalt ist vielmehr ein unhintergehbares politisches Phänomen in dem Sinne, als eine *Politik der Gewalt* gewollt wird. Es geht darum, mit den eigenen Leuten zusammenzuleben und mit sonst niemandem. Die Entstehung oppositioneller Kräfte entfaltet keine Dynamik der Befreiung, sondern setzt eine Abwärtsspirale in Gang, in der sich die Gewalt immer weiter fortzeugt.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist nicht die einzige Ursache der Gewalt. Hinzu tritt ein geringer gewordenes Gewaltgefälle zwischen Zentrale und Provinz. Die chauvinistischen Spaltungen, die heute zum Ausbruch kommen, sind ja nicht neu. Sie wurden bisher nur unterdrückt, nicht zuletzt durch die Hauptmächte der Blockkonfrontation, eine Politik, die die USA als verbleibende Hauptmacht nicht weiterverfolgen. Sie gehen über diese Dinge entweder stillschweigend hinweg oder benutzen sie als Vorwand, um ihre Präsenz zu verstärken. Ohne Unterstützung von außen kann sich eine sich über keiner einheitlichen Produktionsweise erhebende und auf keine Staatsnation gegründete Zentralgewalt nicht halten. Der Staat hat sich in Vielvölkerstaaten als eine von der jeweiligen Politik der Führungsmächte abhängige Struktur erwiesen.

Mit der Zentralmacht verschwindet jedoch — bei allen Unzulänglichkeiten, die ihr anhafteten — der Garant eines gewissen inneren Friedens, der in der Regel friedlichen, politische Verfaßtheit der Interessenauseinandersetzung, und einer gewissen Wirtschaftsordnung. Es wird also schlimmer, als es ohnehin war. Das internationale System der Nachkriegszeit beruhte immerhin, auch wenn es im Dienste des Imperialismus und der mit ihm vor Ort verbündeten Eliten stand, auf staatlicher Stabilität, und staatliche Stabilität bedeutet wenigstens ein Minimum an Sicherheit und Rationalität.

Auch in den Nationalstaaten des Nordens ist der Staat in Auflösung begriffen. Bereits seit längerem gibt er Kompetenzen „nach oben", an Supra- oder internationale Institutionen ab. Dadurch soll dem weltweit agierenden Kapital eine Art internationaler Staat entgegengesetzt werden. Der Internationalisierungsprozeß in der EG ist jedoch ins Stokken geraten. Die Interpretation, daß sich hier der Nationalstaat gerade wieder zur Geltung bringt, ist nicht stichhaltig. Es handelt sich um einen Nationalstaat, der nicht nur durch die Deregulierung ausgehöhlt ist, sondern in der EG auch durch den inzwischen erreichten Stand der Internationalisierung bei der Gesetzgebung. Auch hier ist also ein Zerfall von — nationaler oder „internationaler" — Staatlichkeit zu konstatieren.

Seit den achtziger Jahren gibt der Staat im Zuge der Deregulierungspolitik darüber hinaus Kompetenzen „nach unten" ab. Positiv gewendet nennt sich das „Subsidiarität", „Nachbarschaftshilfe", Regelung auf der untersten möglichen Ebene, die von konservativer Seite vorzugsweise unterhalb des Staates gesehen wird. Gemeint ist ein Abbau des Sozialstaats, eine Brutalisierung der Gesellschaft und die Privatisierung der Polizei.

Wenn es auf der Oberfläche eine Rückkehr zum „starken Staat" gibt — Stichworte: Festung Europa, innere Sicherheit —, darf das nicht als Widerlegung des Zerfalls von Staatlichkeit verstanden werden. Tatsächlich handelt es sich um einen Ausdruck dieses Zerfalls. Weil der Staat sich aus seinen regulierenden Funktionen zurückzieht, brutalisiert sich die Gesellschaft. Dieser Entwicklung wird herrschenderseits nicht durch eine Rückkehr zum ordnenden Eingriff gegengesteuert, sondern sie wird hingenommen. Es werden lediglich die Gewaltmittel der Staatsmacht erhöht, um die zunehmende gesellschaftliche Gewalt einzudämmen. Dieses Konzept kann nicht aufgehen, und darin spiegelt sich eben der Zerfall von Staatlichkeit.

Dem Zerfall von Staatlichkeit liegt eine Veränderung des Kapitalismus zugrunde. Staat ist nicht ein bestimmtes Territorium, an dessen Grenzen eine Gemeinschaft von PaßbesitzerInnen Schlagbäume aufrichtet, sondern Staat ist eine Regulierungsinstanz, die zur Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftsweise im Kapitalismus wie im Sozialismus erforderlich war. Das scheint nicht mehr der Fall oder zumindest nicht mehr finanzierbar zu sein. Für den Sozialis-

mus bedeutete das seinen Untergang im Weltmaßstab. Für den Kapitalismus bedeutet es Regulationsabbau und soziales Chaos außerhalb produktiver Inseln. Der Staat wird von einer Institution, die die Kapitalinteressen in der gesamten Gesellschaft vertritt — und das bedeutete im Fordismus ja durchaus Wohlstands- und Partizipationsgewinn für die Massen — zur Organisation nur noch der Kapital Produzierenden und der davon Profitierenden.

Mit dem Zerfall von Staatlichkeit wird die Grundlage, auf der bisher Reformpolitik betrieben wurde, hinfällig. Appelle an einen Staat, der nicht mehr präsent ist, sind wirkungslos. Der Glaube, daß der Staat in seine Regulierungsfunktionen wiedereingesetzt werden müßte, ist naiv. An diese Stelle der „alten", „fordistischen" Regulierung tritt ja bereits eine neue, eine Zweidrittelgesellschaft mit privater Ausbildung, Polizei und Altersversorgung, die zumindest im Norden in ihrer Weise funktioniert, nur daß sie etwas weniger gerecht ist. Nicht daß sie „genausogut" ist wie die alte, aber sie ist eine Realität, mit der es sich auseinanderzusetzen gilt.

Dennoch hält linke Theorie den Staat weiterhin für die hauptsächliche Regulationsinstanz — wohl weil bisher alle Bemühungen der Politologie, links wie rechts, eine Entwicklung von supranationalen Strukturen, die Eingriffsmöglichkeiten bieten, in die Wirklichkeit hineinzuanalysieren, gescheitert sind. Es gibt sie nicht, die politische EG, die machtvollkommene UNO-Generalversammlung, und es wird sie in absehbarer Zukunft auch nicht geben. Soll aber nicht jede Analysefähigkeit preisgegeben werden, die nicht zuletzt die Grundlage ist, um eine Reformperspektive zu entwickeln, so der implizite Schluß, wird wohl oder übel daran festgehalten werden müssen, dem Staat eine hohe Bedeutung für die Regulierung beizumessen. Die Aufrechterhaltung irgendeiner Reformperspektive ist aber kein Grund, eine offensichtlich falsch gewordene Theorie aufrechtzuerhalten.

Tatsächlich handelt es sich zunächst um ein Problem mangelnder begrifflicher Differenzierung. Das Politische wird umstandslos mit dem Staat identifiziert. Wird diese Identifikation fallengelassen, muß die These, daß der Kapitalismus einer politischen Regulierung bedarf — und an dieser These hängt ja die Analysefähigkeit, die immer auch die Kompetenz, Reformvorschläge zu formulieren, beinhaltet —, auch dann nicht aufgegeben werden, wenn von einem Staatszerfall auszugehen ist. Dann ist eine Regulierung wirtschaftlicher Prozesse auch außerhalb des institutionellen Rahmens Nationalstaat denkbar. Zu denken wäre etwa an eine Politisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Solche gewissermaßen taktischen Anpassungen in der Theorie — die ja weiterhin aus dem traditionellen Fundus linker Politikvorschläge schöpfen — reichen jedoch nicht aus. Es gilt — was als Anregung, nicht als Programm zu verstehen ist — „das Kapital" nicht als monolithischen Block, als eine außerhalb der Gesellschaft stehende separate Struktur zu begreifen, die einer ebenso monolithischen übergesellschaftlichen Struktur bedarf — des Staates eben — um es zu bändigen, sondern als ein Bündel von Eigentumsrechten, Transaktionskosten etc. von denen sich manche, wenn auch nicht alle, auf der einen oder anderen institutionellen Ebene kontrollieren oder beeinflussen lassen.

Unterbleiben solche Überlegungen einstweilen, dann offenbar weil eine solche Eingriffsperspektive weniger übersichtlich ist als ein nationales — oder europäisches — Wirtschaftsprogramm. Tatsächlich würden die Fäden der Gegenmacht dann nicht mehr in der Form des Staates, sondern nur in der der Bewegung zusammenfließen können. Diese Perspektive zu scheuen, ist nicht nur eine intellektuelle Mangelerscheinung der Linken, sondern dahinter steht eine ihrem Wesen nach links-bürgerliche Reformperspektive. Das Verhältnis zu Staatlichkeit bleibt nicht nur unreflektiert, sondern die Nichtreflexion bemäntelt Affirmation. Demgegenüber würde es gelten, daß sich Linke von ihrer Staatsfixierung lösen und zu einer internationalen Solidarität der Bewegung finden. Eine Abkehr vom Staat ist nicht nur erforderlich weil eine gutsituierte Linke, die so tut als interessierten auch die anderen sie, nicht besonders gut aussieht, sondern entwickelt werden müssen Alternativen zum Staat. Entwickelt werden muß ein neuer Internationalismus, der das System der Staaten ablösen kann. (Auch dies nur Andeutungen, kein Programm.)

Die These vom Zerfall der Staatlichkeit scheint der offenkundigen Macht der Staaten, ihrer Brutalität nach innen und außen zu widersprechen. Tatsächlich ist mit dem „Verschwinden von Staatlichkeit" nicht gemeint, daß es „Staat" nicht mehr gäbe. Gemeint ist lediglich, daß er es aufgibt, das gesamtgesellschaftliche Leben zu regulieren und sich auf symbolische Politik und Repression zurückzieht. Sehen wir uns diese „offenkundige Macht der Staaten" näher an. Da ist zunächst die Macht der imperialistischen Staaten, die derzeit immer offener zu einer Politik der Intervention zurückkehren. Zerfall von Staatlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang Zerfall der Staatlichkeit der abhängigen Gebiete, Zerfall von Staatlichkeit als allgemeines Strukturprinzip des internationalen Systems. Zurück bleibt die Strukturierung des internationalen Systems durch eine auf die Metropolen eingeschränkte Staatlichkeit. Dann ist Staatlichkeit aber kein allgemeines Strukturprinzip mehr, sondern die innere Verfassung direkt über andere herrschende Mächte.

Die Macht der Staaten

Da ist zum anderen die um sich schlagende Zentralmacht in zerfallenden, der innere Sicherheits- oder der Mafiastaat in intakten Staaten. Im ersten Fall liegt auf der Hand, daß die Offenkundigkeit der Machtausübung ihre mangelnde Verankerung verdeckt. Durch ein Wechselspiel verschiedener Faktoren — einheimischer wie ausländischer, politischer wie ökonomischer — wird die Machtausübung soz. vom dem Ziel abgelenkt, eine Ordnung aufzubauen. Im zweiten Fall verdeckt eine Verstärkung der „inneren Sicherheit", eine Abschottung nach außen, die Abkehr von dem Versuch Gesellschaft zu gestalten. Die Kriminalisierung des Staates ist eine („Mafiastaat") Ausprägung der Unfähigkeit, die Verhältnisse innerhalb der herrschenden Klasse zu regulieren, so wie die allgemeine Brutalisierung Ausprägung der Unfähigkeit ist, die sozialen Verhältnissen innerhalb der beherrschten Klasse wie zwischen den Klassen zu regulieren. ●

Thorsten Cabalo ist Redakteur der „Bochumer StudentInnenzeitung" und Doktorand der Politologie.

KÖLNS BESTE
WEIBS-BILDER
Die einzige Alternative!
EMMA-BOYKOTT-SOZIALER-KAHLSCHLAG-LESBEN-GEWALT
RASSISMUS-TERMINE-ADRESSEN-FRAUENPROJEKTE-FEMINIS
TISCHE-THEORIEN-REZENSIONEN-ANTISEMITISMUS-LESERINN
ENBRIEFE-KLEINANZEIGEN-FRAUENPOLITIK-KÖLSCHES-EMM
A-BOYKOTT-SOZIALER-KAHLSCHLAG-LESBEN-GEWALT-RAS
Die Frauenzeitschrift für Köln gibt es z.B.:im Frauenbuchladen Köln,
SCHuLZ Köln/Redaktion: Gesundkeitsladen, Vondelstr. 28, 50677 Köln

Ja, der Autor scheint sich verpflichtet zu fühlen, gleichen Schritt mit der Zeit zu halten, deren Schreibgehilfe er ist.
Henry Fielding

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.
Helmut Kohl

JÜRGEN ROTH

Gemütslage des Deutschen

Dazwischengerufene Philosophie in bewegten Zeiten

Rüdiger Bubners philosophischer Bildungsgang führte ihn durch die Schule der Hermeneutik hindurch dorthin, wo sich die (nach-) hegelsche Reflexion den Kontexten von Dialektik und Wissenschaft, Theorie und Praxis, Handlung und Vernunft annimmt. In gutunterrichteten Kreisen wird noch heute gemunkelt, er sei 1973, als er in Frankfurt den Lehrstuhl Adornos übernahm, zudem Hoffnungs- und Weiterträger der Kritischen Theorie geworden. Seit 1979 lehrt Bubner Philosophie in Tübingen, wirkte seither als Berater Lothar Späths und zählt zu den reifen Suhrkamp-Autoren. Zu enträtseln ist in Anbetracht seiner neuesten Publikation, die sich einer dem politischen Sinnzusammenhang des Gegenwärtigen verpflichteten Deutung historischer Prozesse widmet, ob „es sich bei diesen Deutschen stets darum (handelt), den vorgefundenen Unsinn in irgendeine andre Marotte aufzulösen" (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie), oder ob trotz und gerade inmitten der Gemütslagen tumultarischer „Unübersichtlichkeit" die Zeiten für Philosophie gut und trefflich sind.

Das Staunen ist der Philosophie erstes Bedürfnis, ja gleichsam ihr Anfang. Sie will begreifen, was ihr noch unbegreiflich, zugleich aber nicht gar zu fremd und unverständlich erscheint. Gelingt ihr dies, so löst sie das Erschaudern vor dem Unbegreiflichen und lenkt es in die produktiven Bahnen der Anerkennung: Sie deutet. Sie zerschlägt den Bann des Unverständlichen und bindet die Unwissenden an jene Orientierungen, die diese selbst — bittschön! — hernach exekutieren. Kurzum: auf das Staunen und die überlegt-überlegene Einsicht folgt die Handlungsanweisung, Resultat begrifflich hergestellter Anerkenntnis und Anverwandlung.

Ein solches platonisch-politisches Ideal edukativer Einübung läßt sich Bubner als Statthalter jener — nach Hegel — stets verspäteten erkennenden Einsichtnahme angedeihen. Zuvor aber muß er selbst erst begreifen, was denn da geschehen ist in den letzten bewegten Jahren, die am Ende des Jahrhunderts 'die großen Verwerfungslinien seines Verlaufs erschüttert' haben. Und um anweisen zu können, wie sich in die deutsche Gegenwart zu fügen sei, gilt es, allererst über jene Methoden zu entscheiden, die die gegenwärtigen geschichtlich-gesellschaftlichen Verfassungen auf ihren Begriff angemessener und gedeihlicher Geschichtlichkeit bringen.

Wie nicht und kaum anders zu erwarten, ist in Zeiten 'sturzbachartiger' Ereignisfolgen das Paradigma genuin philosophischer Reflexion zu begründen und geradezu zu erneuern, und zwar in einer gradlinigen Dreistigkeit, die mitteilen läßt, man sei 'auf gründliches Nachdenken angewiesen. Ohne Nachdenken ist kein Auskommen'. Der Denker sieht daher, wenn er die eigentümliche Substanz der historischen Situation seit der 'Wende' be- und ergriffen hat, nicht zu; er greift ein, indem er sich selbst als Repräsentanz solcher Zeiten konstituiert, die ins Lichte streben: 'Er (der Philosoph, J.R.) vermag auf intellektuell produktive Weise einer Herausforderung zu begegnen, die das Gängige und Bekannte überschreitet. Staunenswert und darum philosophisch relevant ist nämlich die eigentümliche Verschiebung, daß ein Sinnangebot vorliegt, dem wir erst nachträglich gerecht werden können. Die Reflexion ist in keinem Augenblick derart Herr der Lage, daß sie deren Bestimmung aus eigener Potenz leisten könnte. Vielmehr vergegenwärtigt sie Konstellationen, die aus den genuinen Kräften der Geschichte entstanden sind. Dabei expliziert sie eine Rationalität, die keiner bislang formuliert hatte und der gleichwohl nicht auszuweichen ist.'

Stellt sich die in philosophischer Reinkarnation präsentierte Avantgarde des Gedankens der Unerbittlichkeit und gleichermaßen den Optionen der 'historischen Substanz', so formuliert die Überlegenheit der hegelschen Situation (in welcher 'Geschichte' sich allererst qua Auslegung der historischen Wirklichkeiten konstituiert) sowohl Kritik an der Zerrissenheit und Kontingenz national-kapitalistischer Verhältnisse als auch am Methodenverständnis jener seit den späten sechziger Jahren im öffentlichen Bewußtsein teil-etablierten Sozialwissenschaften.

Das Staunen und die Geschichte

Denn das 'Hier und Jetzt' fordert den Einstand eines Wissenschaftsbegriffs, dem in anderen Zeiten die Reputation ganzheitlicher Kompetenz zur erweiterten Klärung der 'Schicksalsfragen' entgegenkam: aus den Etagen der professoralen Elite war der Ruf nach gesellschaftlicher Formgebung zu vernehmen. Was der engagierte Philosoph folglich immer schon gewußt, ist daher hic et nunc vollends klar: die Sozialwissenschaften haben versagt, zeigen sich stumm, ihre gewissermaßen auf Kritik eingeschworenen Modelle greifen nicht mehr. Desgleichen die Geschichtswissenschaft, die, fakten- und vergangenheitsorientiert, sklavisch am abgelegten empirischen Material haftet. Vor allem aber zeigen beide sich außerstande, die gegenwärtige Situation des Fließens, der Verwerfungen, der Übertölpelung geschichtsphilosophisch-sozialistischer Teleologie begrifflich zu meistern; es muß 'tiefer angesetzt werden'. Der Begriff des Geistes verspricht, das in den trügerischen Ruhegefilden des Blöckesystems verlorengegangene Bewußtsein von der Einheit des Vertrautesten, der Nation, gerade im Trubel der 90er zurückzugewinnen, indem er auf die gesicherten Bestände kultureller Mentalitäten zurückgreift. Wie besorgt nun aber das der Orientierungsgabe verpflichtete Philoso-

phem des Geistes die Bestimmung des Standorts inmitten des 'verbitterte(n) Schweigen(s) (...) der Gemüter', im rasenden Taumel 'radikaler Verwirrung'? Was gar verspricht Rettung, da 'mit der Befreiung Osteuropas (...) die Nachkriegsordnung revidiert' wurde und niemand weiß, 'was uns noch an Überraschungen bevorsteht'?

Nun hat schon Marx wiederholt zu Metaphern der geologischen Evolution gegriffen, wenn er die proletarische Revolution meinte. Nur Bubner, wie alle Sinnverwalter des ominösen Politischen, wird es wohlig zumute, wenn dergestalt neuerlich die relative Unverfügbarkeit über politische Prozesse signalisiert werden kann. Allein der Griff aber nach der Hegelschen Reflexionsfigur, die den Launen des Weltgeistes hinreichend Wahrheit eines objektiv notwendigen und gleichermaßen verworrenen wie obskurantistischen Geschehens zu unterstellen vermag, meistert das 'politische Dasein der Deutschen' im Wettstreit der europäischen Nationen als philosophisches.

Es ist die Faszination an den geopolitischen Konnotationen, die dem Philosophen das Gemüt schüttelt. Deutweise subtiler und wohlfeiler als die Weimarer Rechte tadelt er das gegenwärtige 'Versagen vor der Geschichte' im Hinblick auf den Einsatz jener 'nachdenklichen Existenz', die sich 'begründet' und dem fortgesetzten stummen Staunen abhold zur unerwarteten Chance erneuter, willentlich erst richtig gültiger Nationenbildung verhält. So mündet das Staunen vor dem gänzlich Neuen — nolens von den großen Akteuren der Weltgeschichte, Gorbatschow und Kohl, exekutiert — in's gebieterische Credo, die schicksalhafte Verfügung des Weltgeistes habe uns gefälligst alle anzugehen: 'Die Geschichte ist eben unser aller Besitz'.

Aktualisiert Bubner dergestalt die Anerkennungsfigur Hegels, die Geschichte als Verlauf objektiver — geologischer, mentalistischer und institutioneller — und der weltgeistlichen Verfaßtheit entäußerter Prozessualitäten begreift und zur Naturtatsache setzt, so erstreckt sich das 'innere Verhältnis des Philosophen' zu den großen Aktionen auf das anbiedernde und gleichermaßen in die Pflicht nehmende Credo vom 'öffentlichen Gebrauch der Geschichte'. Stellt sich Bedeutung 'im historischen Vollzug erst heraus, insoweit sie durch die Betroffenen nachträglich Anerkennung findet', dann vollstreckt die dem historischen Ganzen Sinn bedeutende Identifikation des Interpreten mit dem Prozeß unbewußter geschichtlicher Entwicklung den Willen, das Geschehene im Hinblick auf die Nation als Konkretion des objektiven Strukturzusammenhangs zwischen Geschichte und Erkenntnis auf sich zu nehmen: 'Das allgemein sich ausbreitende Bewußtsein (...) bestätigt den Vorgang als einen sinnvollen auf der objektiven Ebene des Geschichtsverstehens. (...) Daß sie (die Beteiligten. J.R.) mitmachen und sich in den objektiven Gang der Dinge selber begeben, stärkt die Durchsetzungskraft des Prozesses und erhebt ihn zu einem unwiderruflichen Faktum. (...) Geschichte bildet sich also aus dem verstehenden Nachvollzug der großen Masse der Beteiligten, die allmählich einsehen, wohin sie bereits nichtsahnend gelangt sind. Diese Einsicht hilft den einzelnen; mit der neuen Lage vertraut zu werden, und ist daher eine notwendige Reaktion auf Veränderungen.'

Die Chance, sich in die Bereitschaft zur Fügung in objektive Notwendigkeiten zu begeben, macht jedoch allererst der Philosoph 'transparent'. Seine kecke Spekulation bändigt Widersprüche und Widersprechende und ermittelt jene erstaunliche Einsicht in die Dinge, die unbeständig sind, als Offenbarwerden des Planes, dessen Ratio so listig ist, ihre Zwecke und politischen Strukturen so lange verborgen zu halten, bis sie der Philosoph entbirgt und der Masse der Agenten erklärlich macht: Der Philosoph Bubner, der hegelisch sich in die Gedanken der Zeit faßt, zitiert Karl Jaspers' Gedenkrede auf Max Weber aus dem Jahr 1920, um Beifall zu erheischen für eine Rolle des Philosophen, die ihn zur geistigen Führungsperson im Stile eines Heidegger kürt: Der Philosoph 'ist repräsentativ, was die Zeit ist; er ist es in substantieller Weise, während andere nur Teile, Abartungen, Entleerungen, Verzerrungen der zeitlichen Kräfte verwirklichen. Der Philosoph ... vermag die Zeit auszusagen, ihr den Spiegel vorzuhalten und, indem er sie ausspricht, sie geistig zu bestimmen.'

Plädoyer für die Nation

Da wir alle mehr oder minder philosophisch begabte Naturen sind, sind, so das überzeugte Hoffen, solche Zwischenrufe auch erhörbar. Der Geist, der investiert und reingerufen wird, schleicht im Gewand der 'Rationalitätschance' auf die Bühne nationaler Besinnung. Der Verpflichtung gegenüber dem Wunder des Geschichtlichen korrespondiert ein Bedürfnis, das von Soziologen, Historikern und Politikwissenschaftlern nicht zu stillen ist. Es ist die vorausgreifende Konstitution eines historischen Wissens, 'das der Arbeit des Begriffs entstammt, insofern dieser reflexiv zur Erhellung bringt, was die veränderte Konstellation an Rationalitätspotential birgt.' Mag also die Verkörperung der Vernunft in der Geschichte bislang unterbestimmt geblieben sein, so transformiert die Konkretion philosophischer Reflexion das Staunen im Angesicht aller 'verwirrten Zeitgenossen' nunmehr in die Logik der Bestimmung der Nation zum geschichtlichen Ausdruck subjektiver 'Selbstbestimmung, nach der alle Welt verlangt', und deren 'politisch definierbarer Sinn' durch jenes 'Selbst' repräsentiert ist, 'das sich da bestimmt'.

Bubners 'diagnostische Bemühungen' streichen die Ergebnisse ein, die sie emsig herbeispekulierten. Erst die systematische Neu-Begründung der politischen Virulenz der Nation offenbart, daß die Kollektivperson in Anbetracht der Defizienzen ökonomietheoretischer Explikation geschichtliche Ereignisse als Prozessualität und Lebenszusammenhang, als ein ungeheures Geschehen überwältigender Eigendynamik faßt. Aus dem Strom von Wissen und Sein erhebt sich die Nation, vermöge derer naturale Bestimmungen in den Stand der 'Inkarnation des Vernunftprinzips des Rechts', mithin in jenen der Besonderheit des Nationalen aufsteigen. Die zum Schein ausgefochtene Verfassungsdiskussion läßt deutlich werden, daß die Bestimmung des Politischen nicht den Juristen überlassen werden darf, sondern vom 'Geist der nationalstaatlichen Gesetzesgewißheit', der seit je die politischen Konstellationen durchflute, geleitet werden müsse. Dem toten Buchstabenwesen universalistischer Menschenrechtsverbürgung sei die lebendige und gewachsene Synthese von Geschichte und nationaler Eigentümlichkeit entgegenzusetzen. Die Verbindlichkeit 'historisch-sozialer Praxis' nämlich zeige indessen, welch' wirkmächtige Dimension nationale Identität gerade in der gegenwärtigen geschichtlichen Konstellation verkörpere; durchzuzählen ist die Gewinnausschüttung der Semantik der Ruhe- und Ruchlosen. Mutig liest Bubner deshalb die Geschichte des Nationenbegriffs gegen den

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Dezember-Ausgabe des *express*:

Interview mit Helmut Schauer (IGM) ● ÖTV versagt im Kampf gegen den Stellenabbau ● Bericht von der 1. Internationalen Tagung zur Krise der Automobilindustrie ● Sexuelle Nötigung am Arbeitsplatz ● Gewerkschaftsverwaltung ● Die schlanke Telekom ● Frankreichs Gewerkschaften wollen Arbeitszeitverkürzung ● Fehlender Arbeitsschutz in Südkorea u.v.a.m.

Einzelheft DM 6,50
Abonnement DM 64,— (incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
63020 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

Strich; Bismarcks Bündnispolitik ist da gleichermaßen en vogue wie die augenzwinkernde Rede über die 'Mittelmacht' Deutschland und die 'Balkanisierung' Südosteuropas.

'Auf dem Boden der Hegelschen Theorie' ist vollends der Gedanke von der Konkretion des geschichtlichen Auftrags in Gestalt des Wunders der 'Wiedervereinigung' zu konstatieren. Was Hegels reife Rechtsphilosophie im Begriff der 'Volksgeister' affirmierte, gilt Bubner als übergeschichtliches Unterpfand für 'einheitlich handelnde Kollektive': erst die auf das Nationale gegründeten Rechtsansprüche des Staates bedeuten den einzelnen den Sinn, sich mit der ergründeten historisch-politischen Partikularität zu identifizieren: 'Das Absehen von überschaubaren und identifizierbaren Staatseinheiten hinterläßt kein Subjekt, das auf eindeutige Weise benennbar wäre'.

Der Wunsch nach gesicherten und tradierten Beständen kulturellen Wissens also sei nun Programm, horrender Methodenauftrag: 'Die Normeneinheit ist das genuine Thema der Politik.' Die Gewißheit solchen geschichtlichen Begreifens nämlich orientiert sich an nicht weniger als am politischen Ordnungsdenken, das seine Motive aus der Praxis der Substantialisierung politischer Verhältnisse zu naturalen Tatsachen des Kollektivs bezieht und auf eine 'durchgreifende Gestaltung des politischen Lebens' ausrichtet. So trivial das alles ist, so überwältigend ist es eben.

Bubners Wiederentdeckung des Politischen für die Philosophie rückt die 'Wiederbelebung des Nationalen' in geschichtsphilosophische Reflexionen ein, die dem spekulativen Erbe des Systems des 'objektiven Geistes' entstammen. Eine solche Regression ist weihevoll, weil sie die Mobilmachung des Nationalen im Gewand der philosophischen Grundübung, des Staunens, daherbringt, um sie in gleichermaßen tölpelhaften wie tollen Zirkeln zu referieren. Daß sich mithin das Fragen nach der Stellung des Philosophen zu Konstitutionsbedingungen 'deutschen Bewußtseins' beantwortet ganz im Sinne jener, die nun die Chance ergreifen, 'deutsche Geschichte' an die ruhmreiche Phase der Reichsgründung anschließen zu lassen, ist allemal sicher: 'Wenn der plötzliche Fluß eine über Jahrzehnte in Stockung befindliche Situation auflöst, so beweist das zunächst allein, daß der langwährende weltpolitische Dualismus Stabilität vorgetäuscht hatte. (...) In Wahrheit bringt uns also die augenblickliche Übergangsphase einer endlich wieder eröffneten Vielfalt der Möglichkeiten von Selbstbestimmung in den Stand der Normalität.' Alles also ist drin.

Von der Chefdeutung zum Eingreifen des Philosophen ist die Schrittfolge eine folgerichtige. Wieder darf selbiger die Plätze anweisen in der Gewißheit, die Weltgeschichte habe endgültig die Legende des (abstrakten) Internationalismus zu ihren Akten gelegt: 'Unbefriedigend muß eine Politik heißen, die die Aufgabe der Einheitsstiftung verabsäumt, um die Dinge unter dem Deckmantel allgemeiner Formeln wesentlich dem Selbstlauf zu überlassen.' Herrschaft nun, die dezidiert als oberstes Kriterium einer politischen Organisationsfähigkeit gilt, die der 'Stabilität ihrer Orientierungsfunktion' nachkommt, weiß die Vermittlung von Sinnstiftung und Politik als unhintergehbares Bedürfnis des Einzelnen nach Integration in's Kollektiv zu pointieren: 'Da die Notwendigkeit der politischen Einheit gerade mit der Ermöglichung kollektiver Praxis legitimiert wird, ist es nichts anderes als jedermanns Praxis, worauf Politik bezogen bleibt.' So gibt sich Deutschland seine eigene Praxis vermöge eines Begriffs, den der Philosoph verkündet, weil er dessen Voraussetzungen in den neudeutschen Begebenheiten erfunden sieht.

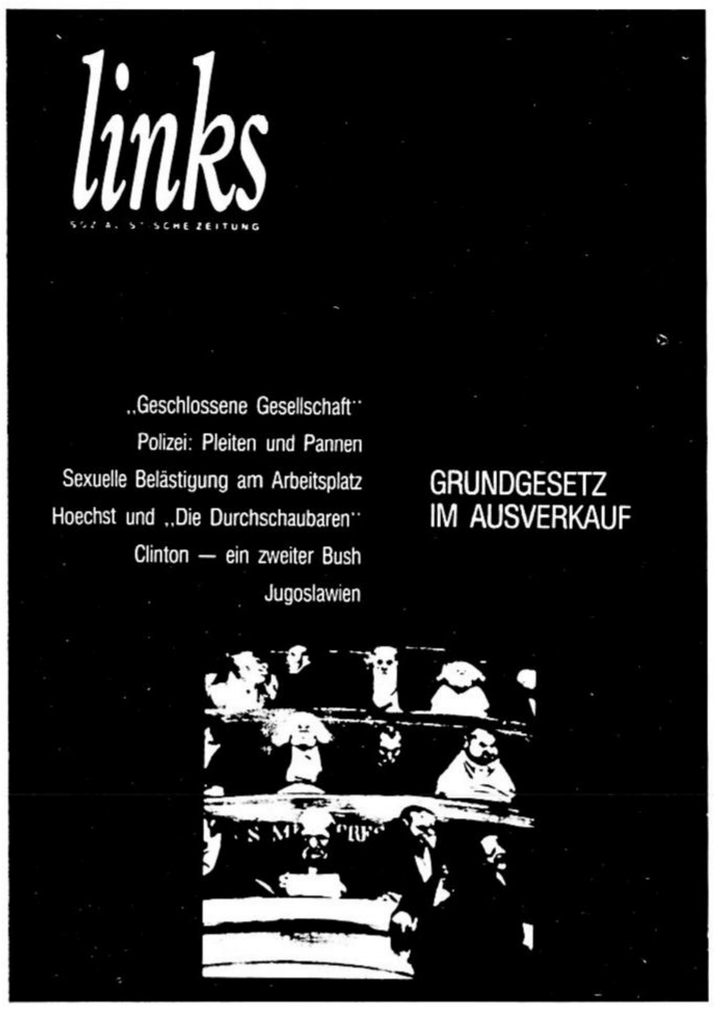
Dergestalt feiert das säkularisierte Priestertum der Werte- und Wissensvermittler Urständ, mit allen Konsequenzen, die das intellektuell nach Zurüstung dürstende Deutschland erfordert: die Nation wieder, trotz aller Paradoxien und handgreiflichen Dummbeuteleien, als geschichtliche Naturtatsache zu etablieren und die Zustimmung zur 'unveräußerlichen Partikularität' zu organisieren, die vom rasenden Mob längst konzediert wird.

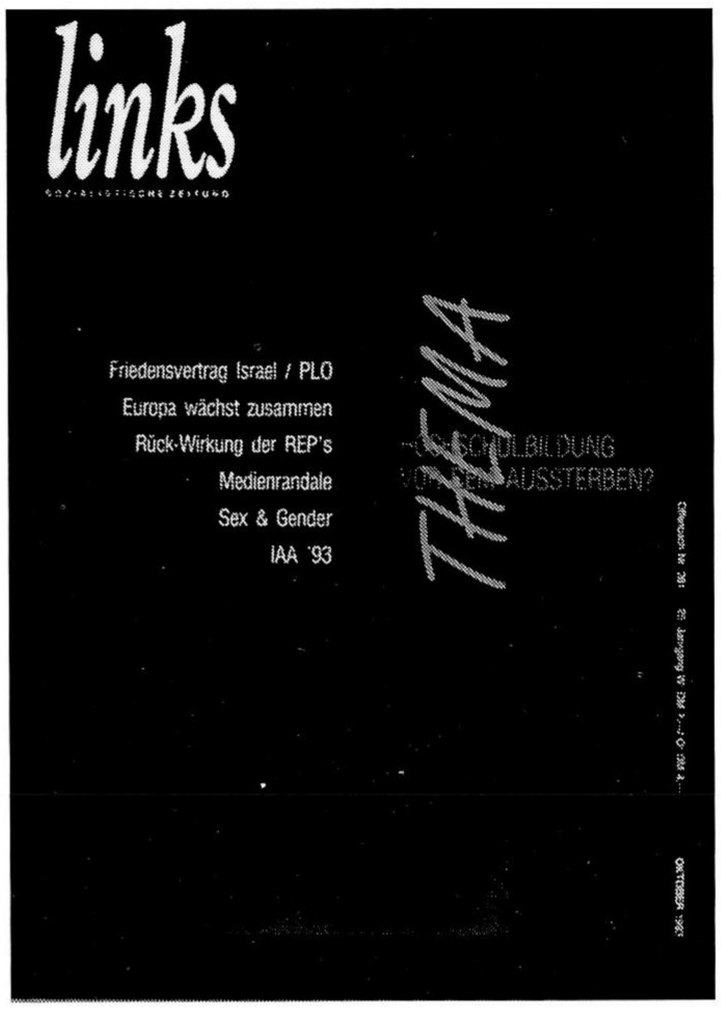
Erst im Moment ihrer angeblichen geschichtlichen Bedrohung und im Stande ihrer Obsoletheit vermag die staatliche Totalität abermals zu leben und zu weben, und zwar in Gestalt des wirkmächtigen Phantoms 'kultureller Identität'. Ihre treusten Diener sind die Philosophenkönige: hurtig schreiten sie zurück, folgen dem Dekret der Rechten, Bildung habe wieder raumzugreifen, indem sie Wirklich- und Wirksamkeit von handlungsorientierenden Normen des Zuspruchs zur Nation maximiert. Der revitalisierte und mit einem diffusen Begriff irgendwie lebensweltlicher Praxis liierte Hegelianismus schließlich gibt zu erkennen, daß der „Erkenntnisakt (...) die Aufgehobenheit des Eigensten des Subjekts in seinem Anderen, nämlich der Allgemeinheit staatlicher Ordnung (bestätigt)". Und Suhrkamp ist, ganz weit vorne, dabei, um die noch einen Deut gebildetere Version nationaler Besinnung auszuliefern. Ideologieplanung eben sucht sich jene Institutionen, die sich ihr anbieten. Gespannt dürfen wir sein, was folgen mag. Weithin wohlig-schaudernd jedenfalls hat der Philosoph der Nation ins nagelneue Stammbuch geschrieben, was es heißt, das Geschehen zu begreifen: „Wer wollte denn entscheiden, nach dem, was wir jüngst voll Staunen erlebt haben, wohin die Reise der Geschichte zu gehen hat?" Na, da wird sich schon wer finden. ●

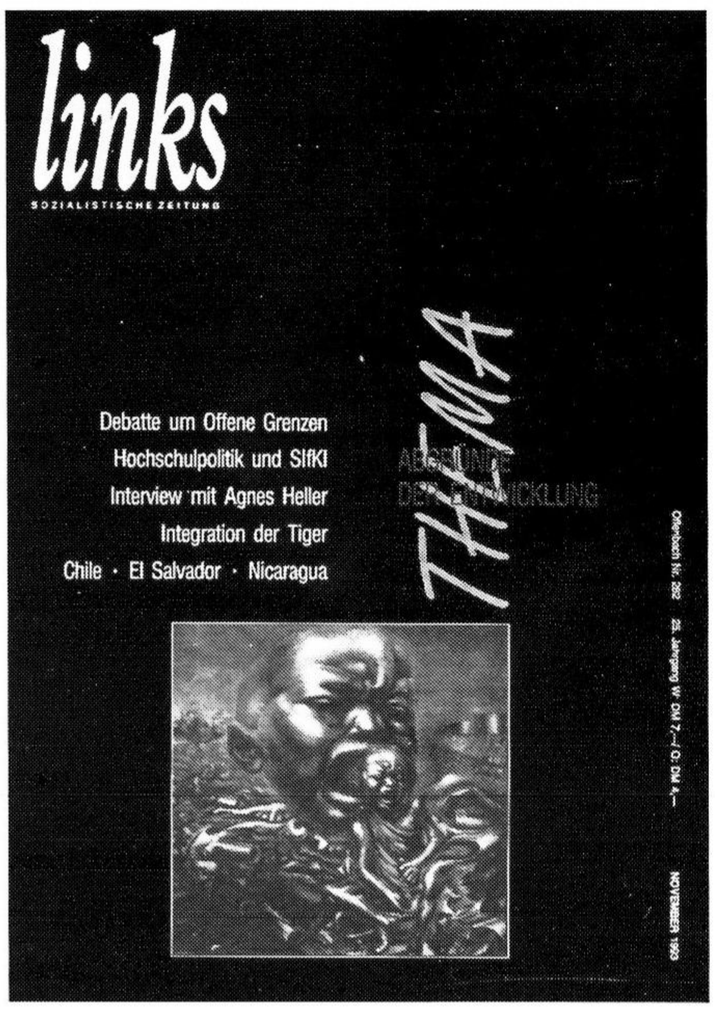
Rüdiger Bubner:
„Zwischenrufe. Aus den bewegten Jahren."
edition suhrkamp, Frankfurt am Main 1993

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit den Schwerpunkten: Grundgesetz im Ausverkauf ● Hochschule vor dem Aussterben ● Abgründe der Entwicklung ● Weitere Themen: Europa wächst zusammen — Sex & Gender — Israel/PLO — Ex-Jugoslawien — Debatte um offene Grenzen — Chile — El Salvador — Nicaragua.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,—/ O: DM 50,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 34376 Immenhausen

Stille Nacht